

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 97

SEPTEMBER 1992

50 Pfennig

Die Arbeiterbewegung muß Immigranten verteidigen! Zerschlagt Nazi-Pogrome in Rostock und überall!



Nazi-Pogrom gegen Flüchtlinge in Rostock. Organisierte Arbeiterverteidigungsgruppen müssen Wohnheime schützen!

Horrorbilder über den rassistischen Terror in dem Hafen- und Werftenzentrum Rostock erschütterten die Welt. Nach nächtelangen Pogromen setzten faschistische Mordbrenner das Immigranten-Wohnheim in Rostock-Lichtenhagen in Flammen. 115 vietnamesische Arbeiter und ihre Familien

Rassistische Anti-Asyl-Koalition von CDU bis SPD und PDS bahnte den Weg

(sowie ein ZDF-Kamerateam, das im Haus war und den grauenhaften Angriff filmte) entkamen nur knapp über die Dächer dem Tod. Wie 1938 bei der Reichspogromnacht gegen die Juden wollten die Nazis die Immigranten bei lebendigem Leib verbrennen. Davor hatten Hunderte grö-

lende Nazi-Skinheads die Flüchtlinge der Zentralen Asylstelle Nacht für Nacht mit grauenhaftem Terror überzogen, der sich besonders gegen Roma und Sinti richtete. Einige tausend Anwohner klatschten Beifall, viele brüllten „Ausländer raus!“, und einige schrien „Sieg heil!“ und hoben den Arm zum Hitler-Gruß.

Nach der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, die den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstörte, hat Massenarbeitslosigkeit inzwischen die schlimmsten Ausmaße der Weltwirtschaftskrise übertroffen. Fast die Hälfte der Werktätigen – mehr als 4 Millionen Menschen – wurden auf die Straße gesetzt, damit schuf das Klima der Verzweiflung einen Nährboden für Faschismus. Eingewanderte Arbeiter werden nicht nur von den Nazis als Sünden-

Fortgesetzt auf Seite 17

Balkan: Deutscher Imperialismus rührt Kriegstromeel Seite 21

Brief

Diestels/Gysis Komitees: Gegen Frauen, gegen Immigranten

16. Juli 1992

Brief an die Redaktion *Spartakist*

Eine Meinung zur Gründung des Komitees für Gerechtigkeit.

Ich beziehe mich in meiner Meinungsäußerung auf den Artikel „Gysi umarmt DSU-Diestel: Heimatbund der Wiedervereiniger“ in der Ausgabe Nr. 96 des *Spartakist*.

Mit dem Untergang der DDR, einer Gesellschaftsordnung, die auch an politischer Intoleranz, Festhalten an überholten, zeitfremden Dogmen und einer immer recht habenden Partei gescheitert ist, werden die Menschen in den neuen Bundesländern um ihre Hoffnungen betrogen. Massenarbeitslosigkeit und „besserwissende“ Wessis, drastischer Abbau sozialer Rechte, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten, also die so gepriesenen Segnungen der Marktwirtschaft bedrücken die Bürger.

So ist es kein Wunder, wenn die in Berlin gegründeten Komitees für Gerechtigkeit Zustimmung und Zulauf erfahren. Wer diese Komitees gegründet hat ist bekannt, neben Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, bekannte Künstler, Kirchenvertreter und auch die Herren Diestel und Gysi! Na und, behaupte ich, ist es nicht dringend notwendig, daß Christen, Künstler, Sozialisten, Kommunisten, Troztkisten, Alternative und Parteilose sich zusammenfinden und mit Hilfe dieser Bürgerkomitees die Zustände in Deutschland anprangern, die Nöte, die Forderungen und Standpunkte der Menschen im Osten Deutschlands in die Öffentlichkeit, auf die Straße und in die Parlamente bringen.

Es ist meiner Meinung nach eine große Chance, über das ideologische Trennende eine wirkliche Bürgerbewegung zu stellen, die sich nicht in endlosen Debatten und theoretischen Streitgesprächen erschöpft, sondern von den Parteigängern des Kapitals in Bonn das einfordert, was der Einigungsvertrag „versprach“ und natürlich Schluß zu machen mit der Bezahlung der deutschen Einheit durch die kleinen Leute in den alten und neuen Bundesländern, Schluß zu

machen mit dem sozialen und wirtschaftlichen Kahlschlag im Osten, der nur den Konzernen bei der Erweiterung ihrer Machtansprüche Gewinn bringt. Daß diese Komitees, ihre bisher bekannten Zielstellungen und die Möglichkeit des Zusammengehens von Vertretern der CDU, PDS, SPD und vielen anderen Parteien und Bewegungen, die Spitzen von CSU, CDU, SPD und FDP in helle Aufregung versetzten, ist nur zu verständlich.

Ja es fehlt nicht wie im Fall Stefan Heym an offenem Terror. Als Mitglied der PDS halte ich an der Idee des Sozialismus fest, alles was hilft die offen kapitalistisch geprägte Gesellschaft in der BRD zu verändern, im Interesse der arbeitenden Menschen zu reformieren und schließlich zu überwinden, ist meiner Meinung nach gut und richtig. Nur in gemeinsamen Aktionen gegen die Auswirkungen des Anschlusses; können die Menschen erfahren und lernen, daß es möglich ist den Bonner Annektionsplänen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Dabei müssen Kommunisten, Spartakisten, Sozialisten, Mitglieder der SPD, andere Parteien und Bewegungen Berührungängste überwinden, Kompromisse eingehen, um wirklich aufrüttelnde Aktionen zu organisieren. Das erwarten die Menschen, neue Machtkämpfe um die Führung in den Komitees würden das Ende vom Anfang sein.

Dabei ist es meiner Meinung nach falsch und der Sache sehr abträglich, Personen wie Diestel zu diffamieren, Gysi zu unterstellen, ihm gehe es mit den Komitees um Machtzuwachs für die PDS. Die Zukunft wird zeigen, ob es ein Herr Diestel ehrlich meint und wie lange noch linke Parteien und Bewegungen sich gegenseitig in die Pfanne hauen, als ob es nichts besseres und vor allem dringenderes zu tun gibt in diesem Deutschland.

Hermann P., PDS-Mitglied aus Mecklenburg-Vorpommern

Spartakist antwortet: Während der DDR-Volkskammerwahl im März 1990 versprach Kohl, daß die Wiedervereinigung den Osten innerhalb einiger Jahre in eine „blühende Landschaft“ verwandeln werde. Statt dessen bricht ein Gewitter aus über einer Landschaft, die allerdings ziemlich trostlos aussieht: Die Räder der Industrie sind zum Stillstand gebracht worden, es gibt Massenarbeitslosigkeit von katastrophalen Ausmaßen, antisemitische terroristische Angriffe, mörderische Pogrome gegen Immigranten. Die Masse der ostdeutschen Bevölkerung fühlt sich „betrogen“, Unzufriedenheit ist reif. Und in dieser Situation werden die „Komitees für Gerechtigkeit“ gebildet, mit dem Ziel, diese Proteste in „sichere“ Kanäle zu lenken.

Der Leser Hermann P. sagt, daß die DDR auf „Intoleranz“ gegründet wurde, und er will „eine große Chance“ ergreifen, das ideologisch Trennende durch eine „wirkliche Bürgerbewegung“ zu überwinden, die alle Menschen guten Willens zusammenbringt, um von Bonn das zu verlangen, „was der Einigungsvertrag ‚versprach‘“, um „Schluß zu machen mit dem sozialen und wirtschaftlichen Kahlschlag des Ostens“ etc. Das ist es, was er sich von den Ostkomitees erhofft.

Offensichtlich haben wir hier sehr grundsätzliche Differenzen, denn was er als gebrochene „Versprechungen“ sieht, verstehen wir als die *unweigerlichen Konsequenzen der Konterrevolution*. Wir Spartakisten warnten rechtzeitig klipp und klar vor den Folgen. Als die SpAD auf dem Programm „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung“ zu den Volkskammerwahlen kandidierte, tröstete die PDS mit „take it easy with Gysi“ und verhandelte über die Bedingungen („Wir sind ein Volk. 1:1“) beim *Ausverkauf der DDR*, der ein

Fortgesetzt auf Seite 25

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit,
Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss,
Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 110231, 2000 Hamburg 11, Fax (040) 330154
Postfach 510655, 1000 Berlin 51, Fax (030) 4911479
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4914548, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 97

September 1992

Viertes Reich nimmt Ex-DDR-Chef gefangen

Freiheit für Erich Honecker!

BERLIN — Nach einer Treibjagd, die seit der Einverleibung der DDR auf Hochtouren lief, haben die Herrscher des deutschen Imperialismus Erich Honecker jetzt in ihre Klauen gekriegt. Der ehemalige DDR-Staatschef wurde aus der chilenischen Botschaft in Moskau entführt, wo er letzten Dezember Zuflucht gefunden hatte. Honecker verließ die Botschaft mit kämpferisch erhobener Faust. Er wurde nach Berlin geflogen, wo Spezialeinheiten der Polizei rund um die Uhr im Einsatz waren, um ihn abzufassen. Auf Befehl der sozialdemokratischen Oberhexenjägerin Jutta Limbach, SPD-Justizsenatorin von Berlin, warfen sie ihn ins Moabiter Gefängnis. Bereits 1935 war der antifaschistische Widerstandskämpfer von Hitlers Gestapo in dasselbe Gefängnis gesperrt worden, wo er eineinhalb Jahre verbrachte, bis er wegen Verrats verurteilt und in ein Zuchthaus gebracht wurde, aus dem ihn die sowjetische Armee 1945 befreite.

Nach dem Dritten Reich ist Erich Honecker jetzt auch im Vierten Reich zum Gefangenen geworden. Ihm wird ein Schauprozeß gemacht vom selbsternannten Nachfolgestaat des Hitler-Regimes, von einem Justizsystem, das intakt mit Nazi-Richtern und Folterkammern übernommen wurde. Bei seiner Ankunft in Berlin protestierte die Spartakist-Arbeiterpartei und verteilte am Flughafen in Tegel eine Presseerklärung mit der Forderung: „Freiheit für Erich Honecker!“ SpAD-Genossen protestierten auch vor dem Tor des Moabiter Gefängnisses, wo sich uns eine Gruppe von hauptsächlich eingewanderten Jugendlichen anschloß, die eine große sowjetische Flagge entfalteten. Weil Honeckers Gefangennahme der Höhepunkt der massivsten Hexenjagd seit dem Dritten Reich ist, wurden die Proteste der SpAD

breit in der europäischen und deutschen Presse vermerkt.

Die Verfolgung Honeckers ist Teil der Rachekampagne, die sich seit der kapitalistischen Wiedervereinigung gegen alles richtet, was an den ehemaligen deformierten Arbeiterstaat DDR erinnert. Als Richter für den Schauprozeß wurde der vom Prozeß gegen die PDS-Kassierer berüchtigte Kommunistenhasser Bräutigam bestimmt, der schon Ende der 70er Jahre in den Spalten der Springer-Presse gegen die „Ausbreitung des geistigen Nährbodens für den Terrorismus“ durch Schriftsteller und Wissenschaftler geiferte. Im Moabiter Gefängnis ist auch der ehemalige Stasi-Chef Erich Mielke eingesperrt, dem mit Nazi-Anklagen ein Prozeß gemacht wird, auf der Grundlage von „Beweisen“ gegen den jungen Kommunisten, die durch Gestapo-Folter herausgepreßt worden sind. Ehemalige DDR-Grenzsoldaten werden verurteilt, weil sie an der Frontlinie der Verteidigung der DDR und des sowjetischen Blocks gegen den NATO-Imperialismus gedient haben. Gleichzeitig wurde der berühmte (und höchst erfolgreiche) DDR-Meisterspion Markus Wolf verfolgt, weil er die DDR gegen die CIA und den Bundesnachrichtendienst verteidigte. (Der BND wurde von Gehlen gegründet, der nach dem Sieg der Roten Armee das anti-sowjetische Nazi-Geheimdienstnetz an die USA übergab, das später auch zum Training von Pinochets Folterknechten eingesetzt wurde.) Markus Wolf ist jetzt wegen Zusammenarbeit mit dem sowjetischen KGB wegen „Landesverrats“ (gegen die DDR?) angeklagt worden, was wohl die höchste Vollendung des Rachezugs für den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland sein soll.

Honeckers Entführung war ein durchsichtiges Komplott

Fortgesetzt auf Seite 27



Burkhard Lange

Spartakisten protestieren zusammen mit anderen Honeckers Einlieferung in das Moabiter Gefängnis. Unter einem Bild dieses Protestes schrieb die *Berliner Zeitung* (22./23. August): „Die Stimmen, die für eine Freilassung Erich Honeckers plädieren, mehren sich in unserer Leserpost.“

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Streiks erschüttern Walesa/IWF-Regierung

WARSAU, 31. August – Knapp zwei Jahre nach der Restauration des Kapitalismus in Polen unter Lech Walesa konterrevolutionärer Solidarność-Regierung explodiert das Land an allen Ecken. Die Besetzung der von Fiat übernommenen Autofabrik in Tychy im Süden folgte dem über einen Monat andauernden harten Streik der Kumpel des Lubiner Kupferkombinats in über 20 Minen in Westpolen. In Walesas einstiger Hochburg Gdańsk im Norden streiken junge nicht-gewerkschaftlich organisierte Werftarbeiter gegen Entlassungen, und im Südosten sind die Flugzeugwerke in Mielec zum Stillstand gebracht worden. Eisenbahner haben den Zugverkehr und Bergleute die Steinkohlegruben dichtgemacht. Nun streiken die Arbeiter bei Warschaus Traktorenwerk Ursus. Am 26. August riefen 4000 von ihnen auf einer Demonstration vor dem Regierungsgebäude: „Nieder mit Walesa!“ Vor dem Werk haben Unterstützer der Spartakusowska Grupa Polski (SGP) fast 100 Exemplare des Extrablatts ihrer Zeitung *Platforma Spartakusowców* mit dem Artikel „Nieder mit dem Walesa/IWF-Regime!“ verkauft.

Diese ökonomischen Kämpfe richten sich gegen die Hungerpolitik des höchst unstabilen Walesa-Regimes, die ein unerläßlicher Bestandteil der kapitalistischen Restauration ist. Gleichzeitig hat die Konterrevolution einen Aufstieg der allseitigen sozialen Unterdrückung gebracht und zu wachsenden Angriffen gegen Juden, Sinti, Roma und Aids-Kranke geführt. Das Recht auf Abtreibung, das die Frauen im ehemaligen polnischen Arbeiterstaat genossen haben, steht auf dem Spiel; unter dem Druck der katholischen Kirche verabschiedete die Ärzteschaft im Mai einen Verhaltenskodex, der Abtreibungen effektiv illegalisiert, und der Sejm (Parlament) hat sich in erster Lesung für ein totales Abtreibungsverbot ausgesprochen. Wie im übrigen Osteuropa und in der ehemaligen DDR hat die kapitalistische Konterrevolution blutigen faschistischen Terror und eine Hexenjagd gegen Kommunisten gebracht. Die SGP fordert Arbeitermobilisierungen gegen die Faschisten und kämpft gegen den Klerikalismus: „Kostenlose Abtreibung auf Wunsch!“ und „Strenge Trennung von Kirche und Staat!“

Nach Ausbruch des Streiks der Kupferarbeiter bildeten der OPZZ-Gewerkschaftsverband zusammen mit der rabiat nationalistischen Solidarność 80 ein „Streikverhandlungskomitee“, das die Einstellung der Privatisierung in ihrer jetzigen Form und einen Schutz vor „fremden Kapital“

fordert. Im Mai waren auf den Demonstrationen von Solidarność 80 antikommunistische Losungen zu sehen, die Moczulski, den faschistoiden Führer der Konföderation Unabhängiges Polen (KPN), hochjubelten.

Besonders in Walesas bankrottem Polen waren die Forderungen des Streikkomitees nach besseren Bedingungen im Kapitalismus rein utopisch. Ohne eine Führung, die den Kampf gegen die Walesa-Regierung organisieren kann, wurde der Kupferstreik ausverkauft, indem den Kumpeln eine einmalige Zahlung von 1 800 000 Złoty (DM 200,—) statt der geforderten Lohnerhöhung von 900 000 Złoty versprochen wurde. Von Anfang an haben die Ex-Stalinisten der Sozialdemokratischen Partei und der von ihnen geführten OPZZ ihre Loyalität gegenüber dem bürgerlichen Staat erklärt. Bei der Wahl zum Sejm im Oktober 1991 erwähnten sie nicht einmal das Wort „Sozialismus“. Statt für das Recht auf Abtreibung zu kämpfen, rufen sie zu einem „Referendum“ auf.

Der heutige Kurs der Solidarność-Regierung bestätigt, was die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) schon vor über einem Jahrzehnt sagte: daß Solidarność eine gelbe Gewerkschaft für die CIA, die deutschen Bankiers und den Vatikan ist. Wir kämpften unerbittlich für die Verteidigung des polnischen deformierten Arbeiterstaats gegen kapitalistische Restauration und forderten nach der Konsolidierung von Solidarność um ein antisozialistisches Programm 1981: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność!“ Wir kämpften für die politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie und dafür, die damalige proletarische Massenbasis der Solidarność von ihrer klerikalen, proimperialistischen Führung zu brechen.

Die SGP interveniert in die Arbeiterkämpfe gegen Entlassungen und Betriebsschließungen. Vielen Arbeitern ist jetzt klar, daß der Sturz des deformierten Arbeiterstaats und die Entstehung eines kapitalistischen Staats zur jetzigen katastrophalen Situation geführt hat. Aber rein gewerkschaftliche Kämpfe gegen den bankrotten polnischen Kapitalismus ohne Kapital können die Katastrophe nicht verhindern. Es ist notwendig, die „Schockbehandlung“ von Walesa/IWF und den neu entstandenen kapitalistischen Staat durch Arbeiterrevolution wegzufegen. In der Tradition der großen jüdischen, polnischen und deutschen Revolutionärin Rosa Luxemburg kämpft die SGP für die revolutionäre Einheit der russischen, polnischen und deutschen Arbeiterklasse. Dies bedeutet vor allem die Schmiedung einer authentisch internationalistischen Avantgardepartei, die in den Worten Lenins als Volkstribun handelt, um das Proletariat zu führen und für alle Unterdrückten einzutreten.

Freiheit und Ehre für den antifaschistischen Helden Bögelein!

Am 18. Mai wurde der Antifaschist Gerhard Bögelein vom Landgericht der SPD-Stadt Hamburg zu lebenslanger Haft verurteilt für das „Verbrechen“, 1947 im sowjetischen Gefangenenlager Klaipeða einen Nazi-Kriegsrichter getötet zu haben, der das Blut von über 100 sowjetischen Partisanen und Wehrmachtssoldaten an seinen Händen hatte. Der 69jährige Bögelein, der zur Roten Armee überlief und gegen die Faschisten kämpfte, wird jetzt in der „Justizvollzugsanstalt“ auf dem ehemaligen KZ-Gelände Neuengamme festgehalten. Die Bourgeoisie will Rache üben für den Sieg der Roten Armee über Hitler und schürt den rassistischen Terror.

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfV) schrieb

in einem Aufruf zur Demonstration am 23. Mai: „Alle Antifaschisten müssen in ihren Organisationen und besonders in den Gewerkschaften für die Mobilisierung der Macht der Arbeiter/Immigranten gegen dieses Gericht kämpfen, damit dieses Terrorurteil zurückgenommen wird und Gerhard Bögelein und alle anderen antifaschistischen politischen Gefangenen befreit werden!“ Beteiligt euch an seiner Verteidigung! Sendet Protestbriefe an das Hamburger Landgericht, 22. Strafkammer, Sievekingplatz 3, 2000 Hamburg 36, und Solidaritätsbriefe an Gerhard Bögelein, c/o Hamburger Landgericht, Adresse wie oben. Spendet an das „Solidaritätskonto Gerhard Bögelein“, Haspa Konto 1228 128 938, Bankleitzahl: 200 505 50.

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Halle: Verteidigt die 4500 gegen die Anti-Stasi-Hetze! Schluß mit der SPD-geführten antikommunistischen Hexenjagd!

Nachfolgend drucken wir ein Flugblatt der Hallenser Ortsgruppe der SpAD, das vor Betrieben wie Leuna und Ammendorf und in Halle verteilt wurde.

HALLE, 22. August. Eine Woche lang veröffentlichte die Bild-Zeitung Ende Juli sogenannte Stasi-Listen mit 4500 Namen und Adressen und sorgte für massive kostenlose Verteilung dieses Hetzblattes der rachelüsternen deutschen Bourgeoisie. Die Haus- und Hofhetzer des Neuen Forums legten die Listen in ihrem Büro aus, bis sie diese vor wenigen Tagen wegen „nicht abzusehender Prozeßkosten“ durch Anzeigen betroffener Bürger aus dem Verkehr ziehen mußten. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft zur Verteidigung der anonym Beschuldigten gegen diese neue Hexenjagd auf, die nur den Wunsch der Kapitalisten ausdrückt, die Arbeiterklasse vor dem erwarteten „heißen Herbst“ von Arbeiterkämpfen durch die feige Denunziation zu spalten und einzuschüchtern. Es ist notwendig, alle Kollegen, die durch diese Listen denunziert wurden, gegen diese Angriffe zu verteidigen. Verteidigt die 4500! Stoppt die antikommunistische Hexenjagd! Freiheit für Erich Honecker, Erich Mielke und die DDR-Grenztruppen, Hände weg von Markus Wolf!

Zeitgleich mit der Entführung und Verhaftung des ehemaligen DDR-Staatschefs Erich Honecker ist dies ein neuer Gipfel der Hetzjagd gegen die ehemalige DDR, mit der jegliche Erinnerung an den deformierten Arbeiterstaat ausgeradiert werden soll. Die Denunziantenliste in Halle erinnert an die SPD-Hetze gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unter Ebert/Scheidemann, auf deren Geheiß die beiden Revolutionäre ermordet wurden. Im thüringischen Sondershausen wurden inzwischen fünf Menschen auf Plakaten im Stürmer-Stil als „Stasi-IMs“ an den Pranger gestellt, und es wird zum Boykott ihrer Geschäfte aufgerufen.

SPD und ihre Schoßhündchen vom Neuen Forum wollen die Hetze gegen „Rote“ weiter verschärfen und in die Betriebe und Nachbarschaften hineinragen. Doch statt des erwünschten Effekts hört man in großen Betrieben wie bei Waggonbau Ammendorf Stimmen von Arbeitern, die sagen: „Das ist nur nütze, die Arbeiter zu spalten, anstatt einig gegen den Sozialabbau zu kämpfen!“ Die Hexenjagd hat sogar Gegenreaktionen hervorgerufen, wie bei Telekom, wo Kollegen sich bei Veröffentlichung ihrer Namen auf der Liste begrüßten: „Willkommen im Club“.

Doch mit diesen Listen sind viele Arbeiter und darunter
Fortgesetzt auf Seite 26

Vernichtungskrieg der NATO/Demirel-Regierung in Kurdistan

Şirnak, eine kurdische Stadt mit 20 000 Einwohnern, ist am 18. August von der türkischen Armee dem Erdboden gleichgemacht worden. Spezialeinsatztruppen machten ihre völkermörderische Parole „Şirnak wird zu einem Grab der Kurden werden“ fast buchstäblich wahr. Man spricht von mehreren hundert Toten, die überlebenden Einwohner sind aus der zerstörten Stadt geflohen. Inzwischen wurde die Offensive der türkischen Armee fortgesetzt, diesmal in Çukurca, wo ganze Wohnviertel zerstört wurden. Jeder Mann und alle Jugendlichen wurden von den Demirel-Truppen verhaftet und verschleppt. Die Armee verfolgt die Kurden sogar bis in den Iran. Gleichzeitig werden Anhänger der türkischen linken Organisation Dev Sol in Istanbul brutal ermordet.

Der Krieg der „verbrannten Erde“ richtet sich gegen die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) und die Kurden. Durch ihren mutigen Kampf hat die PKK stark an Ansehen unter den Kurden gewonnen, besonders in Nordwest-Kurdistan. Anfang August sammelten sich mehrere zehntausend Kurden, überwiegend PKK-Unterstützer, aus ganz Europa in Bochum (wo auch die Spartakisten mit einem Büchertisch intervenierten). Bei einer fast vollständigen Nachrichtensperre demonstrierten 5000 am 26. August in Bonn, um gegen die erneuten Massaker zu protestieren. Ein junger Kurde stürzte sich dabei aus Protest verzweifelt von einer 30 Meter hohen Brücke der Autobahn und schwebt noch heute in Lebensgefahr. Stoppt den Völkermord an Kurden! Verteidigt PKK und Dev Sol!

SPD, PDS und ihre Satelliten beschäftigen sich hauptsächlich damit, „Verständnis“ für das Pogrom in Rostock gegen Flüchtlinge und Immigranten auszudrücken. Aber auch die PKK, die unter dem strategischen Bestandteil des Industrieproletariats in Deutschland rekrutiert hat und eine wichtige Rolle bei gewerkschaftlichen Aktionen gegen die Nazis spielen könnte, blieb dem antifaschistischen Protest gegen das Nazi-Pogrom in Rostock fern.

In der im Nordirak von den Imperialisten errichteten „Schutzzone“ für Kurden werden sie vom Militär gejagt. Wir sagen: Türkische Armee, NATO/UN-Truppen raus aus Kurdistan! Wir Spartakisten hatten von Anfang an erklärt, daß ein Sieg der Imperialisten im Golfkrieg verheerende Folgen für die Kurden haben würde. Die Spartakisten traten für die Niederlage des US/NATO-Imperialismus ein und riefen zur Verteidigung des Irak auf.

Die deutsche Bourgeoisie hatte bei den schrecklichen Newroz-Massakern im Frühjahr, verübt mit BRD-gelieferten Waffen, mit scheinheiligem Tadel an ihrem türkischen NATO-Juniorpartner reagiert. Bundesaußenminister und Kriegshetzer Klaus Kinkel fuhr kurz nach den Massakern in die Türkei, um die Waffenhilfe aufzustocken. Die Bourgeoisie von Auschwitz ist Pate des Völkermords an Kurden! Die SpAD rief zu Arbeiteraktionen auf, um die Waffenlieferungen an die Türkei zu stoppen.

Mittlerweile ist die Türkei auch zum Schlachtfeld in der Konkurrenz zwischen den US- und den deutschen Imperialisten geworden. Und sie hat ihre eigenen großtürkischen Ambitionen in Richtung der turksprachigen Gebiete der Sowjetunion.

Die SPD unter Kanzler Schmidt bewaffnete den Putsch der türkischen Junta 1980 und baute die Türkei zum verlässlichen NATO-Partner auf. Jetzt hetzt die SPD, vorneweg
Fortgesetzt auf Seite 20

Klassenkampf und das Vierte Reich

Der neue Drang nach Osten des deutschen Imperialismus

Der ÖTV-Streik hat gezeigt, daß der Drang der deutschen Bourgeoisie, neokoloniale Vorherrschaft über Osteuropa zu erreichen, notwendigerweise den Drang mit sich bringt, die Ausbeutungsrate gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse zu erhöhen, die organisatorisch das stärkste Proletariat von allen bedeutenden kapitalistischen Ländern ist. Am Vorabend des Streiks machte ein Gewerkschaftsführer die Bemerkung: „Die Gewerkschaften in Deutschland haben in all den Jahren niemals eine derartige Niederlage hinnehmen müssen, wie Kohl ihnen zuzufügen versucht.“ Diese Schlacht endete nicht mit einer Niederlage für die Gewerkschaften, sondern mit einem Patt, das Kohls Autorität untergrub.

Während des Kalten Kriegs wurde Westdeutschlands internationale Rolle, trotz seiner wachsenden ökonomischen Stärke, in starkem Maße durch die USA und die Sowjetunion eingegrenzt. In den 70er Jahren konnten die Kommentatoren der amerikanischen Bourgeoisie über die internationale Lage immer noch Westdeutschland als ökonomischen Riesen und politischen Zwerg beschreiben. Eine Konsequenz dieses Zustands war, daß die deutschen Auslandsinvestitionen (z. B. das riesige Volkswagenwerk in Brasilien) durch die Rentabilität der Konzerne bestimmt waren und nicht durch den neokolonialen Aufbau eines Imperiums. Bonn hat kein Geld darauf verwandt, ausländische Klientenstaaten aufzubauen oder zu stützen (mit der möglichen Ausnahme der Türkei). Zur gleichen Zeit konnte die deutsche Bourgeoisie die höchsten Reallöhne von allen größeren kapitalistischen Ländern zahlen, teilweise motiviert durch ihren politischen Wettbewerb mit der DDR, die

den Anspruch erhob, ein deutscher sozialistischer Staat der Arbeiterklasse zu sein.

Der Zusammenbruch stalinistischer Herrschaft im Sowjetblock und der nachfolgende Anschluß des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats veränderten alles. Gleich nachdem Gorbatschow grünes Licht gab für die kapitalistische Wiedervereinigung, prahlte ein enger Berater von Kohl: „Vielleicht werden mit der Zeit die USA sich um Gegenden wie Zentralamerika kümmern, und wir werden uns mit Osteuropa befassen“ (*Newsweek*, 26. Februar 1990). Aber es wird weder billig noch leicht sein für das Vierte Reich, sich mit Osteuropa „zu befassen“.

Washingtons neokoloniale Vorherrschaft über Lateinamerika basiert auf mehr als einem Jahrhundert politischer wie auch ökonomischer Investitionen – die Ausbildung von Armeeeoffizieren (z. B. war „Tachito“ Somoza aus Nicaragua ein Absolvent von West Point), das Netzwerk von antikommunistischen Gewerkschaften des „AFL-CIA“ und die finanzielle Unterstützung von rechten Parteien. *Inside the Company (CIA Intern)* des abtrünnigen CIA-Agenten Philip Agee zeigt, wie tiefgehend die Agenturen des US-Imperialismus die Regierungsapparate in Lateinamerika durchdringen.

Damit Deutschland eine vergleichbare Dominanz über Osteuropa erreicht, müßte es die Regierungs- und Militär-/Polizei-Apparate der Region aufkaufen und stützen. Außerdem wird es Jahre dauern, bevor sich solche neokolonialen politischen Investitionen ökonomisch irgendwie auszahlen. *Business Week* (11. Mai) hat kürzlich darauf hingewiesen, daß deutsche Industrielle nicht in Osteuropa investieren, sondern in den Niedriglohnländern der „Dritten Welt“ in Ostasien und Lateinamerika, was klar zeigt, daß die kurzfristigen ökonomischen Interessen und die langfristigen geopolitischen Ambitionen nicht übereinstimmen.

Die Art von neokolonialen politischen Investitionen, die die deutsche Bourgeoisie für Osteuropa vorhat, entspricht

Fortgesetzt auf Seite 29

Letztes Jahr wurde vom Times Mirror Center in Washington eine größere Umfrage über die öffentliche Meinung in Europa durchgeführt, die 13 000 Menschen in 13 Ländern 128 Fragen stellte. In seinem Bericht über die Meinungsumfrage bemerkte Martin Linton (Londoner *Guardian*, 4. Oktober 1991): „Die Meinungsumfrage untergräbt ernsthaft jede westliche Illusion, daß Osteuropäer sich in die Privatisierung verliebt hätten“, und fand es besorgniserregend, daß in Osteuropa „die Anzeichen von Zynismus und Desillusionierung bereits aufzutauhen beginnen“. Bemerkenswerterweise zeigte die Meinungsumfrage, daß die Ostdeutschen eine fortschrittlichere Haltung in einer Reihe von sozialen und politisch/ökonomischen Fragen hatten als andere.

Daß sie „an der Existenz Gottes nie gezweifelt haben“, bejahten von 100 Personen:

Glaube an Gott

Polen	83
Italien	80
Spanien	72
Westdeutschland	59
Britannien	58
Litauen	57
Ukraine	53
Bulgarien	50

Ungarn	49
Frankreich	47
Rußland	46
Tschechoslowakei	45
Ostdeutschland	27

Und als Antwort auf die Frage: „Was für eine Ehe finden Sie befriedigender: wenn der Mann für die Familie und die Frau für das Heim und die Kinder sorgt oder wenn beide Arbeit haben und gemeinsam für das Heim und die Kinder sorgen“, befürworteten von 100 Personen, daß Frauen lieber zu Hause bleiben sollten:

Die Frau sollte zu Hause bleiben

Litauen	62
Ungarn	59
Polen	56
Tschechoslowakei	54
Ukraine	53
Rußland	48
Westdeutschland	41
Bulgarien	40
Italien	34
Frankreich	30
Spanien	30
Britannien	28
Ostdeutschland	18

LO-Fête schließt ACT UP und Trotzlisten aus

Der folgende Artikel ist eine gekürzte Übersetzung aus Workers Hammer Nr. 130, Juli/August, Zeitung der Spartacist League/Britain.

PARIS – Über die Jahre haben wir bemerkt, daß die LO-Fête – das jährliche Sommertreffen der französischen und europäischen „Linken“, das von Lutte Ouvrière in dem Ort Presles bei Paris organisiert wird – zunehmend von den widerlichsten Aspekten dieses arbeitertümelnden, nationalbornierten und stalinophoben Vereins gekennzeichnet ist. Mit populistischen Appellen versuchen sie, sich an rückständige Elemente zu wenden; dabei sind ihre Linie und ihre Haltung zur Rassenfrage, zum Gift des Antisemitismus und ihr unverblümter Haß auf Homosexuelle darauf ausgerichtet, hinter den gleichen Leuten her zu sein wie Le Pen. Letztes Jahr griffen LO-Schläger schwarze Jugendliche an. Dieses Jahr folgte die haarsträubende Weigerung von LO, ACT UP France bei ihrer Fête vom 6. bis 8. Juni einen Stand zu geben, einer militanten Gruppe für Schwulenrechte, die insbesondere für Aids-Opfer gekämpft und die verbrecherische Politik der Mitterrand-Regierung aufgedeckt hat.

Als die Ligue Trotskyste de France, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), von diesem Ausschluß erfuhr, schrieben wir an ACT UP mit dem Angebot, unseren Literaturtisch bei der Fête zu teilen. In unserem Brief bemerkten wir, daß LO berüchtigt ist für ihren Haß auf Homosexuelle und sich bewußt weigert, Schwule in ihre Reihen aufzunehmen. Wo die französische Regierung mit ihrer Politik gegenüber Aids ganze Bevölkerungsteile zum Tode verurteilt, sollte der LO-Ausschluß bei jedem anständigen Menschen, geschweige denn bei jedem Linken, tiefsten Abscheu hervorrufen.

Nach einer Diskussion über unseren Vorschlag lehnte die Pariser Gruppe von ACT UP das Angebot eines geteilten Standes ab. Bei der Fête gingen Genossen der IKL zu den Ständen der verschiedenen Organisationen, um den Ausschluß von ACT UP bekanntzumachen, und verteilten unseren Protestbrief, der in *Le Bolchevik*, der Zeitung der LTF, abgedruckt ist. Die meisten LO-Kader erfuhr erst durch die LTF von der Entscheidung, ACT UP auszuschließen. Die LO-Führung rastete aus. Sie schickte einen LO-Veteranen und Verantwortlichen für Sicherheit zu uns, der dramatisch ankündigte, daß auch wir von zukünftigen LO-Fêtes ausgeschlossen würden, weil wir die Spielregeln verletzt hätten, indem wir „bei der Fête ein Flugblatt verteilten“.

Doch wir ließen nicht zu, daß die schweinishen Mätzchen von LO unbemerkt stattfanden. Mit Rufen wie „Nieder mit dem Ausschluß von Homosexuellen und Trotzlisten!“ führten wir am Ende der gut besuchten Debatte zwischen LO und der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR, französische Organisation der Mandelianer) eine Protestdemonstration mit etwa 25 Teilnehmern durch. Auch die britische Revolutionary Internationalist League (RIL) schloß sich an. Dabei muß anerkannt werden, daß die RIL bei ihrer Veranstaltung jeden anständigen sozialistischen Aktivistinnen aufforderte, an der Aktion teilzunehmen.

Wie sich herausstellte, gab es unter den antisowjetischen pseudotrotskistischen Teilnehmern der Fête einen Mangel an anständigen sozialistischen Aktivistinnen. Die LCR machte es vollkommen klar (einschließlich in ihrer nach der Fête erschienenen Zeitung *Rouge*), daß sie den Ausschluß der IKL begrüßte. Typisch für ihre eigene Politik zu Hause rührten weder die Führung von Workers Power (trotz des ursprünglichen Impulses einiger ihrer Mitglieder) noch die britische Socialist Workers Party von Tony Cliff (in Deutschland SAG) einen Finger gegen die LO-Verbote.



Le Bolchevik

7. Juni: Protest gegen Ausschluß von Homosexuellen und Trotzlisten bei der „LO-Fête“ bei Paris. Plakat: „Für LO bedeutet ‚Tod des Kommunismus‘ raus mit Kommunisten!“

Das Verbot wurde auch auf die Courant Communiste Internationale ausgeweitet, eine harmlose ultralinke Gruppierung, die die intelligente Idee hatte, bei Veranstaltungen die Ausgabe von Lutte Ouvrière von 1981 zu verteilen, die zur Stimmabgabe für den kalten Krieger und Gewerkschaftshasser Mitterrand aufforderte, um LOs leere Behauptungen, eine konsequente Position gegen Mitterrand gehabt zu haben, zu entlarven.

Der IKL/RIL-Protest und eine kurze Rede eines Sprechers der LTF erregte unter den Besuchern der Debatte viel Aufmerksamkeit. Die disziplinierte Aktion hatte eine elektrisierende Wirkung – vergleichbar, wie ein Genosse bemerkte, mit der Wirkung einer gut organisierten Demonstration auf die Insassen eines maoistischen „Umerziehungslagers“. Als die Plakate erhoben wurden, war der LO-Führer Duburg damit beschäftigt zu erklären, daß die Frage des Wahlrechts für Immigranten für die Arbeiterklasse nicht von Interesse sei. Er faßte die Linie von LO zur besonderen Unterdrückung zusammen, als er abschließend feststellte, daß es nichts änderte, als die Frauen das Wahlrecht bekamen (in Frankreich erst 1945).

Nach dem Protest trat uns inmitten einer wachsenden Menge, mit der die IKL-Genossen weiter debattierten, eine Schlägertruppe von etwa 40 Männern entgegen, angeleitet von einem gewissen Kaldy, einem national führenden Sprecher von LO. Nur die schnelle Aktion eines Genossen der LTF verhinderte einen Schlag gegen einen jungen Genossen aus der ehemaligen DDR. Ein schwarzer Sympathisant der LTF war ebenfalls eine besondere Zielscheibe. Wir verlangten zu wissen, wer dafür zuständig war. Hysterisch erwiderte Kaldy: „Niemand!“

Am nächsten Tag „begleiteten“ mindestens 40 Mitglieder des „Sicherheitskommandos“ zwei unserer Genossen zur zentralen Kundgebung, wo Arlette Laguiller, die bekannte LO-Sprecherin, ihre traditionelle Rede über „Sonntagssozialismus“ hielt. Besagte Rede fing an mit einem langen Lobgesang auf die angeblich glänzende Tradition von LO bei der ... Einladung anderer Gruppen zu „brüderlichen Debatten“ bei der Fête!

Fortgesetzt auf Seite 29

Wut steigt über Schwindel vom „Apartheid-Ende“ Kämpfe erschüttern Südafrika

4. August – Die Millionen zählende schwarze Arbeiterklasse Südafrikas hat die Apartheid-Herrscher empfindlich getroffen und das gesamte Land mit einem zweitägigen Generalstreik zum Stillstand gebracht. Eine Woche von Massenaktionen folgte, darunter die Besetzung von Regierungsgebäuden und ein Marsch auf Pretoria. Die Kampagne, zu der der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) und dessen Verbündeter in der Arbeiterbewegung, der Kongreß der südafrikanischen Gewerkschaften (COSATU), aufgerufen haben, sollte die Regierung bei den Gesprächen um die „Beteiligung an der Macht“ unter Druck setzen. Diese Gespräche haben das Ziel, die weiße Vorherrschaft unter einer Neo-Apartheid-Herrschaft zu maskieren. Doch der ANC brach die Verhandlungen ab nach dem Massaker vom 17. Juni in der Schwarzensiedlung Boipatong nahe bei Sharpeville, das Inkatha-Schläger anrichteten, unterstützt von der Apartheid-Polizei und der Armee.

Die wochenlange Protestkampagne wurde sorgfältig angeleitet. Die *New York Times* (4. August) berichtete, daß der Streik „zurückgeschraubt wurde, bis er mehr einem Reinigungsritual glich, mit dem in den Schwarzensiedlungen Dampf abgelassen werden sollte, bevor die Gespräche wieder aufgenommen würden“. Aber bei der wachsenden Wut in den Schwarzensiedlungen und in den Gewerkschaften bereitet sich das Regime auf eine Zeit von Unruhen vor, die „nicht mehr zu bändigen sein“ könnten und den Zügeln von ANC und COSATU entgleiten könnten. Seit Sonntag wurden schon mehr als 20 Personen getötet.

Montag und Dienstag waren die Straßen von Johannesburg wie ausgestorben. Die Fabriken standen still, die Geschäfte blieben zu, die Schulen waren geschlossen und die Stadtzentren wurden zu Geisterstädten wegen der Abwesenheit der Millionen von schwarzen Arbeitern, ohne die die südafrikanische Wirtschaft zum Stillstand kommt. Nach Berichten beteiligten sich mindestens 80 Prozent der schwar-

zen Arbeiterschaft an dem Streik in den wichtigen Stadtgebieten. In den Siedlungen demonstrierten Schwarze auf den Straßen. In Mannenberg und anderswo in der Umgebung von Kapstadt wurden brennende Barrikaden errichtet. In Soweto und Daveytown marschierten große Massen zu den Polizeirevierern, um gegen die von Polizisten begangenen Morde zu protestieren.

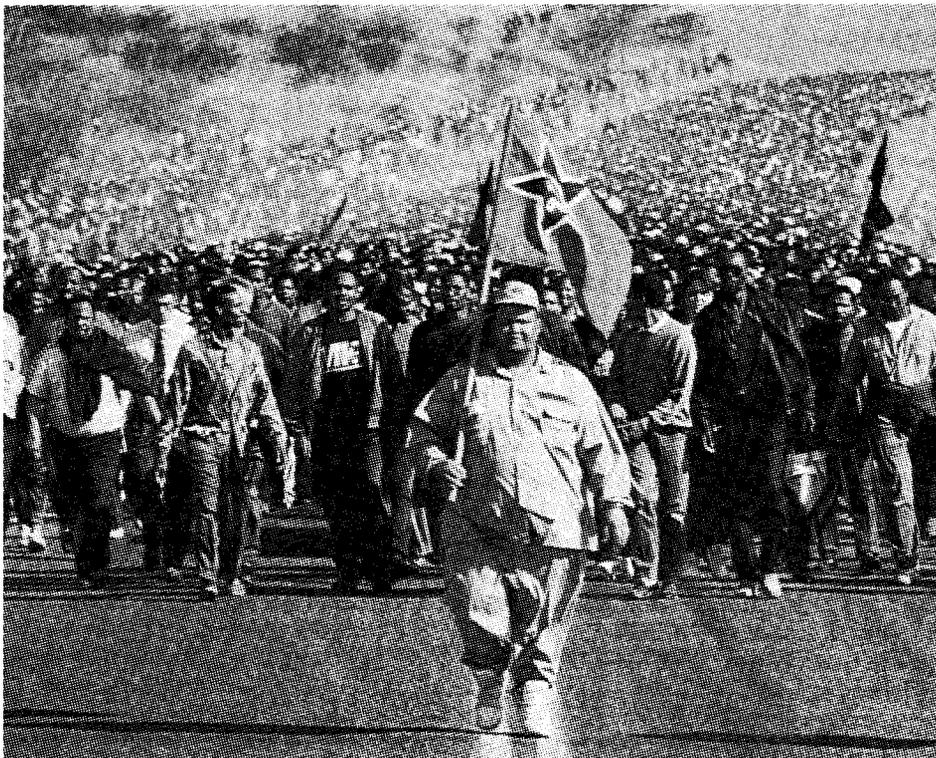
Der ANC, der von seiner Massenbasis dazu gedrängt wurde, zum Generalstreik aufzurufen, versuchte bis zur letzten Stunde, ihn abzusagen. Ein Kuhhandel mit den Goldbaronen und den Johannesburger Börsenmaklern, den Streik zu ersetzen durch einen freiwilligen „Tag der nationalen Versöhnung“, schlug fehl, als das Regime von de Klerk den Unternehmern befahl, dem ANC keine Zugeständnisse zu machen. Ermutigt durch seinen Sieg im letzten März bei dem Referendum nur für Weiße, hatte de Klerk repressive Gesetze durch das Parlament gepeitscht, nach denen Tausende weiße Reservisten einberufen wurden und die eine Rückkehr zum Ausnahmezustand andeuten. Schließlich versuchte das Regime, den ANC mit einer bewußten Provokation zu diskreditieren, und veranstaltete am Tag von Soweto das Massaker an 43 Personen in der Siedlung Boipatong.

Am Vorabend des Streiks schickten die Apartheid-Herrscher 5000 weitere Soldaten in die Schwarzensiedlungen. Die Demonstrationen fanden statt, während dauernd Panzer und Mannschaftswagen vorbeidonnerten. Der Generalstreik sollte ursprünglich die Regierung von de Klerk „zu Fall bringen“ und eine Übergangsregierung einrichten. Schwarze Arbeiter und die Jugendlichen der Siedlungen nahmen dies ernst und begannen ihre Vorbereitungen. Südafrika ist mitten in der größten Streikwelle seit Jahren, mit 650 000 verlorenen Arbeitstagen 1992 – mehr als doppelt soviel wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Bedingungen sind reif für zunehmenden Klassenkampf, aber die Führungen von ANC und COSATU haben zusammen mit der Südafrikanischen

Kommunistischen Partei (SACP) die Arbeiter auf grausame Art betrogen.

Die Massen sind erbittert über die von der Regierung geführte Kampagne der Gewalt, die in den letzten zwei Jahren über 6000 Menschen getötet hat, und brennen darauf, den Kampf aufzunehmen, um den *Apartheidstaat zu zerschlagen*. Daher stieß die Maßnahme von ANC, COSATU und SACP, den Streik auf einen zahnlosen zweitägigen Protest zurückzuschrauben, auf Wut und Empörung. Es gibt eine besondere Wut in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die ihre Mitgliedschaft monatlang auf die Übernahme von Regierungseinrichtungen vorbereitet haben und die zusahen, als kämpferische Streikende in Krankenhäusern von Transvaal massenhaft gefeuert wurden. Dies war gleich nach dem rachsüchtigen Rausschmiß von 6000 Streikenden bei Toyota in Port Elizabeth.

Die liberale *Weekly Mail* (17. Juli) zitierte einen Gewerkschafter, der sagte: „Wir sind nicht sicher, was der Nutzen einer eintägigen Aktion sein wird.“



Der Spiegel

Wütende Massenproteste, organisiert vom ANC, erschütterten Kapstadt im August

Diese Massenaktion soll etwas noch nie Dagewesenes sein, aber so weit wird es überhaupt nicht kommen.“ Der ANC und sein Beraterstab von der SACP spielen in zynischer Weise mit dem Generalstreik als Druckmittel bei ihrem Tanz mit den kapitalistischen Herrschern. Aber diese mächtige Waffe des Klassenkampfes einzusetzen wirft unweigerlich die Frage auf, welche Klasse herrschen soll. Und im blutigen Südafrika haben alle Erfahrungen gezeigt, daß selbst für die Durchsetzung elementarer demokratischer Rechte die herrschende Klasse der Apartheid gestürzt werden muß. Die schwarzen Arbeiter haben die Macht, dies zu tun: Was sie brauchen, ist eine Führung, die bereit ist, diese Macht zu gebrauchen. Jedenfalls haben die Spitzen von ANC, SACP und COSATU klargemacht, daß ein Kampf um die Macht das letzte ist, was sie wollen.

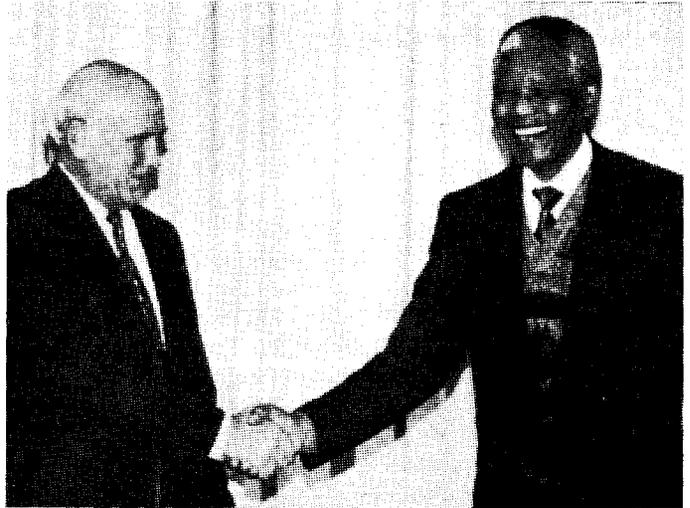
Bei all den Berichten über Spannungen zwischen „Hardlinern“ und „Gemäßigten“ über das Ausmaß und das Ziel der Streikkampagne sah sich der ANC am 16. Juli gezwungen, ein Dokument mit dem Titel „Kampagne für Frieden und Demokratie“ herauszugeben. Darin betont er, die Kampagne sei „kein Programm für den Aufstand. Auch hat sie keinen ‚friedlichen Sturz‘ des Regimes zum Ziel... Der Aufstand steht nicht auf der Tagesordnung. Er wäre auch keine freiwillige Entscheidung des ANC, weder jetzt noch in Zukunft.“ Nelson Mandela erklärte, er sei „stark interessiert“ daran, die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen, vorausgesetzt, daß die Regierung bei irgendeiner der vierzehn „Forderungen“ des ANC nachgibt.

Die *Weekly Mail* (10. Juli) berichtet über einen wütenden Dreifrontenkampf innerhalb der Kommunistischen Partei über die Streikkampagne vom August. Die Jugendliga des ANC, die Kämpfer an der Basis widerspiegelt, wollte angeblich die Massenaktion benutzen, um die Regierung zu Fall zu bringen. Ein Dokument von Jeremy Cronin, der zum rechten Flügel der SACP gehört, über unterschiedliche „strategische Annahmen in unseren Reihen“ kennzeichnet die Positionen: die Schule, „nicht für Unruhe zu sorgen“, die mit dem Leiter der internationalen Abteilung des ANC, Thabo Mbeki, in Verbindung gebracht wird, die „Ventil“-Schule (Massenaktionen auf- und abzdrehen) von Nelson Mandela und dem ANC-Generalsekretär Cyril Ramaphosa und die „Leipziger Option“ (eskalierende Massendemonstrationen, wie diejenigen, die im Herbst 1989 das Honecker-Regime gestürzt haben), die verbunden ist mit dem SACP-Führer Chris Hani, der auch der Chef des „militärischen Flügels“ des ANC, Umkhonto we Sizwe (MK), ist.

Cronin erklärt jeden Gedanken an einen Aufstand für „unrealistisch“. Aber in Wirklichkeit haben sich alle Flügel der SACP von Grund auf festgelegt, mit den Apartheid-Herrschern ein Abkommen über die „Beteiligung an der Macht“ anzustreben. Sie streiten sich nur über die Geschwindigkeit und die Bedingungen.

Inzwischen ist de Klerks Strategie, zwischen den verschiedenen Stämmen Krieg zu schüren, um die schwarzen Massen zu terrorisieren, und dann dem ANC „Gewalt unter Schwarzen“ vorzuwerfen, als Schuß nach hinten losgegangen, als im Massaker von Boipatong die „verdeckte Hand“ der Regierung nur allzu deutlich wurde. Es gab nicht nur Hunderte von Zeugen dafür, daß die Armee Inkatha-Todeschwadronen hineinbrachte; es wurde auch nachträglich bekannt, daß eine Einheit der berüchtigten (und angeblich aufgelösten) paramilitärischen Einheit Koevoet („Kuhfuß“, Brechstange), deren Stützpunkt der nahegelegene Grubenkomplex Goldfields ist, an dem Massaker beteiligt war. Als Protest dagegen brach die 300 000 Mitglieder starke Nationale Union der Bergleute (NUM) die Lohnverhandlungen ab.

Die Regierung, nach dem Massaker von Boipatong hektisch um Schadensbegrenzung bemüht, ernannte eine Untersuchungskommission, darunter mehrere britische Krimino-



Economist

De Klerk, Mandela: Handschlag trieft vom Blut der Massen. Zerschlagt Apartheid-Kapitalismus! Für Arbeiterrevolution!

logen, um die Polizeiermittlungen „auszuwerten“. Deren Bericht war ein vorhersehbarer Persilschein, der eine Mitäterschaft der Polizei leugnete, obwohl er der Regierung wegen „unzureichender Planung“ auf die Finger klopfte. In der folgenden Woche erschütterte ein weiterer Skandal, der niemanden überraschte, Pretoria, als Dr. Jonathan Gluckman (der die Autopsie des ermordeten Aktivisten Steve Biko vornahm) erklärte, „ich kann es nicht länger ertragen“, und Akten offenlegte, die beweisen, daß fast 200 Schwarze, die in Haft starben, tatsächlich von der Polizei ermordet wurden. Als de Klerk sich aufplusterte, daß eine Untersuchung im Gange sei, fanden in der gleichen Woche drei weitere junge Männer in der Haft den Tod.

Die Verzweiflung und die Wut, die von der schwarzen und farbigen Bevölkerung Südafrikas empfunden werden, erreichten den Siedepunkt und konnten nicht befriedigt werden durch die verordneten Aufmärsche und Sit-ins vor Behörden, aus denen bis jetzt die „Massenaktionskampagne“ von ANC, SACP und COSATU in der Hauptsache bestand. Nach dem Boipatong-Massaker stießen die ANCFührer in den Schwarzensiedlungen auf die Forderung der Massen: „Wir wollen Waffen!“ Inzwischen startete die Regierung etwas, das sich obszönerweise „Friedensoffensive“ nennt – sie beorderte über 5000 Soldaten und Polizisten in die Schwarzensiedlungen um Johannesburg. Die Führung von ANC, SACP und COSATU war gezwungen, den Generalstreik auszurufen, wenn auch nur, um bei ihrer Massenbasis ein wenig Glaubwürdigkeit zu behalten. Doch erst, nachdem sie jede Möglichkeit eines richtig dicken Ausverkaufs ausgeschöpft hatte.

In den Worten einer Mitteilung des Hauptbüros der COSATU an seine Einzelgewerkschaften versuchte der Gewerkschaftsbund, „die Geschäfte auf den Tisch zu bringen“ und den Generalstreik auszuverkaufen für eine „freiwillige Schließung der Industrie“ durch die Bosse. SACCOLA, das Südafrikanische Koordinierungskomitee für Arbeitsangelegenheiten, das aus den zehn größten Konzernen in Südafrika besteht, darunter die gigantische Bergwerksgesellschaft Anglo-American, akzeptierte unverbindlich einen „Tag der nationalen Versöhnung“ am 3. August statt des Generalstreiks. Dafür versprach der COSATU, bis Oktober alle Streiks auszusetzen!

Dies war ein Versuch, einen Schlußstrich unter de Klerk zu ziehen, indem man sich einreihet bei der sogenannten verlijgte („aufgeklärten“) Bourgeoisie um Anglo-American, in einer klassischen „Volksfront“ wie in Spanien in den

Fortgesetzt auf Seite 10

Südafrika...

Fortsetzung von Seite 9

30er Jahren. Wie Trotzki im Juli 1936 über den Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges schrieb:

„Die Arbeiter und Bauern werden mit parlamentarischen Illusionen eingeschlafert, ihre Kampfeslust gelähmt: so schafft die Volksfront günstige Bedingungen für den Sieg des Faschismus. Die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie muß von seiten des Proletariats mit Jahren neuer Qualen und Opfer, wenn nicht mit Jahrzehnten faschistischen Terrors bezahlt werden.“

Der Londoner *Independent* (21. Juli) stellte fest: „Cosatu muß die Hardliner unter seinen Mitgliedern – besonders die erklärten Marxisten unter ihnen – davon überzeugen, daß man nicht ‚die Massen‘ an den ‚bürgerlichen Kapitalismus‘ ausverkauft habe.“ Na ja, versucht hat man es jedenfalls, aber am Ende war es SACCOLA, das ausstieg auf Anordnungen von de Klerk.

Die endgültige Vereinbarung sah eine Woche von Protesten vor, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen überwacht werden sollten. Nach Mandelas Auftritt vor dem Sicherheitsrat wurde der frühere US-Außenminister Cyrus Vance als Sonderbotschafter zu de Klerks Regime geschickt (*New York Times*, 17. Juli). Der südafrikanische Außenminister Pik Botha hielt Vance für eine gute Wahl – das überrascht nicht, da Vance eine Hauptrolle dabei gespielt hatte, Beweise für einen gemeinsamen Atomwaffentest von Israel und Südafrika 1979 zu vertuschen (siehe Seymour Hersh, *The Samson Option*). Jetzt ist ein von der UNO überwachter „Übergang“, wie in Zimbabwe, der Lieblingsausverkauf des ANC.

Wie jeder weiß, der sich an das grauenhafte Gemetzel der USA/NATO im Irak erinnert, ist die UNO ein Feigenblatt für die Imperialisten der USA/NATO, und genau das ist der Grund, warum Mandela die UNO will. Der Mann, von dem die unterdrückte schwarze Bevölkerung erwartete, daß er sie zur Gleichheit führt, hat die kleinbürgerlich-nationalistische Ansicht, daß alles besser sei als eine Arbeiterrevolution, sogar Bündnisse mit der blutigen „Neuen Weltordnung“, die immer Apartheid-Südafrika bis zum Gehnichtsmeer unterstützt hat.

Inzwischen waren die konkurrierenden schwarzen Nationalisten von dem Pan-Afrikanischen Kongreß (PAC) und dem vom PAC geführten Gewerkschaftsbund NACTU und auch die Azanian People's Organization (AZAPO) gegen

den Generalstreik, mit dem Argument, daß er ein Druckmittel des ANC für „Verhandlungen“ sei, die sie ablehnen, wie sie behaupten. Tatsächlich stellt dies PAC und AZAPO in einen Block mit den Inkatha von Buthelezi, der seinen Arbeiter-Truppen befohlen hat, bei dem Streik im Interesse der Apartheid-Herrscher Streikbruch zu begehen. Der PAC beschwerte sich, ANC-Anhänger würden die „Einwohner tyrannisieren“, damit sie den Streikaufruf befolgen.

Revolutionäre würden versuchen, in den jetzigen „Generalstreik“ zu intervenieren und ihn von einem Protest in eine ernsthafte Klassenmobilisierung umzuwandeln, die auf den Kampf um die Macht ausgerichtet ist. Aber der PAC traf sich am 23. Juli mit Cyrus Vance in Johannesburg und zeigte damit, daß seine Haltung „gegen Zusammenarbeit“ ein völliger Betrug ist. PAC-Führer Benny Alexander erklärte: „Wenn wir die internationale Gemeinschaft einbeziehen könnten ... gibt es keinen Grund dafür, nicht in CODESA zu sein“ (IPS, 29. Juli). Der PAC traf sich auch mit der Regierung de Klerks im April in Nigeria. Dieses Treffen erklärte der PAC zum „Vorbereitungstreffen für einen wichtigen Gipfel zwischen beiden Seiten“ (*Weekly Mail*, 10. April).

Als der Streik der schwarzen Autoarbeiter bei Mercedes-Benz in East London 1990 von den SACP- und COSATU-Stars Joe Slovo und Moses Mayekiso zerschlagen wurde, machten die Streikenden bittere Witze über den neuen „Stamm“ von Ausverkaufsbürokraten, die „WaBenzi“, die in ihrem Mercedes herumfahren. Heute steigt die Wut darüber, daß diese zynische Schicht die Vergünstigungen des kapitalistischen „schönen Lebens“ für sich erntet. Als der BMW von Thabo Mbeki, ANC-Direktor für internationale Angelegenheiten, kürzlich gestohlen wurde, beschaffte MK ihn wieder. Oliver Tambos neues 3-Millionen-Rand-Haus (1,6 Millionen DM) wurde von Lonrho gekauft und bezahlt, einem internationalen Konzern, dem die westlichen Platinminen von Südafrika gehören. Und während Millionen Schwarze in Hausbesetzer-Lagern und Bantustan-Höllen ihr Dasein fristen und den Speeren der Inkatha und den Schüssen der Polizei ausweichen, zieht der ANC-Führer Cyril Ramaphosa in den piekfeinen Vorort Brenthurst, als Nachbar des pensionierten Vorsitzenden von Anglo-American, Harry Oppenheimer. Wie die *Financial Times* abfällig bemerkte: „Wer weiß, welche Streitigkeiten jetzt zwischen zwei der gewaltigsten Machtvermittler Südafrikas beigelegt werden können durch ein Schwätzchen unter Nachbarn.“

Südafrika erlebt ein Anschwellen von Massenkämpfen. Die bürgerliche Presse schreit, wenn Streikbrecher sich unter einem Steinhagel wiederfinden und ihre Autos abgefackelt werden. Die *Weekly Mail* zitiert Pat Stone, Berichterstatter über die Arbeiterbewegung, daß „in dem überhitzten politischen Klima“ die jetzigen Streiks an die großen Arbeitskämpfe von 1989 bei der Eisenbahn erinnern, und fügt hinzu: „Wir gehen jetzt zurück in die 80er Jahre, als Streiks von den Gemeinden gesehen wurden als gegen die Apartheid gerichtet.“

Das kämpferische schwarze Proletariat Südafrikas ist bisher außerordentlich empfänglich gewesen für den Kampf um Kommunismus und hat die rote Fahne mit Hammer und Sichel erhoben in den Streiks und Demonstrationen. Denn in dem *Apartheid-Kapitalismus* sieht es einen unveröhnlichen Feind vor sich. Doch der Weg zur Macht ist versperrt durch ... die „Kommunisten“ der SACP. In Wirklichkeit fesseln diese Reformisten die Arbeiter an die rassistischen Herrscher, durch die dauernde „Volksfront“ des COSATU mit dem ANC, der seinerseits mit den „verligte“ Kapitalisten verbunden ist. Brecht mit ANC/SACP! Schmiedet eine authentische kommunistische Partei! Schwarze Arbeiter Südafrikas – fordert die Früchte eurer Arbeit. Ergreift das wahre Gold – nehmt euch die Macht!

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 557, 7. August

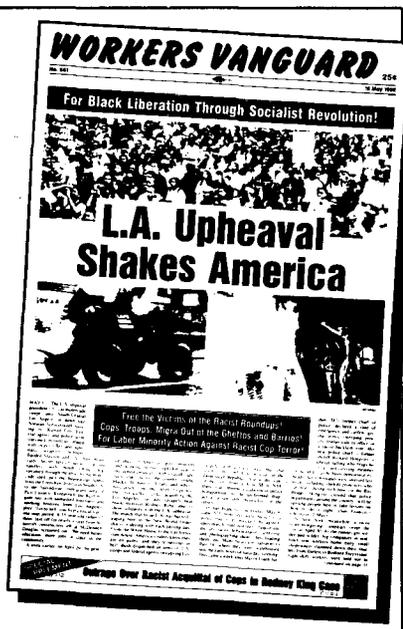
Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

24 Ausgaben
einschließlich
Spartacist
(englische Ausgabe)

Luftpost DM 50,—
Seepost DM 15,—

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Frankfurt/M.
Konto 11988-601
BLZ 500 100 60



Marktwirtschaft heißt Massenelend für sowjetische Werktätige. Viele sind gezwungen, ihre Habseligkeiten zu verkaufen. Die Lage ist überreif für eine proletarisch-politische Revolution, die die Errungenschaften des Oktober verteidigt und zurückerkämpft



Spartacist

Ein Jahr nach Jelzins Gegenputsch: Sowjetische Arbeiter werden geschröpft

Es ist nun zwölf Monate her, seit die Kräfte der Konterrevolution, angeführt von Boris Jelzin unter der Anleitung Washingtons, in der Sowjetunion die Oberhand gewonnen haben. Sie konnten den vermurksten Putschversuch der Kreml-„Achterbände“ im August dazu ausnutzen, einen Gewaltmarsch in Richtung Restauration des Kapitalismus einzuleiten. Im Anschluß an die „Schockbehandlung“, die im Januar eingeführt wurde, begann ein dramatischer Zusammenbruch der Wirtschaft. Hunger und Obdachlosigkeit sind jetzt weitverbreitet. In Lagern türmen sich Fleisch- und Wurstvorräte, während die Menschen den Abfall durchwühlen, um Essensreste zu finden. Die Geburtenrate hat ihren niedrigsten Stand seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht, was das Ausmaß der Verzweiflung zeigt, die die sowjetische Gesellschaft erfaßt hat. Die überwältigende Masse der Werktätigen wird ins Verderben gestürzt.

Die juristische Auflösung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im letzten Dezember verschärfte die nationalistischen Gegensätze und trug dazu bei, daß es zu einem Wiederaufleben von schrecklichem Brudermord gekommen ist in der Art, die Jugoslawien zerstört hat. Im Kaukasus tobt ein Bürgerkrieg zwischen Armeniern und Aserbaidschanern, in Moldawien zwischen ethnischen Rumänen und der russischsprachigen Minderheit. In Zentralasien sind islamische Fundamentalisten auf dem Vormarsch. In der Ukraine werden Straßen zu Ehren von notorischen Pogromisten wie dem Weißgardisten Petljura und dem Nazikollaborateur Stepan Bandera umbenannt. Inzwischen versuchen rabiat chauvinistische Elemente innerhalb und außerhalb des Jelzin-Regimes aus den Tumulten am Rand der russischen Republik Kapital zu schlagen, um aus der immer noch multinationalen sowjetischen Armee konterrevolutionäre russische nationalistische Streitkräfte herauszubilden.

Die Situation, der sich die sowjetischen Werktätigen gegenüber sehen, wächst sich zu einer immer größeren Katastrophe aus. Die Preise für Nahrungsmittel sind explodiert: Brot kostet jetzt das 20fache und andere Produkte sogar *100mal* so viel wie vor einem Jahr. Rentner und andere, die von einem festgesetzten Einkommen leben müssen,

stehen am Rand des Verhungerns. Das einzige, was überhaupt noch in nennenswerter Menge produziert wird, sind zunehmend wertlose Rubel, wobei die Druckerpressen buchstäblich nicht nachkommen können. Jelzin nimmt jetzt, wenn er innerhalb der russischen Republik reist, regelmäßig ein mit Rubeln vollgestopftes Flugzeug mit, um sie an Arbeiter ausgeben zu lassen, die schon seit Wochen oder sogar Monaten nicht bezahlt worden sind.

Aber trotz der schrecklichen Situation, in die die Arbeiter geworfen worden sind, sind die verschiedenen Streikdrohungen, besonders seitens der strategischen Ölarbeiter, meist wegen des Ausbleibens der Löhne, leere Drohungen geblieben, abgesehen vom außerordentlich populären Streik der Gesundheitsarbeiter im letzten Frühling. Es ist bemerkenswert, daß die mit dem CIA verbundene „unabhängige“ Bergarbeitergewerkschaft, die so schnell dabei war, 1990/91 für Jelzin zu streiken, die Kohlenbergarbeiter davon abgehalten hat, ihre Macht gegen die Verwüstungen von Jelzins „Schockbehandlung“ zu mobilisieren.

Bis jetzt ist es noch nicht zu Massenarbeitslosigkeit gekommen. Aber schon jetzt zwingen Fabriken im ganzen Land die Arbeiter dazu, längeren unbezahlten Sommer„urlaub“ zu nehmen: Im Zentrum der Rüstungsindustrie von Rjasan haben alle 24 größeren Fabriken entweder ihre Tore geschlossen oder arbeiten seit dem 1. Juli nur noch drei Tage in der Woche. Insgesamt ist allein im ersten Quartal des Jahres die Produktion um 15 Prozent gesunken. Im entscheidenden Bereich der militärischen Güter erwartet man, daß die Verkäufe in diesem Jahr um bis zu 85 Prozent zusammenbrechen werden, was zu 2,5 Millionen Entlassungen führen könnte. Wenn den bankrotten Staatsunternehmen die Subventionen gestrichen werden, dann könnten bis zum Jahresende weitere 15 Millionen arbeitslos sein, was die Wahrscheinlichkeit einer gewaltigen sozialen Explosion ansteigen ließe.

Jelzin hat auf imperialistische Dollars und D-Mark gesetzt, um seine konterrevolutionären Bestrebungen zu finanzieren. Im Juni ging er nach Washington, um den Kern

Fortgesetzt auf Seite 12



Spartacist

Jelzins Polizei marschiert auf, um Moskauer Demonstration am 22. Juni auseinanderzutreiben. Zar Boris arbeitet seit einem Jahr fieberhaft daran, einen bürgerlichen Staat zu konsolidieren

Sowjetische Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 11

der nuklearen Verteidigung der sowjetischen Armee per Vertrag wegzugeben – die Mehrfachsprengkopfraketen SS-18 und SS-24 –, aber dafür hat er im Gegenzug nichts bekommen. Das Bankenkartell des Internationalen Währungsfonds verlangt weiterhin noch mehr Blut. Bombastische Versprechungen eines vagen Hilfspakets im Umfang von 24 Milliarden Dollar lösen sich in Luft auf, der IWF hält schon die erste Milliarde zurück, es sei denn, Rußland streicht sein Haushaltsdefizit um zwei Drittel zusammen, privatisiert die staatseigene Industrie und streicht die Subventionen für zahlungsunfähige Unternehmen – und das alles noch vor Weihnachten. Selbst Jelzin ist gezwungen, sich dem IWF-Ultimatum entgegenzustellen, wonach die Ölpreise in der Binnenwirtschaft auf die Höhe der Weltmarktpreise getrieben werden sollen, was die Industrie, die von billiger Energieversorgung abhängt, völlig ruinieren würde.

Es ist für jedermann einsichtig, daß diese chaotische Situation nicht lange so weitergehen kann. Die Räder der Industrie können sich nicht länger auf der Basis von Schuldscheinen weiterdrehen – mehr als zwei Billionen Rubel, fast 30 Milliarden DM seit Januar. Der Privatisie-



Kurt Hamann/Diagonal

Moskau: Priester segnet Mercedes-Eröffnung. Konterrevolution bringt Elend, Obskurantismus, Antisemitismus

rungsplan der Regierung (der vorsieht, an die Arbeiter Coupons auszugeben, die in Bargeld umgetauscht werden können) würde eine Hyperinflation hervorbringen, vergleichbar mit der Situation von 1923 in der Weimarer Republik. Allseits nimmt die Forderung nach einer „starken Regierung“ zu, um „Rußland zu retten“. Sergej Baburin, ein führender Sprecher für die „Patrioten“ des Blocks der „Russischen Einheit“ im Parlament, stellt fest: „Bis zum Ende des Jahres werden wir in diesem Land höchstwahrscheinlich eine Diktatur mit eiserner Faust haben. Es fragt sich nur, welcher Art?“

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) warnt: *Ohne Massenwiderstand der organisierten Arbeiterklasse und angesichts des zunehmenden Auseinanderfallens der sowjetischen Armee besteht die unmittelbare Gefahr, daß die Kräfte der kapitalistischen Restauration in der Lage sein werden, einen bürgerlichen Staat zu konsolidieren, wie fragil auch immer, und ein Blutbad unter den Arbeitern und nationalen Minderheiten zu entfesseln.*

Wo die sowjetischen Arbeiter durch Jahrzehnte von stalinistischem Bürokratismus und Verrat politisch atomisiert und paralysiert sind, wird den sowjetischen Arbeitern heute nichts anderes angeboten als der hochgradig rückwärtsgerichtete Nationalismus von Stalins Erben. Die Situation ist verrottet und überreif. Es ist dringend nötig, einen internationalistischen Kaderstamm in einem unionsweiten leninistisch-trotzkistischen Kern zusammenzuschmieden, der sich unerschütterlich dem Programm der Oktoberrevolution verpflichtet weiß, ehe alle Spuren der Revolution weggefegt sind.

Konterrevolution strebt nach einem „starken Staat“

Während das Milieu von Yuppie-Intellektuellen und Spekulanten um Jelzin zerfällt, sind mehr und mehr Vertreter der Manager der staatseigenen Industriebetriebe in die Regierungskorridore eingezogen. Im Juli wurde von Vizepräsident Alexander Ruzkoi, einem früheren Armeemoffizier, der vor kurzem bei Meinungsumfragen Jelzin überholt hat, eine „Bürgerunion“ gegründet; mit dabei Arkadi Wolski, ehemaliger Berater von Andropow und Gorbatschow, jetzt führender Kopf der mächtigen „Union der Industrialisten und Unternehmer“, die zwei Drittel der Industrie kontrolliert; und Nikolai Trawkin, Chef der rabiat antikommunistischen Demokratischen Partei. Im Mai wurden drei Industrievertreter, die zum Kreis Wolskis zählen,

zu Regierungsmitgliedern in Jelzins Kabinett ernannt, offensichtlich auf Kosten der Vorherrschaft von Jegor Gaidar, Jelzins Wirtschaftsazaren für „freie Marktwirtschaft“.

Einige westliche Kommentatoren haben sich darüber Sorgen gemacht, daß Jelzins jüngste Ernennungen die kapitalistischen „Reformen“ verlangsamen könnten, sie wiesen darauf hin, daß der „militärisch-industrielle Komplex“ die Unterstützungsbasis für die Organisatoren des im letzten Jahr fehlgeschlagenen Putsches gewesen ist. Aber kein geringeres imperialistisches Sprachrohr als die *New York Times* (2. August) stellt den neuen Kabinettsmitgliedern „ein solides Zeugnis aus als Befürworter eines Systems des freien Marktes“. Dies unterstreicht nur unseren Kommentar zur Zeit des August-Fiaskos, daß dies ein „Perestroika-Putsch“ von Teilen der Bürokratie gewesen ist, die ebenfalls auf eine Restauration des Kapitalismus abzielten, nur sollte dies langsamer vonstatten gehen und *unter ihrer Kontrolle*. Wo die Yuppie-Spekulanten die Industriekapazitäten des Landes zerstören wollen, um das imperialistische Diktat zu erfüllen, gefällt es den Betriebsdirektoren überhaupt nicht, daß der IWF die Betriebe zerstören will, von denen sie hoffen, daß sie sie eines Tages im eigenen Besitz haben.

Des weiteren haben Verschiebungen in der Armee ein anderes Trio nach vorn treten lassen: Verteidigungsminister Pawel Gratschew, der im letzten Jahr Truppen befahl, Jelzin zu verteidigen; der stellvertretende Verteidigungsminister Boris Gromow, ehemaliger Kommandeur der sowjetischen Truppen in Afghanistan, und Generalmajor Alexander Lebed, Führer der Armee-Einheit vor Jelzins „Weißem Haus“ im letzten August und jetzt der Kommandeur der russischen (früher sowjetischen) 14. Armee in Moldawien. Gratschew, Lebed und Ruzkoi haben alle unter Gromow in Afghanistan gedient. Während die sogenannte „patriotische Opposition“, an deren Spitze ehemalige stalinistische Größen stehen, die sich jetzt beiseite geschoben sehen, über Jelzins Ausverkauf an den Westen herziehen, treffen sich alle diese Gruppierungen und Schichten im russischen Nationalismus und in der Unterstützung von Kräften, die sich vorgenommen haben, den Kapitalismus mit eiserner Faust zu restaurieren. Und was sie hierfür in erster Linie benötigen, ist, einen Staatsapparat zusammenschmieden, der in der Lage ist, die Arbeiter zu unterdrücken.

Von dem Augenblick an, wo Jelzin die Oberhand gewon-

nen hat, hat er fieberhaft daran gearbeitet, einen bürgerlichen Staat zu konsolidieren. Es sieht jetzt so aus, daß er Unterdrückungskräfte hat, die dem konterrevolutionären Regime loyal sind, nämlich die russische Eliteeinheit OMON. OMON-Hundertschaften wurden im Februar gegen eine Demonstration zum Tag der sowjetischen Armee in Marsch gesetzt, dann wieder im Juni, um Demonstranten vor Moskaus Fernsehzentrum Ostankino auseinanderzutreiben und um die einzige sowjetische Flagge herunterzureißen, die noch auf einem öffentlichen Gebäude in Leningrad geweht hatte. Zur gleichen Zeit soll der Prozeß, der im Augenblick in Moskau gegen die verbotene Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) als eine „kriminelle“ Organisation geführt wird, als Warnung dienen für potentiell aufmüßige Elemente im Apparat und ebenso für alle, die sich der Restaurationspolitik entgegenstellen könnten.

Jelzin hat damit begonnen, eine ausschließlich russische Armee aufzubauen, und die sowjetische Marine hat damit begonnen, das alte zaristische Marineemblem zu hissen, das St.-Andreas-Kreuz. Angesichts der zunehmenden Eskalation der Kämpfe zwischen dem ethnisch rumänischen moldawisch-nationalistischen Regime von Mercea Snegur und russischsprachigen Nationalisten der Transdnjestr-Region gibt es zunehmend den Ruf nach einer großangelegten russischen Militärintervention. General Lebed von der 14. Armee denunziert das Snegur-Regime als „faschistisch“, und wenigstens ein Bataillon kämpft auf der Seite der russischsprachigen Freischärler und der Kosaken-„Freiwilligen“ in zaristischer Montur.

Stalinistische Gruppen wie die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRPA), Hauptorganisatoren von Protesten gegen Jelzin, lassen zunehmend selbst das Lippenbekenntnis für die Sache des Sozialismus fallen und reihen sich als Vortrommler in den sinistren chauvinistischen Kreuzzug ein. Die „Patrioten“ versuchen, einen „starken Staat“ zusammenschmieden, indem sie auf die Karte des großrussischen Chauvinismus und Antisemitismus setzen. Obwohl Pamjat und andere Faschisten jetzt unbehelligt durch die Straßen von Leningrad marschieren können, markierte eine Konferenz der russischen Nationalsynode, des *Sobor*, am 12. Juni ein wichtiges Stadium für das Kräftewachstum von mächtigeren faschistisch-korporatistischen Kräften.

Fortgesetzt auf Seite 14

Am Revolutionstag 1991 demonstrierten 90 000 Menschen in Moskau gegen Jelzins Konterrevolution. IKL-Plakat fordert: Zurück zum Weg Lenins und Trozki! Verteidigt das Lenin-Museum!



Sowjetische Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 13

Ende der 20er Jahre hat Leo Trotzki zu einer Zeit, wo Stalins versöhnlerische Politik gegenüber den kleinkapitalistischen NEP-Leuten und den reichen Bauern, den Kulaken, die Gefahr einer kapitalistischen Restauration verstärkt hat, festgestellt:

„Ist es überhaupt wahrscheinlich, daß im Fall der Niederlage der [proletarischen] Diktatur bürgerliche Demokratie sie ersetzen wird? Nein, das ist die unwahrscheinlichste aller Varianten. Revolutionäre Diktatur wurde in der Geschichte noch nie durch Demokratie ersetzt.“

Um ihre Position zu befestigen, würde eine im Entstehen begriffene Bourgeoisie über ein Übergangsregime hinausgehen müssen und „ein ernsthafteres, solideres und entschiedeneres“ konsolidieren, „nach aller Wahrscheinlichkeit ein bonapartistisches, oder mit modernen Worten, ein faschistisches Regime“.

Die Hinterlassenschaft von Jahrzehnten des Stalinismus, der die politische Macht an sich gerissen und das Proletariat atomisiert hatte, hat der gegenwärtigen konterrevolutionären Situation den Weg bereitet. Heute ist es klarer denn je, daß der *einzig* Weg, die konterrevolutionäre Flut zurückzuschlagen, in der Mobilisierung des *multinationalen* sowjetischen Proletariats liegt. Nach dem Putsch und Gegenputsch im letzten August haben wir die Forderung aufgestellt: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!“ Wir haben betont: „Jelzin & Co. sehen zwar jetzt den Weg frei, um die Wiedereinführung des Kapitalismus mit Gewalt durchdrücken zu können; doch *das Ergebnis steht noch nicht definitiv fest*.“ Wir fügten hinzu: „Widerstand in den Fabriken gegen die verheerenden Folgen des kapitalistischen Ansturms könnte einen riesigen Riegel verschieben und die schnelle Konsolidierung der Konterrevolution verhindern“ (Spartakist Nr. 89, September 1991).

Die bei weitem vorherrschende Stimmung richtet sich gegen die Wiedereinführung von kapitalistischer Ausbeutung, dies spiegelte sich wider in den bis zu 90000 Menschen, die auf die Straße gingen, um im letzten November den Jahrestag der Oktoberrevolution zu feiern, und auch wieder im März, als über 200000 zu einem Protest gegen Jelzin zusammenkamen. Aber die sowjetischen Werktätigen können und müssen den Weg unabhängiger politischer Kämpfe beschreiten, ehe sie sich von ihren Arbeitsplätzen ausgeschlossen finden und jeglicher Kampfmöglichkeiten beraubt sind. Wie wir in einem Flugblatt vom 25. Februar gewarnt haben, von dem etwa 100000 Exemplare verteilt wurden:

„Arbeiter: Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Wartet nicht,

bis eure Kinder von Hunger blaß und schwach werden. Die Mächtigen-Bosse nehmen euch die Straßen Moskaus weg. Bildet jetzt wirkliche Sowjets! Jagt die restaurativen Kräfte durch eine politische Revolution der Arbeiter davon! Besiegt jeden Vorstoß zu nationalistischem Brudermord – nieder mit dem Gift des Antisemitismus! Es ist dringend nötig, die Kader einer leninistisch-trotzkistischen Partei zusammenzuführen, die sich den proletarischen Grundlagen verpflichtet, auf denen der multinationale sowjetische Arbeiterstaat aufgebaut worden ist“ (Spartakist Nr. 94, März/April).

Stalinisten unterstützen den konterrevolutionären Ansturm

Die verschiedenen Zerfallsprodukte des Zusammenbruchs der stalinistischen Bürokratie haben sich an die konterrevolutionäre Kampagne angehängt, entweder durch offene Unterstützung einer „Marktwirtschaft“ oder durch die Verbreitung von russischem Nationalismus, der der Zement der Kräfte einer Restauration ist. Trotz ihrer gelegentlichen Behauptungen, sie wären gegen die Restauration des Kapitalismus, haben die RKRП, deren bekanntester Sprecher Viktor Anpilow ist, und eine Handvoll kleinerer „Hardliner“-Gruppen wie die Kommunistische All-Unionspartei der Bolschewiki (WКРБ) von Nina Andrejewa eine groteske „rotbraune Koalition“ gebildet mit offen großrussischen Chauvinisten wie Alexander Newzorow, dem Faschisten Schirinowski und dem Sobor. Bei Protesten, die vom Bündnis „Werktäufiges Rußland“ organisiert werden, stellen die Arbeiter, die gegen die kapitalistische Restauration auf die Straße gehen, fest, daß sie vom Podium mit chauvinistischer Rhetorik überschüttet werden. Dies dient nicht zur Mobilisierung, sondern zur *Demobilisierung* von Arbeitern, die auf der Suche nach Kampf sind.

Bei der sinistren Versammlung des slawophilen Sobor am 12. Juni gab es Monarchisten, Faschisten im schwarzen Hemd und Kosaken in voller Montur – und dazu die RKRП. Nach Berichten wird der Sobor vom Chef der Börse in Nischni Nowgorod finanziert, Vorsitzender ist der „ehemalige“ KGB-General Alexander Sterligow, der sich im August auf die Seite Jelzins geschlagen hatte und der unter Ruzkoi gearbeitet hat. Dieser Sobor schimpfte, das Jelzin-Regime sei eine „Regierung des nationalen Verrats“, die „russophobisch ist und Juden liebt“, und er erklärte: „Eine Schattenregierung ist gebildet worden und jederzeit bereit, sofort die Macht zu übernehmen.“ Bei der Konferenz traten so berüchtigte antisemitische Persönlichkeiten wie der Schriftsteller Valentin Rasputin auf, der phantasierte: „Kommunismus war ein Übel, das sich des Landes bemächtigt hatte“. Zum Präsidium, das von der Konferenz gewählt wurde, gehörten Rasputin, dazu der Monarchist Newzorow und der antisemitische „rote“ General Albert Makaschow, ein Mitglied des Zentralkomitees der RKRП.

Die Rumpfstalinisten haben zunehmend die politische Färbung der offen prokapitalistischen Nationalisten angenommen, denen sie hinterherlaufen. Eine Ausgabe der Zeitung *Schto Delat* („Was tun“) vom Werktäufigen Rußland brachte kürzlich einen erneuten Aufguß von der antisemitischen Fälschung „Die Protokolle der Weisen von Zion“ der zaristischen Geheimpolizei, illustriert mit einem Foto von Jelzin, der vor einem Davidstern steht. Newzorow, Schirinowski und Makaschow waren alle prominente Teilnehmer bei der Demonstration am 12. Juni vor dem Fernsehzentrum Ostankino, zu der Werktäufiges Rußland aufgerufen hatte mit der Forderung nach einer chauvinistischen „russischen Stunde“. Dabei gab es Plakate „Russisches Fernsehen heißt Fernsehen ohne Juden“.

Im politischen Spektrum der sowjetischen Linken, das von rotbraun bis blaßrosa reicht, tendieren andere Über-

Бюллетень Спартакoцев № 3

Весна 1992 г.

Цена: 1 руб., DM 1,-

Наш адрес:

SpAD

Postfach 510655

1000 Berlin 51

Спартакoцев/СССР

121019 г. Москва

г-19, а/я 19



reste der ehemaligen KPdSU zur Sozialdemokratie. Alexej Prigarins Union der Kommunisten und Anatoli Kryutschkows Russische Partei der Kommunisten – die beide aus dem Flügel der Marxistischen Plattform der ehemaligen KPdSU entstanden sind – und Roy Medwedews Gorbatschow-freundliche Sozialistische Partei der Arbeit (SPT), sie alle unterstützen die Einführung einer Marktwirtschaft, wenn auch mit dem einen oder anderen Vorbehalt. Diese Gruppen legten ein gewisses Maß an Identifizierung mit der alten Union an den Tag und organisierten bei der Eröffnung des Prozesses gegen die KPdSU am 6. Juli einen kleinen Protest, den die RKRP und Werktätiges Rußland auffällig boykottierten.

Aber die Konterrevolution wird nicht auf dem Boden der sozialdemokratischen Politik der kleinen Schritte vorgehen, und diese Gruppen werden auch vom Sog der immer dreisteren russisch-chauvinistischen Bewegung erfaßt. Alle drei schlossen sich der RKRP an und solch reaktionären Auswüchsen wie der „Union der Kosaken“ und dem „Fonds zur Restaurierung des Schreins von Christus dem Erlöser“, als sie im März die Volksfront-„Erklärung über die Gründung der Vereinigten Opposition“ unterzeichneten, die zur „Rettung des Vaterlands ... durch gemeinsame Aktionen auf der Basis zivilen Friedens“ aufrief. Die SPT lobte sogar den *Sobor*.

Für eine leninistisch-trozkistische Partei!

Als wir im letzten Januar über den Block der Stalinisten mit den nationalistischen Reaktionären schrieben, warnten wir: „Dies ist nicht nur ein hinterhältiges, sondern auch ein gefährliches Spiel, denn die Faschisten, die dadurch Auftrieb bekommen und sich bestätigt sehen, werden ihre früheren, vorgeblich kommunistischen ‚patriotischen‘ Verbündeten genauso gnadenlos verfolgen wie die sowjetischen Arbeiter, Juden und andere Nationalitäten, sollten sie jemals eine Chance bekommen“ (*Spartakist* Nr. 93, Februar). Jetzt, nachdem sie für mächtigere Kräfte die Drecksarbeit gemacht haben, müssen die Stalinisten feststellen, daß man immer mehr ohne sie auskommt. Beim *Sobor* denunzierte Sterligow den Kommunismus als „feindselig gegenüber den alten nationalen Traditionen Rußlands ... daher ist es ganz unmöglich, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die Träger dieser Ideologie sind“.

Im letzten August jubelten verschiedene selbsternannte trozkistische Gruppierungen den Yuppies, Pfaffen und Faschisten zu, die sich an Jelzins Barrikaden eingefunden hatten. Vor nicht so langer Zeit haben Vereine wie Sergej Beits' Rabotschaja Demokratija (Arbeiterdemokratie – ein Ableger der sozialdemokratischen Militant-Gruppe in Britannien) angefangen, der RKRP usw. hinterherzulaufen, ohne eine Spur von Kritik am Faschismus, Chauvinismus und Antisemitismus, die im „patriotischen“ Milieu wuchern.

Es gibt sowjetische Militante, die für den Kommunismus von Lenin und Trotzki kämpfen wollen. Millionen wissen, was ihnen unter dem Kapitalismus blüht, und wollen gegen die Zerstörung ihres Lebensunterhalts und die Verwüstung ihrer Gesellschaft Widerstand leisten. Die Kräfte der Konterrevolution müssen erst noch ein stabiles kapitalistisches Regime konsolidieren.

Die Oktoberrevolution von 1917 zerschmetterte das zaristische Völkergefängnis und befreite die Arbeiter und Bauern von kapitalistischer Ausbeutung. Sie war ein Leuchtfener für Arbeiter und Unterdrückte auf der ganzen Welt. Doch wie Trotzki kurz nach der politischen Konterrevolution, die 1923/24 von Stalin angeführt wurde, warnte, ist der Stalinismus „der Totengräber der Revolution“. Nach beinahe 70 Jahren bürokratischen Verrats hängt das Schicksal des ersten Arbeiterstaats in der Geschichte an einem dünnen Faden.



Shone/Gamma-Liaison

Plakat, gesehen auf Moskauer Demonstration, lautet: „Gorbatschow-Jelzin: Kapitalismus = Faschismus. Nein zum Privateigentum der kriminellen Millionäre. Beschlagnahmt, was vom Volk gestohlen wurde, und stellt es den sowjetischen kollektiven Betrieben und Landwirtschaften zur Verfügung.“

Wenn das multinationale sowjetische Proletariat nicht in einem brudermörderischen Blutbad ertränkt werden soll und wenn es nicht unter dem eisernen Stiefel imperialistischer Ausbeutung zermalmt werden soll, dann muß es einen revolutionären Kampf führen, um die Regime zu stürzen, die den Kapitalismus restaurieren wollen, und muß in Rußland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken die politische Macht ergreifen. Diejenigen, die sich mit dem großrussischen Chauvinismus und den anderen Nationalismen versöhnen wollen, sind Barrieren für den Kampf gegen die Konterrevolution. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft dafür, einen Kern von internationalistischen Kämpfern zusammenzuschmieden, die dem Programm von Lenins und Trotzkis Rotem Oktober verpflichtet sind. Dies ist der einzige Weg vorwärts.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 557, 7. August

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin Mittwochs von 18.00 bis 20.00 Uhr
 Linkstreff, Weddingstraße 6
 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

KONTAKTADRESSEN

Berlin SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51
 Telefon: Westberlin 4 92 78 66

Halle SpAD, PSF 855
 Halle 4002
 Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg SpAD, c/o Verlag Avantgarde
 Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
 Telefon: (0 40) 32 36 44

Leipzig SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022



Spartakist-Fotos

Beim Brandenburger Tor: Wir rissen die Nazifahne runter!

Am 23. Juni entfernten Unterstützer der Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) und des Komitees für soziale Verteidigung (KfSV) eine riesige Hakenkreuzfahne, die als Teil einer sogenannten „historischen Ausstellung“ aller deutschen Flaggen seit der Kaiserzeit in 15-Meter-Höhe an der Wand der Galerie Pariser Platz beim Brandenburger Tor hing. Diese Provokation war eine direkte Drohung für Tausende Berliner und Touristen, die täglich daran vorbeigingen. Wie der KfSV-Sprecher Werner Brand erklärte: „Das lassen wir nicht zu! Das Hakenkreuz steht für die grausame Ermordung von sechs Millionen Juden, von Roma, Sinti, Homosexuellen und anderen Minderheiten, von Kommunisten und allen Antifaschisten. Erst vor kurzem brachte es Mete Eksi, Nguyen Van Tu und Torsten Lamprecht den Tod.“ Das Pogrom in Rostock mit terrorisierenden Hitlerbanden und mit über 100 vietnamesischen Bewohnern im brennenden Asylheim – das ist das Gesicht des Hakenkreuzes.

Mit Hilfe einer Bergsteigerausrüstung bestiegen die Antifaschisten das Dach der Galerie und schnitten die Nazifahne ab. Als das Symbol zu Boden fiel, verbrannten wir es unter lautem Applaus der Umstehenden. Anschließend wurde auf dem Dach ein Spartakist-Banner mit der Aufschrift „Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!“ entrollt.

Vier Unterstützer der SpAD und des KfSV wurden festgenommen und erst nach energischem Protest freigelassen. Viele Passanten aus verschiedenen Ländern, darunter auch Unterstützer der kurdischen Arbeiterpartei PKK, riefen: „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei!“ Festgenommen wurden Werner Brand, Ronald Krüger (Fotograf der Zeitung *Spartakist*), Renate Dahlhaus und Toralf Endruweit (beide Sprecher bei der Antinazi-Massendemo in Treptow im Januar 1990 und Kandidaten bei der letzten Bundestagswahl).

Das Hakenkreuz rief eine breite Empörung hervor. Im Gästeregister der Galerie und als Graffiti an der Wand drückten Besucher ihr Entsetzen und ihre Ungläubigkeit aus. Nach der Entfernung der Fahne fand die Aktion ein Echo in verschiedenen Berliner Tageszeitungen vom *Tagespiegel* bis *taz* und *Morgenpost*. *Neues Deutschland* druckte den Leserbrief von Jana Strauchfuß (SpAD-Kandidatin bei der letzten Bundestagswahl) ab, der feststellte: „Ich fordere

als Kommunist: Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um die Nazis zu stoppen.“ Auch Gäste eines unter Immigranten beliebten Berliner Cafés begrüßten die Entfernung der Fahne enthusiastisch. Nur ein mieses Häuflein namens „Arbeitermacht“ drückte in einem Brief vom 30. Juli seine tiefe Verachtung für die Entfernung des Hakenkreuzes aus, indem es die Aktion als „Show“ abtat und sich schützend vor den „verwirrten Aktionskünstler“ stellte. Kein Wunder: für die Austro-nationalisten, die den Kern dieser Gruppe bilden, ist selbst Waldheim kein Nazi-Kriegsverbrecher!

Mit dem Sieg der Roten Armee wurde das System des Hakenkreuzes im deformierten Arbeiterstaat DDR vollständig vernichtet. Jetzt streckt die Bourgeoisie von Auschwitz wieder ihre Finger nach der Herrschaft Europas aus. Die Rehabilitation des Dritten Reichs durch das Vierte, die 1985 mit Kohls/Reagans Kniefall vor SS-Gräbern in Bitburg Antrieb bekam, ist seit dem Anschluß zu einer Flutwelle von rassistischem Terror geworden. Die SPD führt die Hexenjagd an gegen alles, was an die DDR erinnert. Während die SPD Nazi-Kriegsverbrecher wie Gustav Just beherbergt und Juden jagte, die den jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen behalten wollten, wird Erich Mielke aufgrund von Nazi-Anklagen der Prozeß gemacht. Jetzt wollen „Experten“ den Hitler-Bunker in Berlin unter Denkmalschutz stellen! Es gibt keine Tabus mehr, sagen bürgerliche Politiker, die alle Errungenschaften der Arbeiterklasse vernichten wollen.

Wie Toralf Endruweit bei der Entfernung der Hakenkreuz-Fahne sagte: „Wir wissen, was das Hakenkreuz bedeutet und wie wir damit umgehen müssen. Wir ehren heute auch in bescheidener Weise den heroischen jüdischen Kommunisten Herbert Baum. Um die Faschisten ein für alle Mal zu beseitigen, brauchen wir eine Arbeiterrevolution, die die Opfer des Nazi-Holocaust rächen wird. Dafür kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei. Und in der Sowjetunion kämpfen unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) gegen Jelzins Konterrevolution, um die politische Macht für die Arbeiter zurückzuerkämpfen und das Land der Oktoberrevolution als Vorreiter der Weltrevolution wiederzuerichten.“ ■

Zerschlagt Nazi-Pogrome...

Fortsetzung von Seite 1

bock benutzt, auch von den Herrschern des Vierten Reichs. Verbitterung und Wut, die sich gegen die imperialistische Regierung richten könnten und müßten, schüren statt dessen die Pest des Faschismus, während alle Hauptparteier. Hysterie und Rassismus gegen Immigranten aufpeitschen. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands hat dazu aufgerufen und dafür gekämpft, die Arbeiterklasse zur Verteidigung der belagerten Immigranten-Wohnviertel zu mobilisieren, als Teil unseres Kampfes gegen die kapitalistische Konterrevolution von Rostock bis Moskau.

Das Rostocker Pogrom entfachte in ganz Deutschland eine Terrorwelle gegen Flüchtlinge. Von Augsburg bis Greifswald wurden letzte Woche mindestens 20 Wohnheime angegriffen; ein Zeltlager für Asylsuchende in Leipzig brannte völlig nieder. In Berlin wurde eine Bombe am jüdischen Mahnmahl für Deportierte gezündet, und am Vortag explodierte auf dem Hannoveraner Altstadtfest eine Bombe, die 16 Menschen verletzte, einige davon lebensgefährlich. Dies erinnert an das Nazi-Attentat auf das Münchner Oktoberfest vor 12 Jahren, wo 13 Menschen ermordet wurden. Der kapitalistische Staat will den Ausbruch von Nazi-Terror benutzen, um demokratische Rechte anzugreifen. Sie wollen bonapartistische Maßnahmen durchdrücken wie polizeiliche Eingreiftruppen gegen Demonstranten und Schnellgerichte, die sich gegen Linke, Immigranten und Arbeiter richten. Eine Bonner Allparteienkoalition hat die Hysterie über eine „Asylantenflut“ aufgepeitscht und die Pogromwelle angefacht, um das Recht auf Asyl loszuwerden.

Monatlang haben die Nazis unter den Anwohnern in Rostock-Lichtenhagen eine Haßkampagne gegen die Flüchtlinge geführt. Seit Juni wurden mehr als 1300 Asylsuchende in das Wohnheim gepfercht, wo nur für ein Viertel von ihnen Platz war. Ohne Betten und sogar ohne ein Zelt über dem Kopf mußten viele Familien vor dem Haus im Freien übernachten, sie wurden gezwungen, dort zu essen und sich zu erleichtern, weil es keine Kochgelegenheiten und Toiletten gab. Die Bedingungen erinnerten an das berüchtigte Nazi-Konzentrationslager für Roma und Sinti in Marzahn, Hunderttausende Roma und Sinti wurden vom Dritten Reich ermordet. Kommunale, Landes- und Bundesbehörden haben sich über die Situation gezankt, ohne etwas für die Flüchtlinge zu unternehmen. Hier wurde zynisch versucht, Massenverärgerung anzustacheln. Dies war ein *staatlich genehmigter terroristischer Angriff*.

Die Drohungen über Angriffe auf die Flüchtlinge waren seit Tagen bekannt und wurden in den Lokalblättern berichtet. Die Polizei tauchte frühzeitig auf, stand aber nur dabei und schaute zu; sie organisierte die Verlegung der Asylsuchenden unter Oberaufsicht des inzwischen angeeilten Bundesinnenministers Seitzers und zog sich dann zurück, um dem Nazi-Mordgesindel freie Bahn zu machen (während sich die vietnamesischen eingewanderten Arbeiter immer noch im Wohnheim befanden). Bundeskanzler Kohl versuchte auf groteske Weise, die Schuld auf „Stasi-Agenten“ zu schieben, während in Wirklichkeit Faschisten aus Berlin und Hamburg angereist waren, die ihren Terror offen über Funk organisierten. Aber die hauptsächlichen „Anstachler“ waren alle Bundestagsparteien, die zu einem „Durchgreifen“ gegen Einwanderer aufgerufen haben. Die rassistische Front reicht von den bürgerlichen Parteien CDU und FDP bis zur SPD und zu den Grünen, die für „Quoten“ sind, und den Ex-Stalinisten und Möchtegern-Sozialdemokraten der PDS, die nach mehr Polizei schreien.

Vor einem Jahr inszenierten faschistische Schläger ein Pogrom in der Braunkohlestadt Hoyerswerda. Die bürgerlichen Medien (und nicht wenige „Linke“) wollen die gesam-



Spartakist

Rostock: Hundertschaften gegen Antifaschisten. Davor haben die Bullen dem Nazi-Pack den Weg freigemacht

te Bevölkerung des ehemaligen Arbeiterstaats DDR, als ein Rassenpack darstellen. Aber während die Nazis von der Verzweiflung genährt wurden, die durch die Massenarbeitslosigkeit geschaffen wurde, sind die Faschisten immer noch eine kleine Minderheit. Wie die Spartakist-Arbeiterpartei in einem Flugblatt am 24. August schrieb: „Andere Anwohner drückten gegenüber den Spartakisten ihre Empörung aus“ über den faschistischen Terror gegen die Immigranten:

„Rostock ist eine Arbeiterstadt! Erst vor kurzem haben die Werftarbeiter mit Besetzungen ihre Kampfbereitschaft gegen die Kahlschlagpolitik der Treuhand gezeigt. Wir Spartakisten sagen: *Energetische Aktionen der Rostocker Metall- und Werftarbeiter und ihrer antifaschistischen Verbündeten können das Nazi-Pogrom verhindern!*“

Tausende von diesen Flugblättern wurden in Rostock verteilt

Am Samstag, dem 29. August, marschierten an die 20 000 Antifaschisten durch Lichtenhagen. Dies war für sich genommen schon eine Leistung, denn die Demonstranten wurden durch ein riesiges Bürgerkriegsmanöver der Polizei eingekesselt und ständig terrorisiert. 28 Polizeihundertschaften der Sondereinsatzkommandos und des BGS wurden eingesetzt, zusammen mit Hunderten anderen Bullen, und über ein Dutzend Hubschrauber flog bedrohlich tief über die Demonstranten. Autos und Busse wurden angehalten und auf der Autobahn durchsucht, ein Konvoi aus Hamburg mit über 1500 Teilnehmern wurde sieben Stunden lang bei Bad Doberan gefangengehalten. Es ist den Demonstranten hoch anzurechnen, daß sie sich von diesem Bullenterror nicht provozieren ließen. Daß diese Demonstration stattfinden konnte, war eine gute Sache, an diesem Tag konnten die Nazis in Rostock ihr blutiges Gewerbe nicht ausüben!

Das SpAD-Flugblatt stellte fest: „Während in Rostock die Pogromisten wüteten, gab die SPD-Klausurtagung grünes Licht für den Abbau des Asylrechts.“ Gleichzeitig gab die SPD ihre Zustimmung für weltweite imperialistische Bundeswehreinätze, natürlich nur in UN-„Blauhelm-Montur“. Engholm ist jetzt unter den rabiatesten Hetzern für

Fortgesetzt auf Seite 18

Zerschlagt Nazi-Pogrome...

Fortsetzung von Seite 17

beschleunigte Abschiebungen. Seit langem macht sich die SPD für KZ-Sammellager für Asylsuchende stark und errichtet sie in SPD-regierten Ländern. Nach einem Angriff auf die Asylstelle im Stahlzentrum Eisenhüttenstadt hat der Brandenburger SPD-Ministerpräsident Stolpe für „eine neue Politik gegen den Zuwandererstrom“ aufgerufen. Und in Rostock unterstützte SPD-Innensenator Magdanz in empörender Weise die Pogromisten und hetzte gegen „organisierten Nachschub“ von Flüchtlingen, der „das Faß zum Überlaufen gebracht“ habe.

Das Anwachsen des rassistischen Terrors hat den Aufstieg des aggressiven deutschen Nationalismus begleitet, der von der kapitalistischen Wiedervereinigung des Vierten Reichs ausgelöst wurde. Beim Anschluß des Arbeiterstaats DDR war die SPD das „Trojanische Pferd der Konterrevolution“, wie wir Trotzisten erklärten. Als die Nazis im Dezember 1989 das sowjetische Ehrenmal in Treptow schändeten, initiierten wir Spartakisten eine Arbeitereinheit-Mobilisierung, die von der SED-PDS aufgegriffen wurde und 250 000 Menschen auf die Straße brachte, die sich gegen den Drang zur Wiedervereinigung stellen und die DDR verteidigen wollten. Aber die Bourgeoisie und ihre SPD-Handlanger brachten ihre Destabilisierungskampagne zur Weißglut und pumpeten Millionen in die hastig einberufenen DDR-Volkstagswahlen, und die bankrotten Stalinisten schauderten vor der Perspektive einer proletarisch-politischen Revolution und eines Bürgerkriegs. Mit der Stärke der westdeutschen Wirtschaft, symbolisiert in der D-Mark, setzten sich die Vorreiter des „Deutschland, einig Vaterland“ durch.

Danach kam die bittere Aufrechnung. Massenarbeitslosigkeit und soziales Elend, hervorgebracht durch die systematische Zerstörung der ostdeutschen Industrie, haben zur Verzweiflung geführt und viele Arbeiter ins Lumpenproletariat hinabgestoßen. Das Gefühl der Hoffnungslosigkeit ist in Gebieten wie Lichtenhagen weit verbreitet, wo Tausende ehemalige Werftarbeiter leben, die vorher Schiffe hauptsächlich für die Sowjetunion gebaut haben. Jugendliche ohne jede Perspektive auf einen Arbeitsplatz oder überhaupt eine Zukunft sind empfänglich für faschistische Demagogie. Doch wenn die Macht der Arbeiterklasse mobilisiert würde, sähe die Sache völlig anders aus. Dies zeigte machtvoll der ÖTV-Streik im Frühjahr, der sich spontan vom Westen in den Osten ausbreitete, zum Entsetzen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten und des Kohl-Regimes.

Wie vorher in Eberswalde, wo die Bullen bei der Ermor-

dung des angolanischen Arbeiters Amadeu Antonio zuschauten und später auf den antifaschistischen Gedächtnismarsch einprügelten, machte die Polizei in Rostock den Nazis den Weg frei und ging dann massiv gegen die Antifaschisten vor. Das eine Woche dauernde Pogrom begann am Samstag, den 22. August und eskalierte Tag für Tag, bis die Polizei die Forderung der Rassisten nach „Ausländern raus“ ausführte. Einige Tausend Anwohner feuerten teilweise den braunen Mob an. Doch die Arbeiter in Rostock sind kein Rassistenhaufen, wie uns die antikommunistische Propagandakampagne weismachen will. Entschiedene Aktionen der organisierten Werktätigen hätten die paar hundert Glatzen vertreiben und die „Schaulustigen“ im Nu zum Schweigen bringen können und die Unterstützung der vielen anständigen Rostocker gewonnen.

Vor allem Arbeiter im Hafen und auf der Warnow-Werft, die weniger von Entlassungen betroffen waren als bei der Neptun-Werft, wollten etwas gegen die Nazis tun. Doch die gleichen SPD-geführten Gewerkschaftsbürokraten, die den Kampf der Werftarbeiter gegen Massenentlassungen abgewürgt haben, haben auch in Rostock die Mobilisierung der Arbeiter gegen die Nazis *verhindert*. Am 25. August gab der Rostocker DGB erst nach Feierabend einen Aufruf für einen Protest am gleichen Tag heraus, so daß nur wenige hundert kommen konnten. Ein Arbeiter des Dieselmotorenwerks drückte die Stimmung in den Betrieben aus: „Eine Riesensauerei, was die Gewerkschaftsbürokraten machen“. Dann weigerte sich der DGB, zu der großen antifaschistischen Demo am 29. August überhaupt aufzurufen. Die IG Metall hielt gleich für zwei Tage ihre Geschäftsstelle geschlossen.

Die SpAD hat wiederholt zu Arbeitermobilisierungen gegen die zunehmenden Nazi/Skinhead-Angriffe aufgerufen. Als die NPD am 9. November 1991 in Halle die Reichspogromnacht „feiern“ wollte, kämpfte die Spartakist-Arbeiterpartei für eine gewerkschaftliche Einheitsfrontaktion, um die rassistischen Terroristen zu stoppen. Wir trafen auf große Zustimmung unter den Arbeitern dieser konzentrierten Industrieregion. Doch nach anfänglicher Unterstützung zogen die DGB-Bürokraten buchstäblich in letzter Minute den Aufruf zu dieser Einheitsfront zurück und demobilisierten die Gewerkschaften. Hätte es diesen schmachvollen Verrat damals nicht gegeben, wären die Nazis durch eine machtvolle Arbeiteraktion gestoppt worden und hätten ihre blutrünstigen Fratzen im traditionell roten Norden in Rostock nicht so dreist zeigen können.

Die Rostocker antifaschistische Demonstration am 29. August wurde durch die Autonomen dominiert, von denen viele sich an mutigen Aktionen zum Schutz von Rostocker Immigrantinnen-Wohnheimen beteiligt hatten. Dabei



Juni 1992: Arbeiter besetzten Stralsunder Werft, doch sie wurden von sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten ausverkauft. Um Nazi-Terror zu stoppen, muß die Zerstörung der ostdeutschen Arbeiterklasse gestoppt werden!

waren fast hundert Autonome von den gleichen Bullen verhaftet worden, die das Nazi-Pogrom gegen Immigranten ermöglichten. Dann sperrten die Bullen die Antifaschisten gemeinsam mit Skinheads in eine Zelle! Die Spartakist-Arbeiterpartei fordert: Weg mit allen Anklagen gegen Antifaschisten! Sofortige Einstellung aller Verfahren!

Weit mehr, als Straßenkämpfe mit Nazis/Skinheads zu führen und „Guerrilla-krieg“-Straßentheater mit der weit schwerer bewaffneten Polizei zu veranstalten – was nichts entscheidet –, ist es notwendig, die soziale Macht der Arbeiter/Immigranten zum Tragen zu bringen, um faschistischen Terror zurückzuschlagen. Die Autonomen, die im Lichtenhager Wohnviertel „Schämt euch“ schrien, setzten damit die Arbeiter mit der verräterischen DGB-Bürokratie gleich. Arbeiterfeindliche Autonome aus dem Westen reagierten auf unsere Losung „Polizei raus aus dem DGB“ mit entsetztem Aufschrei, weil sie beides gleichsetzen wollen. Aber als wir dem Haß der Alt-Autonomen auf die Arbeiterklasse und ihrer impotenten Strategie den Ruf entgegengesetzten: „Rostock ist eine Arbeiterstadt – Stoppt die Nazis durch Arbeitermacht!“, bekamen wir von Anwohnern dafür Applaus.

Wir Spartakisten kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und verteidigen das Asylrecht. Wir sind dafür, daß alle, die es hierher geschafft haben, mit gleichen Rechten bleiben können. Die liberale Forderung nach „Bleiberecht“, die auch von autonomen Jugendlichen unterstützt wird, bedeutet Rausschmiß auf Zeit, der den Flüchtlingen einen Status als Menschen zweiter Klasse aufzwingt.

Die PDS buhlt in skandalöser Weise um „Verständnis“ für die Rassisten. Ein Kommentar im *Neuen Deutschland* (24. August) stellte über die Anwohner, die klatschten und „Sieg heil“ riefen, die Frage: „Sind sie deshalb Extreme, Faschos gar, die auf dem Kriegspfad sind? Quatsch, sie sind Nachbarn – nett wie Müllers, Meiers, Schulzes neben mir und Ihnen ... Da gab es Lärm und Schmutz und fremde Leute.“ Die Rostocker PDS-Vorsitzende äußerte Solidarität mit dem „monatelangen Unmut und Protest der Lichtenhager Einwohner“. Davor hatte *ND* eine rassistische Hetze gegen Hütchenspieler geführt. Jetzt führt *ND* die Kampagne fort, diesmal gegen Roma und Sinti, und kümmerte sich um das „Anliegen“ eines Lesers, der einen Hetzbrief über „kriminelle Handlungen“ von Sinti und Roma schrieb (*ND*, 25. August). Für diese Erzreformisten, die sich danach sehnen, „respektable“ Sozialdemokraten zu werden, sind die Flüchtlinge das „Problem“, nicht die Nazi-Mörder.

Gregor Gysi, Hans Modrow und die ganze Bundestagsgruppe der PDS marschierten an der Spitze der Rostocker Demo am 29. August mit. Aber das hatte reinen Alibicharakter. Bis zu diesem Zeitpunkt war von organisierten Protesten der PDS auf den verschiedenen Demonstrationen gegen das Rostocker Pogrom nichts zu sehen. Und am Tag des nationalen Protestmarschs beschäftigten sie ihre Mitglieder mit einer zentralen Sitzung ihres „Komitees für Gerechtigkeit“ in Berlin, wo die PDS Seite an Seite mit



Spartakisten bei Demo am 29. August fordern: Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien!

Spartakist

dem rechten Diestel sitzt. Aber eine Reihe von PDSlern war über die ekelhaften Entschuldigungen der PDS-Führung für die Rassisten schockiert, in Rostock und anderswo. Bei einer Demonstration am 26. August in Berlin rissen sich PDS-Mitglieder um das Spartakist-Flugblatt.

Das Rostocker Pogrom hat sogar bei Teilen der Sozialdemokratie Schockwellen ausgelöst. SPD-Vize Thierse will die Pogrome für die rassistische Forderung nach „niedrigeren Quoten“ von Immigranten für Ostdeutschland benutzen und schiebt in grotesker Weise die Schuld für den Fremdenhaß auf „staatliche Veranstaltungen und Völkerfreundschaft“ der DDR! Aber beim Berliner Protest am 26. August trugen Mitglieder der Jusos ein Banner: „Rassismus auf Raten, Sozialdemokraten?“ Viele hörten aufmerksam den Megaphon-Reden der Spartakisten zu. In Rostock waren am 29. August Transparente der Jusos und der Falken zu sehen. Die SAGler, Anhänger des „Staatskapitalisten“ Tony Cliff in Britannien, wollen sich als *die* antifaschistischen Kämpfer profilieren, aber in ihrem Flugblatt zu Rostock *erwähnen sie nicht ein einziges Mal die Rolle der SPD*, hinter der sie hinterherkriechen.

Zusammen mit ihrer Zustimmung zum Abbau des Asylrechts und zum imperialistischen Blauhelm-Bundeswehrein-satz will die SPD ihre „Regierungsfähigkeit“ auch dadurch unter Beweis stellen, daß sie die Hauptkraft bei der anti-kommunistischen Hexenjagd in Großdeutschland ist. So hat die SPD-Justizsenatorin Jutta Limbach den ehemaligen DDR-Staatschef Erich Honecker und den ehemaligen MfS-Chef Erich Mielke ins Gefängnis gesperrt. Die SpAD hat wiederholt diese Hexenjagd verurteilt und Freiheit für Honecker, Mielke und andere wie den antifaschistischen Helden Gerhard Bögelein gefordert. *Der Spiegel* (31. August) druckte ein Interview mit Mielke aus seiner Zelle im Moabit Gefängnis ab, in dem er unter anderem sagte: „Wenn wir noch wären, wären keine Geschichten wie die Krawalle gegen das Asylantenheim in Rostock passiert.“

Das ist ganz sicher wahr. Der deformierte Arbeiterstaat DDR wurde aus den Ruinen des Hitler-Regimes aufgebaut, das von der Roten Armee zerschlagen wurde. In Lichtenhagen lebten die vietnamesischen Arbeiter jahrelang ohne

Fortgesetzt auf Seite 20

Zerschlagt Nazi-Pogrome...

Fortsetzung von Seite 19

Angst vor Nazi-Angriffen mit ihren Kollegen zusammen, genau wie andere DDR-Vertragsarbeiter aus Moçambique, Kuba und Polen. Ein Überlebender des Nazi-Pogroms, Thinh Nguyen Do, drückte die Hoffnung aus, „daß wir wieder, wie früher zu DDR-Zeiten, mit der deutschen Bevölkerung zusammenleben können“. Die DDR-Bürokratie gab viel auf internationale Solidarität und gab lobenswerte Unterstüt-

Der Spiegel und Antisemitismus



Zusammen mit dem Wiedererstarben der Ambitionen des deutschen Imperialismus gegenüber Europa wächst offener Antisemitismus und Rassismus gegen Immigranten ekelhaft an. Während Faschisten durch die Straßen marschieren, protzen sogar „respektable“ bürgerliche Organe mit deutschem Chauvinismus. In den letzten paar Jahren hat die liberal/sozialdemokratische Zeitschrift *Der Spiegel* eine Reihe von hetzerischen Leitartikeln gegen Immigranten, Sinti und Roma usw. abgedruckt. Am 15. Januar 1990, zwei Wochen nach dem massiven antifaschistischen Protest in Treptow, erschien ein Titelblatt des *Spiegel* mit einem sinistren Foto von PDS-Führer Gregor Gysi, der jüdischer Herkunft ist, mit der Unterschrift „Der Drahtzieher“.

Wir protestierten gegen diese antisemitische Hetze gegen Gysi und bemerkten: „Die syphilitische Ansteckungskette führt bis zum ‚vornehmen‘ *Spiegel*“ (*Spartakist* Nr. 77, 9. Oktober 1990). Die Medienüberwachungsgruppe Fairness and Accuracy In Reporting (FAIR) hat jetzt einen wirklichen Dienst erwiesen, indem sie in der Ausgabe Juli/August 1992 ihres Journals *Extra!* über die finsternen Ursprünge des „Drahtzieher“-Deckblatts vom *Spiegel* berichtet: Diese Losung „erschien auf einem berüchtigten Nazi-Propagandaplakat, das im Frankfurter Jüdischen Museum ausgestellt wurde, über der Karikatur eines ‚jüdischen Kapitalisten‘“. Noch eine Bestätigung, daß wir Recht haben, wenn wir das Vierte Reich als den Nachfolger des Dritten charakterisieren.

Nach Workers Vanguard Nr. 556, 24. Juli

zung an chilenische Flüchtlinge wie auch an Kämpfer der SWAPO und des ANC aus Südafrika. Aber weil Stalinismus grundsätzlich eine *nationalistische* Doktrin ist, die behauptet, „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen (oder in der DDR in einem halben), war er unfähig, *nationalistische Einstellungen gegen Immigranten, die von der Bourgeoisie tief eingeeimpft worden sind, grundlegend zu beseitigen*.

Es ist eine Tatsache, daß nach 45 Jahren stalinistischer Herrschaft der deutsche Nationalismus innerhalb weniger Wochen und Monate der Konterrevolution explodierte und seither andauernd eskaliert. Und die tödliche Gefahr ist nicht nur potentiell. Es kommt einem Wunder nahe, daß bei dem Rostocker Pogrom niemand getötet wurde, aber allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden zumindest zehn Menschen durch Angriffe faschistischer Mordgesellen in Deutschland ermordet. Im Kampf für die proletarisch-politische Revolution in der DDR unterstrichen die Spartakisten die Notwendigkeit für ein *internationalistisches* Programm und gaben Grüße an Arbeiter in Ostdeutschland in vietnamesischer, polnischer, portugiesischer und spanischer Sprache heraus, wie auch auf Russisch an die sowjetischen Soldaten. Wir verurteilten auch die gefährlichen Konsequenzen der Politik der stalinistischen Bürokraten, die „Ausländer“ abgetrennt von der übrigen Bevölkerung in Wohnheimen unterzubringen.

Der ÖTV-Streik zeigte die Möglichkeit des gemeinsamen Klassenkampfes der Arbeiter in Deutschland in Ost und West, wie auch die nationale Mobilisierung gegen das Pogrom in Rostock dieses Potential demonstrierte. Aber das entscheidende Element ist die Schmiedung einer Avantgardepartei der Arbeiter auf einem revolutionären Programm. Die Faschisten können nur weggefegt werden durch einen Kampf für Arbeit für alle, durch die Aufteilung der Arbeit auf Grundlage des höchsten Tariflohns. Dies setzt einen direkten Angriff auf das kapitalistische System voraus, das rücksichtslos Arbeitsplätze und die Industrie in der Ex-DDR zerstört, ältere Arbeiter unter das Existenzminimum treibt und für die Jugend nichts bereithält, außer als Kanonenfutter für das Vierte Reich zu dienen. Die Spartakist-Arbeiterpartei, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) kämpft dafür, diese revolutionäre Partei aufzubauen. ■

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 5

mit ihrem Bundestagsfraktionsführer Klose, vor allem für die Kriminalisierung der PKK.

In der Türkei geht es um die klassische Politik von Zuckerbrot und Peitsche, wo mit lächerlichen Pseudoreformen die Massen mit der brutalen Vernichtung der PKK versöhnt werden sollen. Die Regierung von Demirel wurde nicht nur von der türkischen Linken unterstützt, sondern sogar auch von der PKK über ihren parlamentarischen Bündnispartner HEP. So hat die PKK ihren Teil dazu beigetragen, die türkischen und kurdischen Arbeiter davon abzuhalten, für den Sturz der Özal/Demirel-Regierung gemeinsam zu kämpfen. Die Zeche bezahlen die Bergarbeiter von Zonguldak, die Einwohner von Istanbul und die Kurden in Şırnak und Çukurca. Anstatt der nationalistischen Strategie des „Volkskrieges“ ist eine internationalistische proletarische Strategie notwendig. Um den Kampf zu gewinnen, müssen sich die Kurden verbinden mit ihrem proletarischen Bestandteil in der Diaspora und mit der Arbeiterklasse in der Region. Deshalb kämpfen wir Spartakisten für den Aufbau multinationaler Arbeiterparteien in der Türkei, im Irak, im Iran und in Syrien. Für Arbeiterrevolution von Ankara bis Tel Aviv, Damaskus, Bagdad und Teheran! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! ■

Balkan: deutscher Imperialismus rührt Kriegstrommel

Das Vierte Reich drängte die anderen imperialistischen NATO-Mächte, seine Politik der Zerstückelung Jugoslawiens zu akzeptieren, um die soziale Konterrevolution voranzutreiben – eine Politik, die zu einem blutigen Gemetzel geführt hat. Es soll wie im Zweiten Weltkrieg mit der Schaffung von Klientenstaaten in Slowenien und Kroatien anfangen. Jetzt hat dies einen blutigen allseitigen und scheinbar nie endenden nationalistischen Bürgerkrieg entfesselt, statt ein „günstiges Klima“ für kapitalistische Investitionen zu schaffen. Hinter einem sehr dürtigen Schleier der „humanitären“ Heuchelei, der den Konquistadoren und Goebbels entliehen ist, erwartet Bonn, daß seine NATO-Partner die besoldeten Gendarmen für die Deutsche Bank spielen und seine Kastanien aus dem Feuer holen.

Mit dem Embargo im Stil des Golfkriegs hatten die imperialistischen Mächte ihre militärische Intervention auf dem Balkan schon begonnen. Ihre Entscheidung vom 12. August im UN-Sicherheitsrat, „Hilfslieferungen“ nach Bosnien-Herzegowina mit allen „notwendigen Maßnahmen“ zu schützen, bedeutet einen weiteren Schritt bei ihrer direkten Verwicklung in den blutigen bosnischen Bürgerkrieg. Frankreich und Britannien haben schon ihre Truppenkontingente als Einsatz auf dem Tisch der imperialistischen Diplomatie angeboten. Nach der Konferenz in London sagte Deutschland logistische Hilfe zu „in den Grenzen seiner Verfassung“, wie der italienische Außenminister es ausdrückte. Natürlich fordert jetzt das wiedervereinigte deutsche Reich, daß diese „Grenzen“ geändert werden, um die Grenzen Europas wieder zu ändern. Am Vorabend des Nazi-Pogroms in Rostock beschloß die SPD-Klausurtagung in Petersberg, der Verfassungsänderung doch zuzustimmen, um Asylsuchende schneller abzuschieben und die Bundeswehr (mit Blauhelmen geschmückt) „außerhalb der NATO“ einzusetzen.

Während seines Urlaubs mahnte Reichskanzler Kohl, „daß die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg im Balkan keine militärischen Einsätze leisten“. Gewiß war die Nazi-Besetzung von Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg ein schrecklicher Alptraum von Massenmord – etwa 1 700 000 Jugoslawen (fast elf Prozent der Gesamtbevölkerung) kamen um. Genau vor 50 Jahren massakrierte die Wehrmacht bei einer Offensive (ausgerechnet in Bosnien) zahllose Zivilisten und deportierte 68 000 von ihnen, meistens Frauen und Kinder, in Todeslager wie Jasenovac. Doch die Bourgeoisie von Auschwitz meckert nicht über die Schrecklichkeit des Hitler-Reiches, sondern über die Niederlage, die ihr die Rote Armee zufügte. Damit war Titos heldenhafter Partisanenkrieg in Jugoslawien „das Vietnam“ für die Nazis! Kein Wunder, daß hier sogar Kohl zurückhaltend ist. Die zweitklassigen Sozialdemokraten von der PDS schreien (wie Richard Nixon!) „Kein neues Vietnam“, weil historisch der Vietnam-Krieg eine entscheidende Niederlage für den Imperialismus bedeutete.

Nationalistisches Gemetzel und imperialistische Rivalitäten

Also muß das Vierte Reich sich im Moment mit der logistischen Unterstützung einer Intervention anderer Imperialisten begnügen. Das hält die deutsche bürgerliche Presse nicht davon ab, nach serbischem Blut zu schreien. Inzwischen stützen sich deutsche Lehnstuhlstrategen unverschäm



Germis

Deutsche Fregatte „Niedersachsen“ in der Adria auf dem Weg zu Kriegsprovokation gegen Serbien

auf die „Lehren“ von 1941–1945. Ein Brief an die *Frankfurter Allgemeine* erinnert nostalgisch an 1944, als die SS-Division Prinz Eugen Bosnien „sicherte“.

Nicht internationalistischer Kommunismus, sondern nationalistischer Stalinismus ist in Jugoslawien wie auch in anderen osteuropäischen Ländern untergegangen. Trotzdem: die soziale Revolution, die unter Titos Führung durchgeführt wurde, legte die Basis für die soziale und nationale Gleichheit aller jugoslawischen Völker. Mit der kapitalistischen Konterrevolution ist der Balkan, wie vor dem Ersten Weltkrieg, wieder ein Kriegsschauplatz der Völker, und imperialistische Rivalitäten kristallisieren sich heraus. Leo Trotzki schrieb damals:

„Die Großmächte ... hatten immer ein direktes Interesse daran, die Völker und Staaten des Balkan gegeneinander zu hetzen und sie dann, wenn sie einander geschwächt hatten, ihrem eigenen wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu unterwerfen. Die kleinen Dynastien, die in diesem ‚Flickenteppich‘ der Balkanhalbinsel herrschten, haben immer als Hebel für europäische diplomatische Intrigen gedient und dienen immer noch dazu.“ („Die Balkanfrage und die Sozialdemokratie“, August 1910)
Heute müssen wir nur „kleine Dynastien“ durch „bürgerliche nationalistische Demagogen“ ersetzen.

Das Milosević-Regime, das sich auf reaktionäre Tschetnik-Banden stützt, hat das multinationale Heer des jugoslawischen deformierten Arbeiterstaats zerschlagen und eine Kraft im Dienste des großserbischen Nationalismus geschmiedet. Die Wahl von Panić (amerikanischer Staatsbürger und Millionär!) zum Präsidenten von „Rest-Jugoslawien“ stellte einen Anbiederungsversuch an den US-Imperialismus dar.

„Ethnische Säuberungen“ finden statt – auf beiden Seiten. In Kroatien ist das Tudjman-Regime der Erbfolger der faschistischen Ustascha und wendet sich wieder einmal an Großdeutschland. Für das Vierte Reich sind die bosnischen Moslems, zunehmend unter kroatischem „Schutz“, nur

Fortgesetzt auf Seite 22

Balkan...

Fortsetzung von Seite 21

Werkzeuge für seinen Drang, das ehemalige Jugoslawien zu zerstückeln.

„Serbien muß in die Knie gezwungen werden“, brüllte Außenminister Kinkel im Mai. Wer, bitte, sollte das durchführen? In der Juni/Juli-Ausgabe von *Spartakist* schrieben wir: Eine massive militärische Intervention, die Hunderttausende von Bodentruppen benötigen würde, „wäre sicher ein Maßstab für imperialistische Idiotie“.

Im Juli bahnte sich eine wahrhaftige „Heilige Allianz“ an, vom Papst (der die enge Unterstützung des Vatikans für Hitlers Ustascha-Klientenstaat in Kroatien erneuert hat) bis zur deutschen evangelischen Kirche, dem amerikanischen demokratischen Präsidentschaftskandidaten Clinton, Margaret Thatcher und „Militärexperten“ von CDU und SPD, wie von Bülow (dieser Name ist ein ganzes Programm!). Alles schrie nach Luftangriffen auf die Serben.

Diverse UN- und NATO-Militärberater haben „technische“ Einwände dagegen erhoben. Es wäre unmöglich, serbische militärische Ziele genau zu treffen. Was ist aus den berühmten „chirurgischen“ „High-tech“-Angriffen des US-Militärs im Irak geworden? Es hat sie nie gegeben. Der US-Imperialismus und seine Verbündeten haben bloß kaltblütig 100 000 irakische Zivilisten niedergemetzelt. Sie würden es nach Bedarf wiederholen.

Obwohl die anderen Imperialisten einverstanden sind mit Sanktionen, um Serbien zu bremsen, zögern sie, militärisch zu intervenieren auf der Seite von *Deutschlands* Verbündeten auf dem Balkan. Der US-Imperialismus scheint mehr daran interessiert, Irak eine weitere blutige Lektion zu erteilen. Washington, London und Paris sind nicht davon überzeugt, daß Serbien die Rolle eines Klienten des Imperialismus so gut spielen kann wie die Erben der Ustascha in Kroatien.

Revolutionäre sind gegen jede imperialistische Intervention, auch gegen deren Embargos und gegen jede deutsche „logistische“ oder „humanitäre“ Hilfe für ein solches Abenteuer. Wir stehen, ohne das serbisch-chauvinistische Milosević-Regime politisch zu unterstützen, militärisch auf der Seite von Serbien/Montenegro gegen eine wirkliche militärische Intervention der Imperialisten. Aber im jetzigen blutigen nationalistischen Bürgerkrieg haben die Werktätigen keine Seite. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) kämpft für eine multinationale leninistische Partei, die für eine sozialistische Föderation des Balkans kämpft.

Dennoch bereitet das Vierte Reich die Möglichkeit militärischer Eingriffe vor. In einem höchst symbolischen Einsatz wurde der Zerstörer *Bayern* (und nach ihm die *Niedersachsen*) in die Adria kommandiert, um (zusammen mit der Luftaufklärung) Schiffe anzuhalten, die gegen das UN-Embargo gegen Serbien verstoßen. Wie *Die Zeit* es ausdrückte, geht es nicht um das „Selbstbestimmungsrecht Bosniens, sondern Großdeutschlands“. „Bruch mit der Vergangenheit“, „für die WEU [Westeuropäische Union] die erste Marineoperation in Europa“, „nahe dran am echten Krieg“, schwärmt *Der Spiegel* (Nr. 20, 20. Juli). In der Tat, obwohl die Bundeswehr nicht autorisiert war, Schiffe aufzuhalten, hat sie sich Mühe gegeben, die Serben zu *provizieren*: „Um zu beweisen, was in ihnen steckt, sind die Deutschen besonders eifrig: Sie fliegen häufiger als die Verbündeten und kommen bei der Jagd auf Embargo-Brecher der jugoslawischen Küste auch schon mal näher als üblich“ (*Der Spiegel* Nr. 32, 3. August). Der Zerstörer *Bayern* wird vielleicht in die Geschichte eingehen, wie der Kreuzer *Agadir*, den Kaiser Wilhelm II. 1911 nach Marokko geschickt hatte, um „Flagge zu zeigen“ – der Streit um marokkanisches Eisen erz kündigt den ersten imperialistischen Weltkrieg an.

„Schritt für Schritt“

Die Vielfalt von imperialistischen Kriegsschiffen, die in der Adria im Namen von UNO/KSZE/NATO/WEU usw. kreuzen, ist an sich ein Beweis für imperialistische Konkurrenz um Prestige und Einfluß. Unabhängig von den Europäern schickte Bush zwei Kriegsschiffe in die Adria. Die Entsendung der *Bayern* war von der UNO nicht gefordert, und war, nach Rühle, ein Einsatz „auf eigene Art“. Im Gegenteil, als die Holländer auch ein Schiff schicken wollten, hat NATO-Sekretär Wörner sie informiert, daß eine NATO-Sondersitzung nötig war. „Hinter dem ganzen Gerangel steckt der Kampf um den Platz in Europa“, sagte jemand aus Kinkels Umgebung (*Der Spiegel* Nr. 29, 13. Juli). In einem Interview mit dem *Spiegel* (16. März) hat Rühle seine Karten offengelegt: „Soldaten wie Bevölkerung sollen schrittweise an den weltweiten Einsatz deutscher Streitkräfte gewöhnt werden.“

Die Umrisse der zukünftigen Kräfteverhältnisse werden immer klarer: die WEU wurde unter deutscher Führung aufgebaut als Alternative zur NATO. Die Bundeswehr schmiedet Pläne für sogenannte „Hilfs- und Katastropheneinsätze“, für die „Erhöhung der Einsatzbereitschaft“ ihrer Soldaten, auch „unter extremen klimatischen und geographischen Bedingungen“, und die Fähigkeit, „das Gefecht unter Guerilla-Bedingungen und den Bedingungen terroristischer Aktionen zu führen“ (*Der Spiegel* Nr. 32, 3. August). Die „Konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr“, im Frühjahr veröffentlicht, spricht ganz offen über ihre „Hilfsbereitschaft“ für deutsches Kapital. Während demoralisierte „Linke“ die leninistische Imperialismus-Theorie in Frage stellen, erklärt dieses Papier, daß die Bundeswehr „die Aufrechterhaltung des freien Welt Handels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen“ sichern muß!

In der Tat, die Generalstabsoffiziere im neuen Vierten Reich fühlen sich ermuntert. Sie wollen ein „Führungskommando Bundeswehr“ über den Generalinspekteur, d. h. die Schwächung von Zivilkontrolle. Und weil sie das Oberkommando der Wehrmacht wiederbeleben möchten, hat Generalinspekteur Naumann befohlen, daß der alte „Traditionserlaß“ der Bundeswehr (der behauptet, die Bundeswehr habe nichts gemeinsam mit der Wehrmacht) neu geschrieben werden muß. Einige Offiziere fordern sogar Erlaubnis zu „dienstlichen Kontakten mit Organisationen der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS“ (*Der Spiegel* Nr. 15, 6. April). Kohls und Reagans Rehabilitierung der Waffen-

SPARTAKIST 4

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
- Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
beide enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)
- Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 97

Bestellt bei:

Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

SS 1985 in Bitburg trägt bittere Früchte im wiedervereinigten Deutschland.

SPD, „Friedens“bewegung und das UNO-Feigenblatt

„Der Krieg ist zu wichtig, um ihn den Generälen zu überlassen“, sagt ein berühmtes Sprichwort. Und während aus rein militärischen Gründen der Generalinspekteur Klaus Naumann sagt, er „rate von einem Militäreinsatz ab“, macht Bonn – von der CSU bis zu den SPD/Grünen-Veteranen der „Friedens“bewegung – das Vierte Reich mobil für den Balkan. Im Grunde genommen streiten sich CDU und SPD nur über die Farbe des Helmes der zukünftigen Invasionstruppen. Erinnern wir uns, daß eine SPD-Regierung nicht gezögert hat, 1977 einen GSG-9-Stoßtrupp nach Mogadischu zu schicken. Ein SPD-Mitglied des Bundestages schrieb in der *taz* (26. August): „Dort in Rostock ist in wenigen Stunden unsere moralische Berechtigung, den Vertreibungsterror der Serben gegen die moslemischen Bosnier zu geißeln, beschädigt worden.“ Angesichts des Nazi-Pogroms in Rostock führt die SPD jetzt den Aufbau von einer neuen GSG-9 an, um Antifaschisten und Linke zu bekämpfen.

Und wo bleibt die SPD/Grünen-„Friedens“bewegung, fragt die Presse. 1991 schloß sich die deutsche Linke dem Geschrei nach einem Handelsembargo an, das den Irak aushungern sollte, bis er sich seinen imperialistischen Herren unterwirft. Sie fügten nur hinzu, daß es „kein [deutsches] Blut für Öl“ geben dürfe. Da die von den USA angeführte Kriegsmobilisierung im Golf gegen ihre imperialistischen Konkurrenten in Bonn und Tokio ebenso gerichtet war wie gegen die ehemaligen CIA-Marionetten in Bagdad, demonstrierten Hunderttausende für einen „Frieden“ (durch Iraks Kapitulation!). Dennoch, wenn der deutsche Imperialismus bei der Aufteilung durch die „Neue Weltordnung“ mitreden wollte, konnte er nicht völlig außen vor bleiben und mußte den Krieg mitfinanzieren. Deshalb hat Kohl befohlen, daß diese „antiamerikanischen“ Mobilisierungen aufhören sollten, und ihre Organisatoren haben gehorcht.

Die „Friedens“bewegung, die sowieso die imperialistische Dämonisierung des Irak geteilt hat, ist seitdem regelmäßig aufgefordert worden, Demonstrationen zu organisieren, um imperialistischen „Schutz“ von Kurden oder Bosniern zu verlangen. In Hamburg hat am 1. September ein Bündnis von Grünen, PDS, VVN und anderen eine Demonstration durchgeführt. Das Bündnis ist weder gegen das imperialistische Embargo noch gegen Einsätze von „UNO“-Truppen, nur gegen den direkten Einsatz der Bundeswehr. Inzwischen hat die SPD eine Demonstration in Wiesbaden organisiert, um ein „totales“ Embargo gegen Serbien zu fordern. Jetzt fordert DGB-Chef Meyer Bundeswehreinmärsche im Balkan, natürlich unter „UNO-Schirmherrschaft“. Meyers Vorstoß erinnerte daran, daß 1951 der damalige DGB-Vorsitzende Fette der Vorreiter der Wiederaufrüstung Deutschlands war. Und jetzt argumentieren führende Mitglieder der Grünen, daß mit dem Untergang der Sowjetunion (deren Atomwaffenarsenal die Imperialisten in Schach gehalten hat und zwei Generationen lang die Menschheit vor einem Atomkrieg bewahrt hat) Pazifismus „out“ ist und Bundeswehr weltweit „in“.

Wie recht Trotzki hat, wenn er sagt:

Die Imperialisten wissen im voraus, daß der Pazifismus der Sozialdemokratie sich beim ersten Kanonenschuß in Kriegsdienerei verwandelt und zur wichtigsten Reserve des Militarismus wird. Deshalb bedeutet der unversöhnlichste Kampf gegen den Pazifismus, die Entlarvung seines treubruchigen Charakters, den ersten Schritt auf dem Wege des revolutionären Kampfes gegen den Krieg.“ („Erklärung der Bolschewiki-Leninisten“ zum

Antikriegskongreß in Amsterdam, 25. Juli 1932)

Die PDS hinkt der SPD und den Grünen hinterher. „Ginge es um Frieden, stünden andere Mittel zu Gebote: totales Waffen- und Wirtschaftsembargo, Druck, zuerst auf heimische Waffenhändler, dann auch auf die Nachbarn Rest-Jugoslawiens, die mit serbischen Extremisten kungeln“, lesen wir im *Neuen Deutschland* (16. Juli). Während seine Genossen mit der antiserbischen Meute heulen, ist Hans Modrow gegen jede „einseitige Parteinnahme“ in Jugoslawien. Nun, nachdem er versprochen hat, daß die kapitalistische Wiedervereinigung „demokratisch“ wird, verkauft derselbe „Staatsmann“ die Illusion, daß das Vierte Reich seine kroatischen Verbündeten fallenlassen wird. Aber, um Sanktionen durchzusetzen, braucht man eine Blockade, und eine Blockade ist eine *Kriegshandlung*. Wie im Irak: Sanktionen bedeuten das langsame Verhungern und Sterben von Tausenden von Serben.

Propaganda-Krieg

Das tägliche Propaganda-Sperrfeuer aus Sarajevo ist ein glänzender Beitrag zur Vorbereitung eines militärischen Angriffs auf Serbien. Und hier „kennt man keine Parteien mehr, nur noch Deutsche“, von der *FAZ* bis zur *taz*. Doch das wurde aufgegriffen durch das Nazi-Pogrom der „ethnischen Säuberung“ in Rostock, angestiftet durch die rassistische Anti-Asyl-Koalition in Bonn, die von der CSU/CDU bis zu SPD und PDS reicht. Wenn die deutsche Bourgeoisie die Serben über Völkermord belehren will, dann ist das eine Menge Chuzpe. Auch Nazi-Jäger Simon Wiesenthal lehnt den deutschen Mißbrauch des Begriffes „Völkermord“, mit dem die Ereignisse in Bosnien heute umschrieben werden, ab; denn das bedeutet eine Verharmlosung des Nazi-Völkermords, der nicht zuletzt in Serbien wütete.

Der Gipfel der Heuchelei des Vierten Reiches ist wohl seine „Sorge“ über das Schicksal der bosnischen Bevölkerung. Es ist doch klar, daß die Hunderttausenden *serbischen* Flüchtlinge aus kroatischen und moslemischen Gebieten überhaupt nicht existieren für die deutschen Medien. „Ein Herz für Bosnier“? Es gibt immer noch Visumpflicht für bosnische Flüchtlinge an der deutschen Grenze. Schließlich hat die Regierung entschieden, 10 000 hereinzulassen. Die Bundesregierung hat ferner angeboten, mehr Bosnier aufzunehmen ... wenn die Anzahl der Flüchtlinge aus anderen Ländern durch Abschiebungen verringert wird.

Einmal in Deutschland angekommen, kriegen die bosnischen Flüchtlinge die „Sonderbehandlung“ des Vierten Reiches: sie werden von Nazi-Skinheads angegriffen. Roma und Sinti – Opfer nationalistischer Verfolgung von allen Seiten in Ex-Jugoslawien – sind auch in Deutschland besondere Zielscheibe rassistischer Hetzkampagnen von CDU- und SPD-Landesregierungen.

Besonders zynisch war das Propaganda-Unternehmen von zwei Landtagsabgeordneten von Sachsen-Anhalt, Kinder aus Sarajevo nach Magdeburg zu bringen, höchstwahrscheinlich mit dem Segen der Bundesregierung. Zwei starben bei der verpfuschten Evakuierung; es stellt sich nun heraus: mindestens ein Kind wurde *gegen den Willen seiner Mutter* entführt.

Verachtenswert ist auch die Behauptung, der Nachfolgestaat des Dritten Reichs hätte eine besondere „moralische Verpflichtung“, gegen Konzentrationslager ... in Serbien einzutreten. Deutsche imperialistische „Moralisten“ haben ganz einfach die 40 kroatischen und/oder moslemischen „Internierungslager“, wo ähnliche Bedingungen herrschen, „übersehen“. „Vergessen“ ist auch der unglaubliche Schrecken, der in dem *Ustascha*-Todeslager Jasenovac herrschte.

Gleichzeitig versuchen deutsche Propagandisten ein
Fortgesetzt auf Seite 24

Balkan...

Fortsetzung von Seite 23

schönes Bild von einem „demokratischen“ Kroatien zu malen. Der kroatische Führer, Ustascha-Liebhaber Tudjman, empfing im Mai 1991 eine Delegation von faschistischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, darunter Le Pen. Seitdem ist bekannt geworden, daß Hunderte von Faschisten verschiedener Länder, auch aus Deutschland, auf der kroatischen Seite kämpfen.

Das (imperialistische) Recht auf Selbstbestimmung und die Linke

Adolf Hitler hat nicht nur Österreich und das Sudetenland annektiert; er hat auch Kroaten und Slowaken benutzt, um Jugoslawien und die Tschechoslowakei zu zerstören. Sogar heute belehrt uns die bürgerliche Presse, daß Jugoslawien ein „Völkergefängnis“ und eine „Fehlkonstruktion“ war. Früher hat die deutsche Bourgeoisie, unterstützt von der SPD, die Freikorps gegen die Bolschewiki benutzt, im Namen des „Selbstbestimmungsrechts“ der baltischen Länder.

Und es gab sogenannte „Revolutionäre“, die sich hinter den heutigen deutschen Drang nach Osten gestellt haben. Im Sommer 1991 hat Ernest Mandels pseudotrotzkistisches „Vereinigtes Sekretariat“ seine Unterstützung für kroatische Unabhängigkeit erklärt und sogar aufgerufen zum „Sturz“ des Milosević-Regimes durch „wirtschaftliche und politische Isolierung des Belgrader Regimes durch ganz Europa“ (*International Viewpoint*, 16. September 1991).

Jetzt, wo die Konterrevolution triumphiert hat, vorangetrieben durch den von den Imperialisten unterstützten Nationalismus, wollen die Mandelianer ein bißchen Abstand nehmen von der blutigen Katastrophe, die sie noch Monate vorher bejubelt haben, und werfen sich dem rasenden großdeutschen Nationalismus in die Arme. Jetzt verkünden die westdeutschen sogenannten „Vereinigten Sozialisten“ um die *SOZ* (27. August) arrogant: „Nur weil wir Deutschen [!] die völkischen Staatsstrukturen bereits verinnerlicht haben [!!], können wir in dieser Mischung [!!!] eine ‚Zeitbombe‘ sehen, die entschärft werden muß.“ Wie, durch „ethnische Säuberungen“? Nein, so weit gehen sie nicht. Statt dessen greifen sie auf zynisch-ironische Weise einen Nazi-Begriff auf, um „ethnische Verschmutzung“ sowohl in Deutschland als auch auf dem Balkan zu fordern. Ihre ungeliebten ostdeutschen Genossen in der Gruppe Revolutionäre SozialistInnen haben letztendlich entdeckt: „In Serbien und Kroatien stehen sich zwei chauvinistische Regimes gegenüber...“ (*Avanti*, September). Aber in der gleichen Ausgabe stellen sie eine „neue Massenavantgarde“ vor und drucken eine Erklärung der streikenden Studenten der Belgrader Universität ab. Diese kündigten an, daß sie Kerzen in der Kirche „für die Rettung der serbischen Menschen, die nicht in Serbien leben“, entzündet haben. Und sie fordern damit „die Bildung einer Regierung der nationalen Rettung“. Diese ultranationalistischen „StudentInnen“ werden von der GRS als „Widerstandskämpfer gegen den Krieg“ dargestellt, denn noch entzündeten sie Kerzen statt Häuser.

Nationalismus ist keine Lösung. Nur Trotzki's Permanente Revolution bietet eine Antwort an, wo vermischte Völkerschaften zusammenleben: „In diesem Fall würde man eine demokratische Lösung der nationalen Frage nur in dem Zusammenhang von proletarischen, kollektiven Eigentumsverhältnissen finden, die die Grundlage liefern für eine föderative Lösung frei von nationaler Unterdrückung.“ („The National Question in Yugoslavia“ [Die Nationale Frage in Jugoslawien], *Workers Vanguard* Nr. 106, 23. April 1976).

„Arbeitermacht“ ist ein austro-nationalistischer Ableger, der zur Verteidigung von Kurt Waldheim eilte, einem Offizier in der Waffen-SS auf dem Balkan, der persönlich ver-

antwortlich war für den Massenmord an Juden in Saloniki und an jugoslawischen Partisanen. Sie behauptet, daß er kein Nazi-Kriegsverbrecher sei. Es war also keine Überraschung, daß sie im Juni 1991 für die „sofortige Anerkennung der slowenischen und kroatischen Unabhängigkeitserklärungen“ eingetreten ist, obwohl sie sich dessen bewußt war, daß es die Unterstützung von „offen restaurationistischen Regierungen in Ljubljana und Zagreb“ bedeuten würde (*Arbeitermacht* Nr. 21, August 1991). Wie die Mandelianer heute behaupten sie, gegen eine imperialistische Intervention und gegen kroatischen und serbischen Nationalismus zu sein, den sie vorher aus vollem Herzen bejubelten.

Arbeitermacht bezeichnet den Titoismus als „Nährboden des Nationalismus“ (Nr. 30, Juli). Titos Partisanen siegten im Kampf sowohl gegen die Ustascha und die Tschetniks, die Pogromisten, als auch gegen die Nazis und die italienischen Faschisten, die Besatzer, und legten damit die soziale Basis für eine demokratische Lösung der nationalen Frage. Daß sie nicht endgültig gelöst ist, hat in diesem Fall nichts zu tun mit „bürokratischer Willkür“ (die oberflächliche Erklärung von *Arbeitermacht*), sondern damit, daß die nationale Frage auf dem Balkan nicht in den Grenzen des jugoslawischen Staates gelöst werden konnte. „Arbeiter-selbstverwaltung“ ließ regionale Ungleichheiten in der Wirtschaft bestehen und heizte den Aufstieg von nationalistischen Kräften an. Proletarischer Internationalismus – eine sozialistische Föderation der Balkanstaaten – und eine zentralisierte Planwirtschaft auf der Basis von Arbeitersowjets sind die echte trotzkistische Alternative.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Als der Nationalismus die treibende Kraft der kapitalistischen Konterrevolution im Baltikum und auf dem Balkan war, unterstützten diese Gruppen ihre eigene Bourgeoisie und ihre neuen Quislinge, genauso wie sie im Namen von „Demokratie“ den Anschluß der DDR mitmachten oder sogar begrüßten. Der Mandelianer Hans-Jürgen Schulz betreibt einen besonders schwachsinnigen Optimismus: „Ein Hurratriotismus wie in Britannien im Malwinenkrieg oder den USA im Golfkrieg ist hierzulande genau so undenkbar wie ein Chauvinismus wie in Rußland, Serbien oder Kroatien.“ Deutschland, nach Schulz, ist „zum Land der Friedensbewegung geworden“ – wo lebt er denn? Und weiterhin: er sieht kein „Viertes Reich“, weil er in einer Zeit eines „kollektiven Imperialismus“ lebt. Kautskys „Superimperialismus“ läßt grüßen! Daß imperialistische Konkurrenz und deutsches Großmachtstreben auf der Tagesordnung stehen, liegt auf der Hand. Offensichtlich ist deutscher Nationalismus so allgegenwärtig für Schulz wie die Luft zum Atmen (wie für seinen Genossen Winfried Wolf, Autor der Losung „Kein deutsches Blut für Öl!“).

Im starken Gegensatz zu diesen Satelliten der SPD und PDS kämpften wir gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, genauso wie unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga heute dafür kämpfen, die multinationalen sowjetischen Werktätigen gegen Jelzins Konterrevolution zu mobilisieren und gegen deren damit einhergehenden großrussischen Chauvinismus, Antisemitismus und frauenfeindlichen Stumpfsinn. Mit dem Anschluß hat der deutsche Imperialismus einen finsternen Sieg erreicht, aber die Regierung hat den Mund zu voll genommen. Die Arbeiterklasse hat angefangen, gegen die Sparpolitik zu kämpfen, die die Bourgeoisie braucht, um ihren Drang nach Osten zu finanzieren. Klassenkampf kann die Weltmachtpläne der deutschen Bourgeoisie zunichte machen! Angesichts des finsternen Aufstiegs von staatlichem Rassismus und Nazi-Terror wollen wir eine revolutionäre Arbeiterpartei aufbauen in der internationalistischen Tradition von Lenin, Liebknecht und Luxemburg. ■

Diestels/Gysis Komitees...

Fortsetzung von Seite 2

Arbeiterstaat war, wenn auch bürokratisch deformiert.

Aber was ist mit den Ostkomitees? Können sie irgendwie „die Zustände in Deutschland anprangern, die Nöte, die Forderungen und Standpunkte der Menschen im Osten Deutschlands in die Öffentlichkeit, auf die Straße und in die Parlamente bringen“, wie Hermann P. sich wünscht?

Was sind die Beispiele der hauptsächlichlichen Probleme in Ostdeutschland heute? Es gibt den Angriff gegen Frauen, die die Mehrzahl derjenigen sind, die entlassen wurden. Mit der „Reform“ des Paragraphen 218, der das Recht auf Abtreibung in der früheren DDR beschneidet, haben sie gerade einen Hauptschlag abgekriegt. Sogar noch dramatischer ist die Situation der Immigranten und Asylsuchenden, die von rassistischem Terror verfolgt und ermordet werden, und deren Recht auf Asyl gerade vom Bundestag erwürgt werden soll. Dies ist heute die Frage der Fragen in Hermann P.s Staat von Mecklenburg-Vorpommern, und tatsächlich in ganz Deutschland. Was haben die Ostkomitees über diese Probleme zu sagen?

Antwort: Nichts. Zuerst stimmte Gysi dafür, das DDR-Abtreibungsrecht zu streichen. Hat die PDS als Antwort auf das grauenhafte Pogrom für die verschiedenen kleinen Protestdemonstrationen in der Woche vom 23.–28. August mobilisiert? Nein. Gab es eine breite Mobilisierung für die Berliner PDS-Demonstration am 26. August? Nein. Vielmehr beteiligte sich *Neues Deutschland* an der gegen Linke gerichteten Hetze über „Gewalt“. Sicher, Gregor Gysi und Hans Modrow sind am Schluß bei der Demo am 29. August in Rostock aufgetaucht, aber ihre symbolische Anwesenheit im Marsch hatte den Charakter eines Alibis für die Weigerung der PDS, gegen die Faschisten zu mobilisieren, und dafür, „Verständnis“ für die Pogromisten zu zeigen (siehe Artikel auf der Titelseite dieses *Spartakist*, „Zerschlagt Nazi-Pogrome in Rostock und überall“).

Und was die Ostkomitees betrifft, beriefen sie am 29. August eine zentrale Sitzung nach Berlin ein, zur gleichen Zeit, als die nationale antifaschistische Demonstration in Rostock stattfand. Diese kriminelle Enthaltung ist nicht zufällig. Inmitten der rassistischen Hetze antwortet Diestel auf die Frage des *ND*, was er im vereinten Deutschland ablehnt: „Wenn Menschen, Rumänen zum Beispiel, kommen, ihre Kinder ausziehen und betteln“. Und Gysi sagte über die Komitees: „Viele Gebiete wären nicht diskutierbar, aktuell etwa das 218-Thema, fortlaufend sicher die Ausländerfrage.“ Natürlich, die Übereinstimmung, diese Lebensfragen für die Arbeiterbewegung nicht zu „diskutieren“, ist die *absolute Vorbedingung* für Gysis Allianz mit dem DSU-Mann Diestel.

Wie wir in der letzten Ausgabe des *Spartakist* feststellten, sind die Ostkomitees *notwendigerweise gegen den Kampf für die Rechte der Immigranten und Frauen gerichtet*. Die „Ostbewegung“ sagt zu ihnen: zurück zu Heimat und Herd. Denn diese „Volksfront“ ist dem *Klassenkampf* gegen die verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Konterrevolution im Osten entgegengesetzt. Das ist nicht nur der Effekt, sondern der Zweck, für den diese Ostkomitees gegründet wurden.

Der spontane Solidaritätsstreik der Ostberliner Bus- und Straßenbahnfahrer während des letzten ÖTV-Streiks zeigte das Potential für gemeinsamen Widerstand in Ost und West gegen die Erniedrigung durch das Vierte Reich. Es war direkt danach, daß Diestel und Gysi zu einer „Sozialpartnerschaft“ mit den Kapitalisten im Osten aufriefen, denn „es kommt darauf an, eine massenhafte destruktive Protesthaltung [zu] unterbinden“. So Diestel offen in der

Berliner Zeitung am 12. Juni.

Die Spartakist-Sprecherin und Bundestagskandidatin Jana Strauchfuß hob in ihrer Intervention bei der Gründung des Marzahner Komitees hervor, gegen die nationalistische Ostbewegung, daß wir eine revolutionäre Partei wie die Bolschewiki brauchen, um den Widerstand gegen die Angriffe der Kohl-Regierung, gegen Rassismus und faschistischen Terror zu führen und diesen Kampf mit der Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse zu verbinden. Der Komitee-Sprecher protestierte gegen solch eine „parteiliche Agitation“. Wie der Kaiser Wilhelm kennen die Komitees keine Parteien mehr, nur noch (Ost)-Deutsche, und appellieren in populistischer Manier an „das Volk“ (*Neues Deutschland*, 20. Juli).

Wir stimmen eher Bertold Brecht zu, der einmal sagte, daß es ihn immer nervös machte, wenn Deutsche sich auf „das Volk“ bezogen. Man braucht sich nur die Entwicklung der Leipziger Demonstrationen anzusehen, die von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“ ging.

Hermann P. würde vielleicht unsere Intervention in Marzahn als Beispiel von „überholten, zeitfremden Dogmen“ betrachten. Er will statt dessen „die offen kapitalistisch geprägte Gesellschaft in der BRD verändern, im Interesse der arbeitenden Menschen reformieren und schließlich überwinden“. Dies ist das Dogma, das von Bernstein und Kautsky gegen Lenin, Trotzki, Liebknecht und Luxemburg verteidigt wurde, die darauf bestanden haben, daß Reformen das Nebenprodukt des Klassenkampfes für die Revolution sind. Verglichen mit der PDS von heute waren Bernstein und Kautsky „feurige Revolutionäre“. Diejenigen, die an die Möglichkeit glauben, den Kapitalismus zu reformieren bis zu dem Punkt, ihn zu überwinden, müssen Marx wegschmeißen und beten: „Es wird keinem schlechter gehen“ – dies ist reinste Utopie.

Was zum Ende der DDR führte, war der Bankrott des *Stalinismus*, des nationalistischen, antirevolutionären Dogmas, daß man „Sozialismus in einem Land“ aufbauen könne. Dies war dem internationalistischen Programm von Lenin und Trotzki entgegengesetzt, der Oktoberrevolution, der sozialistischen Weltrevolution. Wie wir festgestellt haben, sind die Ostkomitees Beispiele eines anderen stalinistischen Dogmas, der „Volksfront“, die das Proletariat an Teile der Bourgeoisie fesselt (natürlich an den „demokratischen“ Teil), um die Arbeiterrevolution zu erdrosseln, wie in Spanien in den 30er Jahren oder in Chile in den 70ern, was unvermeidlich zur blutigen Konterrevolution führte.

Zum Abschluß mögen sich unsere Leser daran erinnern, daß die Ostkomitees nicht das erste Beispiel einer solchen Volksfront in Ostdeutschland sind. Im November 1989 haben viele der gleichen Leute (z. B. Stefan Heym) einen Appell „Für unser Land“ herausgebracht. Aber weder der Appell noch die vorgeblich klassenlose, kleinbürgerliche (und manchmal bürgerliche) „Bürgerbewegung“, die mit diesem Aufruf verbunden war, waren fähig, die DDR vor dem massiven Ansturm des deutschen Imperialismus zu retten. Um gegen diese Dampfwalze zu kämpfen, muß man die *Macht* des Proletariats, West und Ost, Frauen und Männer, genau wie „Ausländer“ und „Deutsche“, mobilisieren im Kampf für internationale sozialistische Revolution, geführt von einer Partei „wie der Bolschewiki“.

Die Kapitulation der PDS/Ostkomitees vor dem Rostocker Pogrom – dem blutigen Gesicht der kapitalistischen Konterrevolution, das leibhaftig geworden ist – ist ein dramatischer Beweis dafür, daß Reformismus/Nationalismus nicht nur impotent sind, sondern eine Todesgefahr. ■

Verteidigt die 4500...

Fortsetzung von Seite 5

aktive Gewerkschafter direkt von Entlassungen bedroht. Im KSB Pumpenwerk Halle hängt am schwarzen Brett eine Liste der Kollegen, die durch die *Bild*-Veröffentlichung denunziert wurden. Genauso war es bei den Werkträgern der berühmten Berliner Charité, die mit grotesken Horrorklügelungen über sadistische „Stasi-Experimente“ an lebenden Patienten und die Ertränkung von Frühgeburten in Erfurt



Der Spiegel

Mai 1991: Hallenser zeigen ihre Wut gegen Wahllügner Kohl. Heute fallen viele nicht auf die Hexenjagd herein

überzogen wurden, sobald Kampfmaßnahmen gegen die Entlassungen drohten. Gerade die Frauen waren die ersten Kämpfer im Widerstand gegen die Auswirkungen des Anschlusses. Jetzt halten die neu eingeschulten Kinder zwar ihre Zuckertüten in den Händen, doch es gibt keine Lehrer, die sie unterrichten. Sie sind bereits entlassen worden. Wir dürfen es nicht zulassen, daß die Bosse und ihre SPD-Handlanger durch diese erneute Ausweitung der Hexenjagd die Arbeiterklasse spalten. Um den Kampf zu organisieren, um alle Kollegen gegen die Hexenjagd zu verteidigen, brauchen wir eine gesamtdeutsche revolutionäre Arbeiterpartei, die den Kampf gegen Hexenjagd und Rassismus aufnimmt. Für eine solche Partei kämpfen wir Spartakisten.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Stasi-Listen war bewußt gewählt. Schon der Stahlstreik im Ruhrgebiet Anfang des Jahres hat die Solidarität der ostdeutschen Kollegen wachgerufen. Doch es war der machtvolle ÖTV-Streik im Mai, der die gemeinsame Solidarität der Arbeiter hervorrief, allen voran der Straßenbahner im Osten Berlins, die einer besonders scharfen Stasi-Hexenjagd ausgesetzt sind.

Gerade in der Arbeiterstadt Halle versuchen die Sozialdemokraten, die bisher in der Ex-DDR kaum Fuß gefaßt haben, vermittels der Gewerkschaftsbürokratie und Betriebsräte die Arbeitsplatzvernichtung durchzuführen. Mit der Hexenjagd versuchen sie, die Arbeiter gegeneinander aufzubringen und eine Lynchstimmung aufzupeitschen. Als vor einem Jahr bei ORWQ Entlassungen von mehr als 10 000 Arbeitern anstanden, führten Betriebsrat und SPD eine Hexenjagd gegen die Stasi, um die berechtigte Wut der Arbeiter zu lähmen und um von ihrer Zustimmung zu den Massenentlassungen abzulenken.

Was die PDS betrifft, tritt sie wieder als bewährter Helfershelfer der Hexenjagd auf. Sie fordert „verfassungsmäßige“ individuelle „Prüfung“ (!) des anonymen Drecks. Sie will eine „gerechte“ Hexenjagd, wie bei der von der PDS selbst angeordneten Überprüfung ihrer Bundestagsabgeordneten, die zum Selbstmord Gerhard Rieges führte.

Die PDS-Führung entblödet sich nicht, um die Zusammenarbeit der Stasi-Jäger des Neuen Forums zu buhlen. Wir Spartakisten haben mit allen Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft und die Wahrheit über die verheerenden Konsequenzen gesagt. Deswegen haben wir die PDS von Anfang an gegen die SPD-geführte anti-kommunistische Hexenjagd verteidigt, darunter den ehemaligen Hallenser PDS-Führer Kaufmann, obwohl die PDS selbst voll bei der Hetze mitmacht.

Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus haben Gysi/Modrow die Arbeiter der DDR „friedlich“ an den Imperialismus ausverkauft. Darauf sind sie heute noch stolz, während immer mehr Arbeiter ins Elend gestürzt werden. Auch weltweit hat der Anschluß des deformierten Arbeiterstaats DDR die Appetite des Vierten Reichs massiv verstärkt, wie sich in dem blutigen nationalistischen Bürgerkrieg in Jugoslawien zeigt, der von Kohl/Genscher gemeinsam mit ihren strategischen Vordenkern der SPD angefangen wurde. Für ihren Drang nach Osten will die Bourgeoisie die Ausbeutung der Arbeiter im eigenen Land hochschrauben und besonders die ostdeutschen Arbeiter einschüchtern.

Während der ÖTV-Streik die machtvolle Möglichkeit für gemeinsamen Klassenkampf in Ost und West demonstrierte, unterstützt die PDS die verbrecherische Spaltungspolitik der SPD, diesmal mit dem betrügerischen Manöver der „Komitees für Gerechtigkeit“. Dieser regional-nationalistische Verein mit dem reaktionären DSU-Diestel richtet sich gegen die eingewanderten Arbeiter und gegen den gemeinsamen Kampf der Werkträgern in Ost und West. Nach der Massenabschiebung von Zehntausenden vietnamesischen, mosambikanischen und polnischen Kollegen schürt die PDS jetzt die Hetze gegen „Zigarettenverkäufer“ und „Hütchenspieler“ mit. Wir dürfen es nicht zulassen, daß die Arbeiterklasse nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ entlang rassistischer Linien gespalten wird. Unsere eingewanderten Kollegen gehören zu den besten Kämpfern gegen die Angriffe der Bourgeoisie. Die Arbeiterbewegung muß mobilisiert werden, um für die Rechte aller Unterdrückten und für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten und Asylsuchende zu kämpfen!

Die Klasseneinheit ist lebenswichtig für siegreiche Arbeiterkämpfe, doch dazu müssen die klassenverräterischen SPD-Bürokraten aus ihren Sesseln vertrieben werden. Als die SpAD am 9. November 1991 eine Einheitsfront gegen den Nazi-Aufmarsch in Halle initiierte, stießen wir auf großes Interesse unter den Chemiarbeitern von Leuna, unter den Metallern und den Eisenbahnern. Doch buchstäblich in letzter Minute bekamen die Sozialdemokraten kalte Füße und benutzten ihre Kontrolle über die Gewerkschaften, um die kampfbereiten antifaschistischen Arbeiter massiv zu demobilisieren. Und was die Linie der PDS wert ist, die nach mehr Polizei gegen Nazis ruft, hat der rassistische Mord an dem angolanischen Arbeiter Amadeu Antonio in Eberswalde gezeigt. Stoppt die Faschisten durch Arbeitereinheit!

Die Bourgeoisie von Auschwitz will jede Erinnerung an den deformierten Arbeiterstaat DDR auslöschen, der durch den Sieg der Roten Armee über das Dritte Reich entstanden ist. Die Stasi-Hetze soll dazu dienen, das fortschrittliche Bewußtsein unter den DDR-Arbeitern vor allem in sozialen Fragen zu vernichten, um den gemeinsamen Kampf in Ost und West zu verhindern. Aber dieses soziale Bewußtsein kann die Kraft sein, um den sozialdemokratischen Würgegriff zu brechen, der das machtvolle westdeutsche Proletariat fesselt. Um diesen Kampf zu organisieren, brauchen die Arbeiter eine revolutionäre Partei in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki. Es ist das Ziel der SpAD, eine solche Partei aufzubauen, die nicht nur diesen Rachefeldzug der Bourgeoisie des Vierten Reichs vereitelt, sondern auch die Arbeiter zum endgültigen Sieg über ihre Ausbeuter führen kann. ■

Honecker...

Fortsetzung von Seite 3

der deutschen Regierung mit Jelzin, der den todkranken früheren DDR-Staatschef für gesund erklären ließ, um ihn loszuwerden. Boris Jelzins konterrevolutionäre russische Regierung hat mit Honeckers Auslieferung ein Blutopfer an die deutsche Bourgeoisie dargebracht, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution beseitigen will, um die Werktätigen in Osteuropa und der ehemaligen UdSSR auszubeuten und auszuplündern. Während das Vierte Reich des deutschen Imperialismus den Drang nach Osten des Zweiten und Dritten Reichs erneuert, vorerst mit D-Mark statt mit Panzern, und Millionen Ostdeutsche arbeitslos macht, betreibt es zu Hause eine Hexenjagd, um den Sieg der Sowjetunion über den Hitler-Faschismus zu rächen.

In obszönen Vergleichen wird der Schauprozeß gegen Honecker auf eine Stufe mit den Nürnberger Prozessen gegen Nazi-Führer gestellt, die für die Ermordung von 6 Millionen Juden und Millionen von Kommunisten, Slawen, Roma und Sinti in ganz Europa und für den Tod von über 20 Millionen sowjetischen Bürgern verantwortlich waren! Die Bourgeoisie von Auschwitz will die Schuld für den Völkermord damit wegwischen, daß sie den ehemaligen Chef der DDR mit der Anklage vor Gericht stellt, er habe einen Befehl herausgegeben, der zu 187 Toten an der Grenze führte – über einen Zeitraum von 28 Jahren. Es wurden also im Durchschnitt *sieben Menschen pro Jahr* von DDR-Grenztruppen umgebracht, die den Arbeiterstaat gegen imperialistische ökonomische Sabotage verteidigten. Die rassistische Bonner Allparteienhetze hat eine Welle von Nazi-Terror im wiedervereinigten Deutschland entfacht, die zum Pogrom in Rostock geführt hat. Die blutgetränkte Bourgeoisie hat kein Recht, über Honecker zu „richten“.

Als Vorwand für die Ergreifung Honeckers dient – genau wie bei anderen DDR-Führern wie dem ehemaligen Verteidigungsminister Heinz Kessler, der mit der Roten Armee gegen die Wehrmacht gekämpft hat, beim ehemaligen Ministerrats-Vorsitzenden Willi Stoph, und bei den zusätzlichen Anklagen gegen Mielke – ein angeblicher Befehl des Nationalen Verteidigungsrates von 1974, dem zufolge Grenzverletzer zu erschießen seien, die aus der DDR fliehen wollten. Doch die deutschen Behörden konnten mit solch einem „Schießbefehl“ nicht aufwarten. Und wie sogar die liberale *Die Zeit* (31. Juli) zugeben mußte: „Die DDR hatte ein Grenzgesetz, das den Schußwaffengebrauch kaum anders regelte, als das andere Staaten auch tun.“ Der Herausgeber der *Zeit*, der ehemalige SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt, muß es wissen: der schießwütige Bundesgrenzschutz, der 59 Todesschüsse in der *Zeit* bis 1968 an der Grenze abfeuerte, ist nicht gerade dafür bekannt, zart besaitet zu sein.

Im Gegensatz zu Westdeutschland bot die DDR Hunderten von Südafrikanern und Namibiern Asyl, wie auch *einigen tausend* Chilenen, die nach Pinochets Putsch 1973 fliehen mußten. (Einer davon war Clodomiro Almeyda, bis vor kurzem chilenischer Botschafter in Moskau, bei dem Honecker in den letzten sieben Monaten Zuflucht fand, trotz des enormen Drucks des deutschen Imperialismus und der reaktionären Spitzen in Chile, wo Pinochet immer noch Chef-Kommandeur der Armee ist.) Man vergleiche das mit dem neuen großdeutschen Abschiebegesetz, das beschleunigte Massenabschiebung und auf besonderen Druck der SPD Konzentrationslager für Flüchtlinge bereithält; oder mit den Massendeportationen haitischer Flüchtlinge durch den „demokratischen“ imperialistischen Verbündeten USA.

Eines muß klar gesagt werden: Die Berliner Mauer wurde auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges gebaut, während einer kapitalistischen Kampagne, auf breiter Front insze-



dpa

Erich Honecker, trotzig, während er aus der chilenischen Botschaft entführt wird

niert von der CIA, um die schwächere ostdeutsche Wirtschaft durch Abzug der ausgebildeten Facharbeiter auszubuten. Die Mauer bedeutete eine Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft der DDR, wenn auch in bürokratischer Weise. Deshalb haßte die Bourgeoisie die Mauer, und deshalb verteidigten wir Trotzlisten sie im Kampf für ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Die Spartakisten verteidigten die DDR gegen kapitalistische Wiedervereinigung und kämpften für eine proletarisch-politische Revolution, die ihre eigene Rechnung für wirkliche Verbrechen der Stalinisten gegen die Arbeiterklasse präsentiert hätte: Für ihre kampflöse Kapitulation 1931 bis 1933, die es Hitler ermöglichte, zur Macht zu marschieren, für die Aushändigung deutscher Kommunisten an Stalins Exekutionskommandos Ende der 30er Jahre (oder sie während des Hitler-Stalin-Pakts sogar in Hitlers Deutschland zurückzusenden), dafür, den Kampf für die sozialistische Revolution in ganz Deutschland nach dem Sieg der Roten Armee zu sabotieren, und 1953 den ostdeutschen Arbeiteraufstand gegen die Ulbricht-Regierung niederzuwerfen. *Aber die Verteidigung des Arbeiterstaates DDR (natürlich in bürokratisch deformierter Weise) war nicht eines dieser Verbrechen. Der Ausverkauf der DDR war eines!*

Honecker hat gerade ein Buch herausgegeben, *Zu dramatischen Ereignissen*, das den Drang der kapitalistischen Hauptmächte zur Konterrevolution anprangert, der Massenverelendung und neue imperialistische Kriege hervorbringt. Er greift vernichtend Gorbatschows Perestroika und die Gorbatschowisten in seiner eigenen Partei an, die Modrows und Gysis, die die DDR ausverkauft haben. Doch er hat keine Alternative anzubieten, nur die Lüge der Klassenzusammenarbeit in „friedlicher Koexistenz“ mit dem Imperialismus, und den nationalistischen Mythos des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ (oder im Falle der DDR, in einem halben).

Fortgesetzt auf Seite 28



André/Die Zeit

Hexenjägerin Jutta Limbach wartet auf Honecker im Moabiter Gefängnis. Proletarische revolutionäre Justiz könnte es für notwendig halten, für sie hier einen Platz zu finden

Honecker...

Fortsetzung von Seite 27

In seinen Schlußgedanken behauptet Honecker, der „treueste Patriot“ zu sein, und er erinnert an Stalins Angebot eines „demokratischen, neutralen Deutschland“, während die Imperialisten dabei waren, den Kalten Krieg und die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und Westeuropas hochzuschrauben. Aber die konservative, nationalistische Bürokratie konnte nur regieren durch Repression gegen die Arbeiterklasse, durch Atomisierung des klassenbewußten Proletariats, während stalinistische „Reformer“ an „Marktmechanismen“ bastelten, die die kollektivierten Eigentumsformen unterminierten, und so die Bollwerke der Diktatur des Proletariats angegriffen haben.

Die SpAD, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), war die einzige Organisation in Deutschland, die sich ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung stellte und für eine proletarisch-politische Revolution in der DDR kämpfte. Im Januar 1990 initiierten die Spartakisten eine antifaschistische Masseneinheitsfront beim sowjetischen Ehrenmal in Treptow. Die ostdeutsche Regierungspartei SED/PDS schloß sich an und es versammelte sich eine Viertel-million Menschen bei der größten antifaschistischen Demonstration in der deutschen Geschichte. Aber die Bourgeoisie zusammen mit der SED/PDS-Führung sah in dieser machtvollen prosowjetischen Demonstration in Verteidigung der DDR das Gespenst des Bürgerkrieges. Nach Treptow brachte die Bourgeoisie ihre Hexenjagd gegen Stasi und PDS zur Weißglut. Die SpAD verteidigte sie konsequent, trotz des Ausverkaufs der DDR durch die PDS und ihrer Kapitulation vor der Hexenjagd.

Die Thälmann-Sekte KPD (Roter Morgen) und Cielaks Solidaritätskomitee für Erich Honecker zeigten ihren totalen Bankrott, als sie zu Hause blieben, während die SpAD gegen seine Einlieferung ins Gefängnis protestierte. Erst zu Honeckers Geburtstag trauten sie sich auf die Straße.

Immer mehr Arbeiter haben genug von der Stasi-Hetze durch die Vertreter eines Systems, das die Ex-DDR innerhalb von zwei Jahren in Massenarbeitslosigkeit gestürzt hat. „Die Stimmen, die für eine Freilassung Erich Honeckers plädieren, mehren sich in unserer Leserpost“, lautete die

Bildunterschrift der Berliner Zeitung (22./23. August) zu einem Foto des SpAD-Protests vor dem Moabiter Gefängnis. Seit selbst die hetzerische *Bild*-Zeitung „Freiheit für todkranken Honecker“ titelte, hat auch *Neues Deutschland* den Braten gerochen und reitet die Mitleidwelle. Nach Honeckers Entführung klagte PDS-Sprecher Harnisch noch über die schlappe Bundesregierung, die „Honecker 1987 in Bonn ‚hofierte‘, statt ihn damals entsprechend gültigen Bundesgesetzen zu verhaften.“ Doch nun fordert Gysi die Freilassung von Honecker. Hat sich die PDS damit dem Kampf gegen die Hexenjagd angeschlossen? Keineswegs! Sie teilt vielmehr die Sorge einer Schicht der Bourgeoisie, die Hexenjagd könnte durch diesen Prozeß eher *behindert* werden (wie auch der *Spiegel*-Herausgeber Augstein befürchtet, daß der Staat sich „zum Popanz degradiert“) und eine Abrechnung mit der DDR unmöglich machen. So schrieb *ND* zum 25. August über Honecker: „Seine ganz persönliche Schuld ist nicht in Paragraphen abwägbare. Und sie ist groß. Und sie verleitet dazu, unsere Schuld kleiner zu sehen, unseren Anteil am Zusammenbruch und unser Entsetzen darüber zu vergessen“. Für die PDS, die selbst Zielscheibe der Hexenjagd ist, geht der Rachedurst des Vierten Reichs nicht weit genug.

Die politischen Banditen des Bunds Sozialistischer Arbeiter (BSA) liefern mit der Forderung nach „Arbeitertribunalen“ schon lange eine Flankendeckung für die SPD-geführte Hexenjagd. Für sie war bereits die antifaschistische Massendemonstration in Treptow 1990 eine Stasiaktivität. Zwar nennt der BSA inzwischen den Prozeß gegen Honecker einen „Schauprozeß“, doch noch vor wenigen Monaten hetzte er, daß die „eigentlich Verantwortlichen für Mauer und Schießbefehl frei herumlaufen“. Was die *neue Arbeiterpresse* unter „Abrechnung mit dem Stalinismus“ versteht, kann man am Beispiel der Denunziantin Hanne Levien sehen: zusammen mit dem BSA führte sie einen *Prozeß*, damit sie ehemalige SED-Mitglieder in ihrem Betrieb als Stalinisten angreifen und zum Abschluß freigeben kann. (Der Denunziantenfall der Hanne Levien müßte wirklich von einem Arbeitertribunal entschieden werden, nicht von den Bossen.) Selbst heute, wo es nicht mehr viele Stalinisten gibt, ist die „Abrechnung mit dem Stalinismus“ die Hauptbeschäftigung der BSA-Bluthündchen für Limbach und Lummer.

Die deutsche Bourgeoisie, unterstützt von den SPD-Bluthunden, benutzt diesen Kreuzzug, um den Kommunismus zu verteufeln und die Werktätigen in Ostdeutschland zu atomisieren, die unter den verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Wiedervereinigung leiden. Nach dem Anschluß der DDR und der Zerstückelung Jugoslawiens wollen die Frankfurter Bankiers und Bonner Politiker ihre Eroberung des Ostens durch eine Verschärfung der Ausbeutungsrate und durch die Zerschlagung der Sozialleistungen der Arbeiter in Westdeutschland finanzieren.

Doch die westdeutsche Arbeiterbewegung wird das nicht schlucken: Der jüngste machtvolle ÖTV-Streik rief vor seinem Ausverkauf durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung Solidaritätsstreiks im Osten hervor und erschütterte das deutsche Kapital. Arbeiterwiderstand gegen die Kahlschlagpläne in der Gesundheitsversorgung, die alle Arbeiter betreffen würden, muß die Arbeiter in Ost und West vereinigen und besonders auch die eingewanderten Arbeiter einbeziehen. Inzwischen führte der allgemeine Haß auf die Kohl-Regierung und ihre SPD-Handlanger sogar zu einer gesunden Gegenreaktion gegen deren antikommunistische Hexenjagd. Aber um sich zu verteidigen, muß die Arbeiterklasse die Hexenjagd direkt konfrontieren: Freiheit für Honecker, Mielke und Keßler! Hände weg von Markus Wolf! Keine Verfolgung der DDR-Grenztruppen! Freiheit und Ehre für den antifaschistischen Helden Bögelein! Weg mit der antikommunistischen Hexenjagd! ■

LO-Fête...

Fortsetzung von Seite 7

Außer den ACT-UP-Aktivistinnen und Trotzlisten, die dieses Jahr die LO-Methode von „Debatten“ zu spüren bekommen, würden die schwarzen Jugendlichen, die letztes Jahr Opfer eines häßlichen Angriffs von LO-Ordnern waren, dieses orwellianische Geschwätz mit entsprechender Verachtung behandeln. Unser Protest gegen diese abscheuliche Aktion ist in einem Brief des Zentralkomitees der LTF an die Organisationen, die an der LO-Fête teilnahmen, dokumentiert. Dieser Brief wurde in *Workers Vanguard* Nr. 529 (21. Juni 1991) abgedruckt. Trotz eines Schuldeingeständnisses, daß es vorher „Fehler“ gegeben habe, setzt LO ihre Politik von „disziplinierter“ Gewalt und Ausschlüssen gegenüber Jugendlichen von Minderheiten fort.

Unter der Wirkung des zweiten Kalten Krieges, des Zusammenbruchs des Stalinismus und der bürgerlichen Lüge vom „Tod des Kommunismus“ sind alle Formen der sozialen Reaktion, die Marx „die alte Scheiße“ nannte, aufgeblüht, und die Pseudolinke kapituliert in allen Varianten davor. An der „Heimatfront“ hat sich die besondere LO-Marke

von „farbenblinder“, schwulenfeindlicher Arbeitertümelei verstärkt. Formal ist LO für die Verteidigung der Sowjetunion (aber nirgends sonst, wo der Kapitalismus gestürzt wurde), doch ihre Unterstützung für die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution von Polen bis zur DDR stellt sie ins antisowjetische Lager. Wie voraussehbar verursachte ihre „Neutralität“ zum Zeitpunkt des August-Putsches eine interne staatskapitalistische Opposition, welcher von der britischen SWP zart der Hof gemacht wurde.

Gleichzeitig gibt es in und um Lutte Ouvrière Aktivistinnen, die sich durch unsere trotzlistische Opposition zu Jelzins Konterrevolution angezogen fühlen. In der Tat wurde die Entscheidung, die IKL von zukünftigen Fêtes auszuschließen, nicht nur durch unsere Entlarvung des Ausschlusses von ACT UP bestimmt, sondern war auch eine Reaktion darauf, daß wir gegenüber der Mitgliedschaft von LO auf die russische Frage pochten. Heute nährt und festigt die LO-Führung in ihren Kadern ein Wertesystem, welches völlig entgegengesetzt ist zu dem, wofür Kommunismus steht. Wir sagten früher, daß diese Organisation auf gefährliche Pfade zusteuern könnte. Dies hat sie getan, und es ist kein schönes Bild. ■

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 6

wirtschaftlich einem massiven militärischen Aufrüstungsprogramm. Mit der Zeit kann ein machtvolles Militär eingesetzt werden, um wertvolle ökonomische Ressourcen in die Hand zu bekommen und um den ausländischen Markt von imperialistischen Rivalen abzuschotten. Aber die anfänglichen Aufwendungen produzieren keinen Mehrwert. Von daher ist es notwendig, die Mehrwertmasse aus den produktiven Sektoren der Wirtschaft und/oder aus anderen kapitalistischen Ökonomien zu erhöhen.

Der Druck, die Ausbeutungsrate der Arbeiterklasse in Westdeutschland zu steigern, wird noch verstärkt durch die Entscheidung der Bourgeoisie, die Industrie in Ostdeutschland zu zerschlagen. Diese Entscheidung beruhte nicht so sehr auf rationalem kapitalistischen ökonomischen Kalkül, sondern mehr auf dem politischen Ziel, das Proletariat der früheren DDR, welches den höchsten Grad von sozialistischem Bewußtsein und sozialistischer Kultur in Europa hatte, zu atomisieren und zu demoralisieren. In dieser Hinsicht zeigt eine Meinungsumfrage vom letzten Jahr, daß die sozialen Einstellungen (z. B. über Religion, den Status von Frauen) in Ostdeutschland weit fortschrittlicher sind als irgendwo in Europa, ob West oder Ost.

In der Vergangenheit war Westdeutschland in der Lage, sein relativ kleines Haushaltsdefizit aus privaten Ersparnissen zu finanzieren. Doch als die Staatsschulden in die Höhe gegangen sind, stiegen sie von 20 Prozent auf 50 Prozent der persönlichen Ersparnisse. Die deutsche herrschende Klasse versucht jetzt, aus dem Rest der Welt Geldkapital anzuziehen, indem sie hohe Realzinssätze (um die Inflation bereinigt) anbietet. Genau deshalb konzentrierte sich die Aufmerksamkeit aller europäischen Bourgeoisien auf den deutschen ÖTV-Streik. Ausländische Kapitalisten dazu zu kriegen, die Integration von Ostdeutschland und die neokolonialen Investitionen in Osteuropa teilweise mitzufinanzieren, kann nur funktionieren, wenn es begleitet wird durch eine erhöhte Ausbeutungsrate in Deutschland, und außerdem kann dies nur ein paar Jahre durchgehalten werden.

Hierzu ist es nützlich, die Erfahrung der USA in den 80er Jahren in Betracht zu ziehen. Tatsächlich sagte eine Studie der ersten Vordenker des Pentagons, der Rand Corporation, über die Auswirkungen der deutschen Wiedervereinigung voraus: „Die Kosten, die DDR und die anderen

Ostblock-Ökonomien wiederaufzubauen, könnten sehr wohl zur Umlenkung des Kapitalflusses führen, ähnlich wie der Kapitalfluß, der von der Reaganomics in den 80er Jahren herbeigeführt wurde“ (Ronald D. Asmus, *German Unification and Its Ramifications [Deutsche Vereinigung und ihre damit verbundenen Probleme]*, 1991).

Zwischen 1980 und 1983 schoß das gesamte Staatsdefizit der USA von einem Viertel der privaten Ersparnisse auf praktisch 100 Prozent in die Höhe. Reagan finanzierte sein großes Aufrüstungsprogramm dadurch, daß beim Rest der Welt in großem Umfang Anleihen aufgenommen wurden. Die Realzinssätze in den USA und infolgedessen auf anderen Finanzmärkten wurden auf das höchste Niveau „seit Christi Geburt“ hochgetrieben, wie Helmut Schmidt sich 1981 beschwerte. Dies wurde erreicht durch die Kombination von einer deflationierenden Geldpolitik, die in den frühen 80er Jahren eine scharfe Rezession hervorrief, und einer Offensive zur Zerschlagung der Gewerkschaften. Reagans Streikbruch gegen den PATCO-Fluglotsen-Streik 1981 war eine der Vorbedingungen für den Verkauf von kurzfristigen Schatzwechseln an die Japaner im Werte von Milliarden von Dollars.

Auslandsanleihen für unproduktive Ausgaben kann man im großen Maßstab jedoch nur wenige Jahre durchhalten. Danach führt der anwachsende Schuldendienst zu großen Zahlungsbilanzdefiziten, was die Währung des Kreditnehmers auf den Devisenmärkten nach unten drückt. Internationale Finanziere ziehen ihr Geld dann ab, um ihren (Tausch-)Wert zu erhalten. Die Japaner haben seit dem Wall-Street-Krach 1987 über 100 Milliarden Dollar aus den USA abgezogen, ein Hauptfaktor, der zur Rezession in den letzten paar Jahren beitrug.

Daher ist es höchst unwahrscheinlich, daß mittelfristig das Vierte Reich mit ökonomischen Mitteln das erreichen kann, was das Dritte Reich mit militärischen Mitteln nicht geschafft hat. Der Versuch wird den Klassenkampf in Deutschland selbst intensivieren, die Spannungen zwischen der deutschen und den anderen europäischen Bourgeoisien erhöhen und das Chaos in Osteuropa verewigen. Die blutige Katastrophe in Jugoslawien verdeutlicht beispielhaft die Unfähigkeit des deutschen Imperialismus, seine wirtschaftliche Stärke und seinen daraus abgeleiteten diplomatischen Einfluß umzusetzen in politische Macht auf dem Boden von Osteuropa.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 553, 12. Juni

Paragrafen 218/219...

Fortsetzung von Seite 32

schaftliche Überlegenheit des Arbeiterstaats (obwohl er deformiert war), der in Ostdeutschland existiert hat.“

Die Arbeiterklasse in Großdeutschland ist jetzt eine andere. Der mächtigste kapitalistische Staat Europas hat es nun zu tun mit der ostdeutschen Arbeiterklasse, die das höchste Niveau von Kultur und das fortschrittlichste Bewußtsein in Europa besitzt. Dieses Bewußtsein wurde durch die proletarischen Errungenschaften geprägt, die gewonnen wurden, nachdem die Rote Armee das Nazi-Regime zerschlug und die Bourgeoisie von der Macht verjagt wurde. Die soziale Umwandlung, die dann durchgeführt wurde, war möglich, weil auf den Ruinen von Hitler-Deutschland eine Planwirtschaft aufgebaut wurde, die das Privateigentum an Produktionsmitteln abschaffte. Die Basis wurde gelegt für die Befreiung der Frau durch die beginnende Ersetzung der Familie, durch die Vergesellschaftung der Hausarbeit durch hauptsächlich betriebliche Einrichtungen. Über 90 Prozent der Frauen waren in den Produktionsprozeß integriert. Es gab Krippenplätze für die überwältigende Mehrheit der Kinder, Kindertagesplätze für alle, Horte für die Schulkinder. Man hatte ein Recht auf eine Wohnung, auf Ausbildung und Arbeit, auf kostenlose medizinische Versorgung – u. a. auf kostenlose Abtreibung –, die den Grundbedarf der Bevölkerung deckte. Obwohl die parasitäre stalinistische Bürokratie, eine Barriere zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte, die Familie als „Keimzelle des Sozialismus“ aufrechterhielt und die doppelte Unterdrückung der Frauen leugnete, hatten Frauen unermesslich mehr Rechte als im Westen.

Nun soll unter dem Kapitalismus der Platz für Frauen bei Kinder, Küche, Kirche sein. Die *Berliner Zeitung* (5. August) zitierte einen CDU-Professor Ossenbühl, der die Katze aus dem „Lebensschützer“-Sack ließ, als er die Verfassungsklage begründete: „Der langjährige Unrechtsstatus in der DDR habe Wunden in das Rechtsbewußtsein geschlagen. Es sei wichtig, ob und wie man versucht, den Mitbürgern im Osten die Wertordnung des Grundgesetzes zu vermitteln. Jahrelang habe dort ‚nur die Arbeitskraft der Frau gezählt‘, dem ungeborenen Leben vorgeordnet.“

Die Bourgeoisie will Memmingen in die Ex-DDR bringen, wo 1988 die bayerischen und Bonner Justizministerien eine beispiellose Hexenjagd gegen Hunderte von Frauen (viele von ihnen Immigrantinnen) und ihre Angehörigen führten und dann den mutigen Frauenarzt Horst Theissen in einem monströsen Schauprozeß an den Pranger stellten. Seit Memmingen wurde die Bevölkerung mit den mittelalterlichen Schauermärchen über einen „Kinderholocaust“ bombardiert. Es ist nur folgerichtig, daß die Kirchen wegen der „Abtreibungspille“ RU 486 (einem Produkt der deutschen Pharmaindustrie) vor Wut schäumen; denn sie ermöglichen sichere und unkomplizierte Abtreibungen ohne chirurgischen Eingriff. Doch sie bleibt für Frauen in Deutschland verboten: die Hersteller haben noch nicht einmal die Zulassung beantragt. Sofortige Freigabe von RU 486! Nieder mit der Kirchensteuer! Trennung von Kirche und Staat! Kirchen raus aus den Schulen! Bullen, Pfaffen, Richter raus aus dem Schlafzimmer!

Die große Mehrheit derjenigen, die als Folge der Konterrevolution in die Armut getrieben werden, sind Frauen. Mütter, die unter DDR-Recht geschieden wurden (das Unterhalt durch den Mann nicht kannte), bekommen kaum genug Sozialhilfe, um die Windeln zu bezahlen. Mit den Betriebsschließungen und „Sanierungen“, die vier von fünf Frauen regelrecht aus den Betrieben hinausgesäubert haben, wurden reihenweise auch die Krippen, Kindertagesstätten und Schulhorte zerstört. Das ganze ostdeutsche

Gesundheitswesen, auf der Grundlage von den Polikliniken, wurde dem Erdboden gleichgemacht. Die Pille wird für die meisten unbezahlbar, Sterilisation wird rasch zur einzig (noch) verbleibenden kostenlosen Methode der Geburtenkontrolle.

Ostdeutsche Frauen sind zu einem erheblichen Grad an ökonomische und soziale *Unabhängigkeit* gewöhnt, und das können die Reaktionäre nicht ausstehen. Völlig anders als westdeutsche Frauen, die überwiegend entweder das eine oder das andere wählen müssen, hatten sie unter Bedingungen der sozialen Sicherheit, mit oder ohne Mann, selbstverständlich Kinder und Beruf. Das Recht darauf werden sie nicht so leicht wieder hergeben. Die Herrscher haben Angst davor, daß die „neuen Heiden“ aus dem Osten die westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter anstecken könnten. Viele Frauen im Westen sehen die ökonomische Unabhängigkeit, die Frauen in der DDR hatten, als ein phantastisches Ziel an, das aber im Kapitalismus unerreichbar ist.

Die Bourgeoisie ist in einem ziemlichen Schlamassel mit dem Abtreibungsgesetz. Die Arbeiterklasse soll für die Wiedervereinigung und den Drang nach Osten bezahlen, aber in Ost und West hat sie es satt, immer mehr für die Profite der Bourgeoisie geschröpft zu werden. Die organisierte Arbeiterbewegung hat die Macht, den Paragraphen 218 zu Fall zu bringen – und die Angriffe auf das Gesundheitssystem und die Sozialleistungen zurückzuschlagen. Und die Zeit dafür könnte kaum günstiger sein. Die ÖTV ist die größte Frauenorganisation in Deutschland. Der elftägige Streik im öffentlichen Dienst im Westen hat Kohl & Co. eine Ohrfeige verpaßt, als Bonn empfindliche Lohnsenkungen durchsetzen wollte, um die Zeche der Konterrevolution bezahlen zu lassen. Als die Streiks spontan nach Ostberlin und auf andere Städte im Osten ausgeweitet wurden, wußten Millionen von Arbeitern in Ost und West, daß es in Bonn wackelt, wenn sie gemeinsam kämpfen! Aber die SPD/DGB-Führer verkauften diesen Streik aus, genauso wie sie den Kampf gegen Kürzungen im Gesundheitswesen und bei Sozialleistungen abgewürgt haben.

Während Kohl & Co. weiterhin die Flammen des Rassismus gegen Immigranten anfachen, um die Arbeiterklasse zu spalten und zu lähmen, gibt es gleichzeitig überall ein weitverbreitetes Gefühl der Wut – gegen drohende Karenztage und längere Arbeitswoche; gegen eine ärztliche Versorgung, die zum Privileg der Reichen wird; gegen die miserable Versorgung in völlig überlasteten Krankenhäusern (wenn sie noch existieren), wo das reduzierte Personal bis zur Erschöpfung arbeitet; gegen den Kinder-Küche-Kirche-Paragraphen 218. Es ist kein Zufall, daß der Angriff auf das Abtreibungsrecht mit einem groß angelegten Angriff auf die Gesundheitsversorgung zusammenfällt: als eine *einfache medizinische Prozedur* ist die Abtreibung untrennbar verbunden mit dieser Frage. Die angekündigte DGB-Demonstration am 3. Oktober gegen Karenztage und den Abbau des Gesundheitswesens bietet die Gelegenheit, die Kämpfe zusammenzuknüpfen, um die Errungenschaften der Arbeiter, die Gesundheitsversorgung und die Rechte der Frauen zu verteidigen. Die Gewerkschaften können und müssen für den Kampf gewonnen werden: Für kostenlose Gesundheitsversorgung höchster Qualität für alle.

Brecht mit der Sozialdemokratie! Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Unter einer revolutionären Führung, die alle Unterdrückten im gemeinsamen Kampf hinter der Macht der Arbeiterbewegung vereinigt, können die ostdeutschen Arbeiter der Hebel sein, der den Einfluß der SPD bricht und den Weg eröffnet zu wirklichen Klassenkämpfen. Die „sozialpolitischen“ Maßnahmen, die SPD und FDP an den Entwurf des Abtreibungsstrafgesetzes klatschten, sollen als

„Zuckerbrot“ die 218-Peitsche im Osten verkaufen. Aber wer kauft es denen ab?! Der Schwachsinn über „Krippen- und Kindertagesplätze“ für alle (!) ist ein völliger Hohn, ja ein bewußter: Ihr „Ausbau“ (95 Prozent aller Kinder im Westen haben keine Plätze!) ist erst 1994 oder 1995 überhaupt geplant, weil es „kein Geld“ gibt. Die anderen von den Sozialdemokraten propagierten Subventionsmaßnahmen eines kapitalistischen „Wohlfahrtsstaates“ – Kindergeld usw. – sollen werktätige Frauen nur ermutigen, den „Naturberuf der Frau“ zu ergreifen und Gebärmachine zu sein.

Immigranten, ein strategischer und kämpferischer Teil der Arbeiterklasse in Deutschland, die vor allem nicht viele Illusionen in die SPD-Spitzen haben, haben allen Grund, den gemeinsamen Kampf gegen 218 und für menschenwürdige Gesundheitsversorgung für alle aufzunehmen. Paragraph 218 hat immer die armen Frauen am härtesten getroffen, und hierzulande heißt das besonders eingewanderte Arbeiterinnen. Alle Welt weiß, daß es meistens arme, eingewanderte, werktätige Frauen sind, die auf dem Küchentisch des Kurpfuschers landen. Die Kindersterblichkeit in der DDR war erheblich niedriger als in Westberlin mit seiner Konzentration von eingewanderten Arbeitern. Die Kinder von Immigranten und nicht verheirateten Frauen sind im kapitalistischen Westen extrem gefährdet. Denn diese Frauen leben mit ihren Kindern unter elenden Bedingungen, und die wenigsten von ihnen haben überhaupt vor und nach der Geburt ärztliche und soziale Betreuung.

Die SPD als bürgerliche Arbeiterpartei nimmt eine „oppositionelle“ Pose zum 218 ein, um ihre proletarische Basis zu beschwichtigen. Jahrzehntlang hat sie den proletarischen Druck abgewiegt, 218 und 219 ersatzlos zu streichen. Als die SPD es in der Weimarer Republik gerade noch zur Forderung der Fristenregelung brachte, bewies sie, wie die KPD 1922 bemerkte, „ihre Befangenheit in der christlichen Weltanschauung“ (siehe *Spartakist* Nr. 90, Oktober 1991). Heute diskutiert praktisch jede Zeitung und Organisation den 218 – nur die SPD-dominierten Gewerkschaften nicht.

In den Ländern, wo die SPD in der Regierung sitzt, brüstet sie sich mit der „liberaleren“ Handhabung der 218-Indikation. Aber als Frauen aus Bayern und Baden-Württemberg nach Holland für eine Abtreibung fahren, wurden viele von ihnen an der Grenze zwischen Holland und dem SPD-regierten Nordrhein-Westfalen gynäkologisch zwangsuntersucht.

Die PDS-Bürokraten machten ab und zu Lippenbekenntnisse zur Streichung von 218/219, unterstützten dann als „kleineres Übel“ den SPD-FDP-Gruppenantrag, weil „keine Mehrheit“ für die ersatzlose Streichung zustande gekommen wäre. Gysi hat sich sogar gewünscht, die männlichen Parlamentarier mögen sich bei der Abstimmung enthalten. Absurd und reaktionär! Die PDS klebt am parlamentarischen Spiel mit CDU/CSU und Kirchen, weil sie, wie die SPD, proletarische Mobilisierungen gegen den 218 fürchtet – die ihrer Kontrolle schnell entgleiten könnten.

Die taz fragte nach der Karlsruher Entscheidung am 5. August, „warum sich Frauenwiderstand in diesem Jahr erst Monate nach der politischen Entscheidung regt“. Am nächsten Tag beantworteten sie die eigene Frage, entsetzt über die nicht vorhandene Bundestagsmehrheit für die ersatzlose Streichung: „Der 218 bleibt uns erhalten, egal in welcher Form.“ Praktisch alles andere, das sich „links“ nennt, spielt das Spiel der SPD-Führung mit. Das feministische Volksfrontbündnis „Frauen machen Staat“, das von PDS und Grünen unterstützt wird, organisiert jetzt einen „Wahlsonntag gegen § 218“ am 20. September, um einen „Volksentscheid“ (d. h. eine Postkartenaktion, adressiert an CDU-Bundestagspräsidentin Süßmuth) durchzuführen für das „Selbstbestimmungsrecht der Frau“: „Der § 218 muß weg“, legale Abtreibung „in den ersten Monaten der Schwangerschaft“ und die

„gesetzliche ... Festschreibung des Grundrechts der Frau auf eine freie Entscheidung über Schwangerschaft(en) und Elternschaft im Grundgesetz ...!“ Welche werktätige Frau – oder welcher Mann – bestimmt selbst oder entscheidet frei über das Leben im Kapitalismus?!

Das Recht auf Abtreibung ist ein rein demokratisches Recht, aber solche Rechte können nur durch tiefgehenden sozialen Kampf gewonnen werden. Der bürgerliche Staat ist ein Organ der Klassenunterdrückung. Ihm können begrenzte Reformen abgetrotzt werden, aber er kann *nie* „frauenfreundlich“ oder „kinderfreundlich“ sein. Denn die Familie ist eine wesentliche Institution des kapitalistischen Systems, um die nächste Generation von Arbeitern zu erziehen. Die Familie – basierend auf den Löhnen der Eltern und auf der Frau als Köchin, Botengängerin, Putzfrau, Dienerin und kostenlose Pflegerin, die gebären und erziehen soll – prägt den Menschen u. a. starke sexuelle Ängste ein, so daß sie sich besonders im Dienst reaktionärer Kräfte in der Gesellschaft kontrollieren lassen. Vor 17 Jahren schrieben wir:

„Kommunisten agitieren ... für kostenlose Abtreibung auf Wunsch, durchgeführt durch kompetentes medizinisches Personal, für die massive Verteilung von sicheren und effektiven Verhütungsmitteln und gegen die Zwangssterilisation. Aufgrund medizinischer, nicht moralischer, Überlegungen ist die Verhütung als die hauptsächliche Methode der Geburtenkontrolle zweifellos der Abtreibung vorzuziehen. Aber für eine geraume Zeit wird die Abtreibung unverzichtbar als Unterstützung sein, wenn die Verhütung versagt. Gleichzeitig bestehen wir auf umfassenden Mutterschaftsleistungen: bezahlter Mutterschaftsurlaub vor und nach der Geburt, kostenlose Gesundheitsversorgung der höchsten Qualität für alle und kostenlose Kinderversorgung Tag und Nacht unter der Kontrolle der Eltern am Arbeitsplatz, damit berufstätige Frauen die Wahl haben können, Kinder zu haben und ihre Arbeit zu erhalten.“ (*Women and Revolution* Nr. 9, Sommer 1975)

Nur durch die sozialistische Revolution, die die Frau von der Hausarbeit emanzipiert, ist die Frauenbefreiung überhaupt möglich. Und das heißt, die Haushaltsfunktionen zu vergesellschaften. Die Arbeiterbewegung muß mobilisiert werden zur Verteidigung der Rechte der Frauen und aller Unterdrückten. Wir kämpfen dafür, die Basis der organisierten Arbeiterbewegung wegzubrechen von ihren sozialdemokratischen Irreführern, die sie mit reformistischen Illusionen an den kapitalistischen Staat ketten. Das ist integraler Bestandteil des Aufbaus einer revolutionären Arbeiterpartei, die in der Tradition der Bolschewiki unter Lenin und Trotzki als Volkstribun alle Formen der sozialen Unterdrückung bekämpft. ■

NEU!
 Nr. 41, Sommer/Herbst 1992
 DM 2,- (56 Seiten)

Englische Zeitschrift
 der Frauenkommission
 der Spartacist League/U.S.

Abonniert:
 3 Ausgaben DM 7,-
 Luftpost DM 10,-

Bestellt bei:
 SpAD, Postfach 51 06 55
 1000 Berlin 51
 Postgiro Frankfurt/Main,
 Konto 119 88-601
 BLZ 500 100 60



The cover of the journal 'Women and Revolution' features several headlines: 'Family Values' Crusade Targets Women, Blacks, Teens', 'FREE ABORTION ON DEMAND!', 'L.A. Racist Cop Walk: There is No Justice in the Capitalist Courts!', 'Break with the Democrats: Build a Workers Party!', and 'Free Abortion on Demand!'. It also includes a table of contents with items like 'Goodbye Columbus, Hello Cotton Mather in Honor of Our Stan Conrad Martha Phelps', 'Vatican Leads Ordeal Against Abortion Rights', 'Iran: Social Struggle Shakes Islamic Dictatorship', 'Japanese Imperial Army Enslaved Women', 'The Crime of Female Genital Mutilation', and 'Roots of Bolshevism: The Russian Revolutionary Tradition'.

SPARTAKIST

Berlin, 20. Juni:
Demonstration fordert ersatzlose Streichung und nicht Reform von 219/219. Nur die Spartakisten sagten: „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“

Frauen kämpften als erste gegen die katastrophalen Folgen vom Anschluß; sie sind entscheidend für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei als Volkstribun aller Unterdrückten



Spartakist

Die Arbeiterbewegung hat die Macht! Ersatzlose Streichung der Paragraphen 218/219!

Direkt nach dem Anschluß schreckten die Herrscher des wiedervereinigten deutschen Imperialismus davor zurück, den Abtreibungsparagraphen 218 auf die Werktätigen des ehemaligen Arbeiterstaates DDR auszuweiten: Dies hätte eine soziale Explosion ausgelöst. Jetzt, nach zwei Jahren der bewußten Zerstörung der ostdeutschen Arbeiterklasse, wollen sie den Frauen das restriktivste Abtreibungsgesetz Europas aufzwingen. Seit 20 Jahren war für Frauen in der DDR die Abtreibung in den ersten drei Monaten legal und kostenlos, und breite Schichten von Frauen im Westen hofften auf die Ausweitung dieses Gesetzes für alle.

In der Tat ist der Kreuzzug vom Staat und seinen beiden Staatskirchen gegen das Recht auf Abtreibung jetzt stecken geblieben. Nach sieben Gesetzesentwürfen, endlosen Debatten und einer Ost-West-Spaltung in der regierenden CDU wurde am 25. Juni, zum Leidwesen der CDU/CSU-Mehrheit, im Bundestag ein Entwurf angenommen, der von vielen als „fauler Kompromiß“ bezeichnet wurde. Danach würde die Abtreibung, verbunden mit Zwangs„beratung“ zum „Schutz des ungeborenen Lebens“, in den ersten zwölf Wochen nicht bestraft. Das Gesetz würde eindeutig eine *Niederlage* für Frauen in der ehemaligen DDR bedeuten; für westdeutsche Frauen wäre es potentiell eine begrenzte Reform, da die willkürliche ärztliche Indikation wegfällt. CDU/CSU-Abgeordnete brachten dann eine Verfassungsklage ein, und die Karlsruher Richter setzten mit einem bonapartistischen Eingriff in die „parlamentarische Demokratie“ genau wie 1975 die Fristenregelung in der Nacht zum 5. August per einst-

weiliger Anordnung aus, wahrscheinlich für mehrere Monate.

Die Spaltung über die Abtreibung geht durch alle Parteien. Während die ostdeutschen Werktätigen mit verzweifeltsten Lebensbedingungen in allen Lebensbereichen konfrontiert sind, wird mit dem Angriff auf das Abtreibungsrecht die Axt an die Grundrechte der Frau gelegt. Die Paragraphen 218 und 219 sind seit eh und je allgemein in der westdeutschen Arbeiterklasse zutiefst verhaßt. Dies war eine Gründungsfrage der Trotzlistischen Liga Deutschlands, eine Vorgängerorganisation der Spartakist-Arbeiterpartei. 1975 kämpften wir in Westberlin und Westdeutschland für Einheitsfrontmobilisierungen auf der Basis der zwei Losungen: „Ersatzlose Streichung des Paragraphen 218!“ und „Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!“

Soziale Konterrevolution und Angriffe auf Frauenrechte

Von den USA über Italien bis Deutschland und Polen wird die Attacke gegen das Recht auf Abtreibung geritten. Wie wir in *Women and Revolution* (Nr. 41, Sommer 1992) schrieben: „International sind Abtreibungsrechte zu einem bedeutenden Schlachtfeld im Kampf zwischen sozialem Fortschritt und sozialer Reaktion geworden. Der Marsch der Konterrevolution durch Osteuropa hat steigende Angriffe auf Frauen und Minderheiten bedeutet.“ Das scheinbar bizarre Ergebnis im Bundestag ist „ein Produkt der Konterrevolution und entlarvt auf grelle Weise die gesell-

Fortgesetzt auf Seite 30